

Evidenzbasierte Familienpolitik in der Schweiz: Was wirkt wie?

Dr. Melanie Häner-Müller, Nina Kalbermatter MA
und Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger¹

¹ Wir danken Dr. Alma Ramsden (ZHAW) herzlich für ihr wertvolles inhaltliches Feedback zum Entwurf dieser Studie.

Executive Summary

Die Schweizer Familienpolitik steht regelmässig im Zentrum politischer Forderungen nach einem Ausbau auf Bundesebene. Häufig wird dabei argumentiert, dass es Familien in Ländern mit stärker ausgebauter staatlicher Unterstützung grundsätzlich besser ergehe. Ein Blick auf international vergleichbare Indikatoren zeichnet jedoch ein anderes Bild.

Schweizer Familien sind im internationalen Vergleich überdurchschnittlich gut gestellt. Sie verfügen mehrheitlich über eine stabile finanzielle Situation, und berichten auch selbst von hoher Lebenszufriedenheit. Mit einer Armutsquote von rund 6 % bei Haushalten mit Kindern gehört die Schweiz zu den Ländern mit den niedrigsten Armutsraten in Europa. Auch die sozialen Aufstiegschancen sind seit Jahrzehnten intakt: Der Einfluss der familiären Herkunft auf das spätere Einkommen liegt seit rund 40 Jahren konstant bei durchschnittlich 17 % und zählt international zu den tiefsten Werten.

Diese Ergebnisse sind umso bemerkenswerter, als die öffentlichen Ausgaben für Familienunterstützung in der Schweiz im internationalen Vergleich eher moderat ausfallen. Während Nachbarländer typischerweise rund 4 % ihres öffentlichen Budgets für familienpolitische Massnahmen aufwenden, bewegt sich die Schweiz seit rund 30 Jahren stabil zwischen 1 % und 2 %. Die Kombination aus guten Ergebnissen und vergleichsweise tiefen Ausgaben spricht für einen effizienten und funktionierenden institutionellen Rahmen, in dem staatliche Unterstützung private Verantwortung ergänzt, aber nicht ersetzt.

1. Familien und Familienpolitik verändern sich

Familienstrukturen und Lebensrealitäten haben sich in den letzten drei Jahrzehnten grundlegend verändert. Eltern verfügen heute über ähnlich hohe Bildungsabschlüsse, die Mehrheit der Mütter ist erwerbstätig – mit steigenden Arbeitspensen –, und Familien haben im Durchschnitt weniger Kinder. Entsprechend haben sich auch Rollenbilder verschoben: Das klassische Ein-Ernährer-Modell ist für die Mehrheit der Familien nicht mehr prägend.

Dieser gesellschaftliche Wandel hat die Erwartungen an die Familienpolitik verändert. Während familienpolitische Massnahmen vor der Jahrtausendwende primär der finanziellen Absicherung dienten, gewinnen heute Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf an Bedeutung.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den öffentlichen Haushalten wider. Der Anteil familienbezogener Ausgaben an den Gesamtausgaben von Kantonen und Gemeinden hat sich seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt. Im Jahr 2023 beliefen sich die entsprechenden Ausgaben auf 257 Mio. Franken beim Bund, 2,6 Mrd. Franken bei den Kantonen und 2,2 Mrd. Franken bei den Gemeinden.

2. Familienpolitik: Eine Staatsaufgabe?

Zu einer funktionierenden Familienpolitik in der Schweiz gehören zwei zentrale Prinzipien: horizontale Gerechtigkeit und Subsidiarität. Um diese zu wahren, sollten Familien gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen nicht privilegiert werden (Wahrung horizontaler Gerechtigkeit), und die Hauptkompetenzen sollten weiterhin bei Kantonen und Gemeinden liegen (Wahrung Subsidiarität). Dies spricht für eine gezielte, dezentrale Familienpolitik – nicht für einen Verzicht auf familienpolitische Massnahmen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht lassen sich staatliche Eingriffe in der Familienpolitik in zwei Fällen rechtfertigen: zur Verbesserung der Effizienz und der Gerechtigkeit. Konkret betrifft

dies Eingriffe zur Erhöhung der Arbeitsmarktbeteiligung der Eltern, des Humankapitals der Kinder, der Fertilität, zur Bekämpfung von Familienarmut sowie zur Förderung der Chancengerechtigkeit. Dabei gilt es stets abzuwägen, wie stark der Staat in diesen Bereichen tatsächlich aktiv werden soll, um Kinder und Eltern nicht auf reine Produktionsfaktoren zu reduzieren.

Diese fünf Zielgrössen bilden das analytische Raster der vorliegenden Studie. Sie dienen dazu, familienpolitische Instrumente systematisch hinsichtlich ihrer Wirkung und Zielgenauigkeit zu beurteilen.

Drei zentrale Instrumente im Fokus

Vor diesem Hintergrund untersucht der Bericht drei zentrale Bereiche der Familienpolitik:

1. Elternzeit: viel Geld, begrenzte Wirkung

Die internationale Evidenz zeigt, dass bezahlte Elternzeiten von einigen Monaten wirksam sind. Sie fördern die Erwerbstätigkeit von Müttern und erhöhen die Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung. Eine langfristige Gleichstellung lässt sich dadurch jedoch nicht erreichen. Längere oder unbezahlte Elternzeiten wirken sich insbesondere negativ auf die Erwerbsintegration von Müttern aus. Je nach Studie zeigt sich eine negative Wirkung bereits ab 4 bis 7 Monaten. Mit 14 Wochen Mutterschafts- und 2 Wochen Vaterschaftsurlaub befindet sich die Schweiz bereits im wirksamen Bereich. Eine Ausweitung wäre mit erheblichen Kosten verbunden, bei gleichzeitig begrenztem Zusatznutzen. Eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs auf 18 Wochen, wie sie die Familienzeitinitiative fordert, hätte 2023 Mehrkosten von rund 258 Mio. Franken (+29 %) verursacht; eine Ausweitung des Vaterschaftsurlaubs auf 18 Wochen hätte die Ausgaben um 1,25 Mrd. Franken (+800 %) erhöht.

2. Subventionierte Kinderbetreuung: zwischen Investition und Mitnahmeeffekt

Subventionierte Kinderbetreuung kann die Erwerbstätigkeit von Müttern moderat steigern, ist jedoch häufig mit Mitnahmeeffekten verbunden, da Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen überproportional profitieren könnten. Besonders wirksam ist institutionelle Betreuung für sozial benachteiligte Kinder, weil dadurch ungleiche Startbedingungen ausgeglichen werden. Die Nutzung externer Kinderbetreuung variiert stark zwischen den Kantonen: Während in Genf 83,8 % der Haushalte mit Kindern unter 13 Jahren entsprechende Angebote nutzen, liegt der Anteil im Kanton Thurgau bei 63,0 %. Einkommensabhängige, kommunale Bezuschussungen sind daher zielgerichteter als nationale Pauschallösungen und tragen regionalen Unterschieden besser Rechnung.

3. Finanzielle Familienunterstützung: steuerliche Abzüge statt pauschaler Zulagen

Familienzulagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Einkommensstabilisierung, insbesondere für sozioökonomisch schwächer gestellte Haushalte. Gleichzeitig zeigen verschiedene Studien, dass direkte Zulagen die Arbeitsanreize – vor allem für Zweitverdienende – reduzieren. Steuerliche Abzüge, insbesondere für Betreuungskosten von Zweitverdienenden und Alleinerziehenden, wirken zielgenauer und sind stärker arbeitsmarktorientiert. Die Schweiz setzt hier bereits einen vergleichsweise starken Akzent: Die entsprechenden Mindereinnahmen belaufen sich auf 0,5 % des BIP, gegenüber 0,21 % im OECD-Durchschnitt.

Wunsch und Realität: Politik hat nur begrenzten Hebel

Eine zentrale Herausforderung bleibt die Diskrepanz zwischen gewünschten und tatsächlich gelebte Erwerbs- und Betreuungsmodellen. Rund die Hälfte der jungen Personen gibt ein Modell mit hohen Teilzeitpensen beider Eltern als ideales Familienmodell an. In der Praxis setzen dies jedoch weniger als 9 % der Familien um. In diesem Bereich stossen familienpolitische Instrumente an Grenzen. Ausschlaggebend sind private Rollenvorstellungen, das Zusammenspiel zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie steuerliche Rahmenbedingungen.

Fazit: Zukunftsfähige Familienpolitik mit Augenmass

Insgesamt geht es Schweizer Familien gut. Ein umfassender Ausbau der Familienpolitik ist daher nicht angezeigt. Sinnvoll sind gezielte Nachjustierungen, die Effizienz, Chancengerechtigkeit und Wahlfreiheit stärken, ohne die Prinzipien der horizontalen Gerechtigkeit und Subsidiarität zu unterlaufen. Der vorliegende IWP-Bericht ordnet die Wirkungen und Zielkonflikte zentraler familienpolitischer Instrumente auf Basis der wissenschaftlichen Literatur ein und schafft damit eine fundierte Grundlage für eine sachliche Reformdebatte.

Inhalt

Executive Summary	2
1 Familienpolitik – Ein Kurzportrait	1
1.1 Was ist Familienpolitik? Eine Einführung	2
1.2 Die Entwicklung der Schweizer Familienpolitik	3
2 Vieles ist im Umbruch	6
2.1 Veränderte Lebensrealitäten: Erwerbsarbeit und Rollenbilder im Umbruch 6	
2.1.1 Ausbildungsniveaus	6
2.1.2 Erwerbsbeteiligung	7
2.1.3 Fertilität	9
2.1.4 Rollenverteilung	10
2.2 Staatliche Familienausgaben: Trends und internationale Vergleiche	11
2.2.1 Ansteigende Kantons- und Gemeindeausgaben	11
2.2.2 Tiefe Ausgaben im internationalen Vergleich	12
3 Familien in der Schweiz: mehrheitlich gut situiert und zufrieden	14
3.1 Einkommen und Ausgaben	14
3.2 Armut und Deprivation	16
3.3 Soziale Mobilität	17
3.4 Zufriedenheit	18
3.5 Aufteilung Erwerbs- und Familienarbeit	18
4 Familienpolitik: Eine Staatsaufgabe?	21
5 Elternzeit: Viel Geld, beschränkte Wirkung	24
5.1 Ausgangslage in der Schweiz	24
5.2 Was sagt die Studienlage?	29
5.2.1 Arbeitsmarktbeteiligung von Eltern	29
5.2.2 Humankapital der Kinder	30
5.2.3 Fertilität	31
5.2.4 Finanzielle Absicherung	32
5.2.5 Chancengerechtigkeit	32
5.3 Implikationen für die Schweizer Politik	34
6 Subventionierte Kinderbetreuung: Investition oder Mitnahmeeffekt?	36
6.1 Ausgangslage in der Schweiz	36
6.2 Was sagt die Studienlage?	41
6.2.1 Arbeitsmarktbeteiligung von Eltern	41

6.2.2	Humankapital der Kinder	42
6.2.3	Fertilität	44
6.2.4	Finanzielle Absicherung	45
6.2.5	Chancengerechtigkeit.....	45
6.3	Implikationen für die Schweizer Politik	48
7	Staatliche Familienunterstützung: Steuerliche Abzüge statt pauschaler Zulagen.....	50
7.1	Ausgangslage in der Schweiz.....	50
7.1.1	Kinder-, Ausbildungs- und Geburtszulagen	50
7.1.2	Steuerliche Abzugsmöglichkeiten.....	52
7.2	Was sagt die Studienlage?.....	56
7.2.1	Arbeitsmarktbeteiligung	56
7.2.2	Humankapital der Kinder	57
7.2.3	Fertilität	57
7.2.4	Finanzielle Absicherung	57
7.2.5	Chancengerechtigkeit.....	58
7.3	Implikationen für die Schweizer Politik	59
8	Fazit und Ausblick: Familienpolitik mit Augenmass	60
9	Literaturverzeichnis	62

1 Familienpolitik – Ein Kurzportrait

Die Schlagzeilen reichen von «Die schleichende Verstaatlichung der Familie»² bis zu «Ein weiteres Kind? Zu teuer für viele Eltern»³ – Familienpolitik bewegt und polarisiert. Sie berührt Grundfragen unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses. In kaum einem anderen Politikfeld überschneiden sich persönliche Lebensführung, wirtschaftliche Rahmenbedingungen und staatliches Handeln in vergleichbarer Weise – entsprechend fundamental sind die Differenzen und vehement die Debatten.

Umso wichtiger ist es, einen sachlichen und analytischen Blick auf die Thematik zu werfen. Die vorliegende Studie verfolgt genau dieses Ziel: Sie bietet eine umfassende Bestandsaufnahme der Familienpolitik in der Schweiz aufgrund der vorliegenden wissenschaftlichen Literatur.

Die Familienpolitik hat sich in den letzten drei Jahrzehnten gewandelt: Historisch wurde die Familie in der Schweiz lange als Ort privater Verantwortung, persönlicher Fürsorge und individueller Lebensgestaltung verstanden. In dem stark föderal geprägten System lag die Zuständigkeit zunächst bei der Familie selbst, danach bei den Gemeinden und erst in einem weiteren Schritt bei den Kantonen. Das Ergebnis war ein Mosaik uneinheitlicher Leistungen und ein Staat, der sich bewusst zurückhielt.

Gesellschaftliche Veränderungen haben dieses Staatsverständnis zunehmend aufgeweicht. Die steigende Erwerbstätigkeit beider Elternteile, vielfältigere Familienformen sowie der demografische Wandel haben familienpolitische Fragestellungen stärker in den politischen Fokus gerückt – insbesondere jene der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn es wurde erkannt, dass familiäre Lebensrealitäten wirtschaftliche Auswirkungen haben, etwa mit Blick auf die Verfügbarkeit von Arbeitskräften oder der Entwicklung von Fähigkeiten. In den letzten Jahren haben sich die familienpolitischen Diskussionen weiter intensiviert. Im Zuge dieser Diskussionen werden folgende Kernfragen aufgeworfen:

- Was ist die Rolle des Staates in einer modernen Familienpolitik?
- Was soll die Familienpolitik bewirken – geht es um die finanzielle Absicherung der Familien, um deren wirtschaftliche Integration, Chancengerechtigkeit oder Gleichstellung?
- Welche Wirkungen gehen tatsächlich von Instrumenten wie der Förderung externer Kinderbetreuung, Elternzeit oder Kinderzulagen aus?
- Macht die Schweiz genug für die Familien im Vergleich zu Ländern mit ähnlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen?

Diesen Fragen nähert sich die Studie mit einem wissenschaftlich fundierten Zugang. Im Zentrum steht nicht die Bewertung individueller Lebensmodelle, sondern eine faktenbasierte Analyse bestehender Instrumente, ihrer Wirkungen und der daraus resultierenden Optionen für zukünftiges politisches Handeln. Dabei werden Grundsätze einer evidenzbasierten Familienpolitik skizziert, die zur Schweiz passt – zu ihren Institutionen und ihrer Gesellschaft.

² <https://www.nzz.ch/meinung/kolumnen/die-sleichende-verstaatlichung-der-familie-ld.1495756> (Zugriff am 24.07.2025).

³ <https://www.tagesanzeiger.ch/schweizer-familien-eltern-verzichten-auf-kinder-wegen-geld-390159147332> (Zugriff am 24.07.2025).

1.1 Was ist Familienpolitik? Eine Einführung

Um Wirkungen, Zielkonflikte und Zuständigkeiten der Familienpolitik systematisch analysieren zu können, ist zunächst zu klären, was im Rahmen dieser Studie unter Familienpolitik verstanden wird.

Die Familie gilt als besonders geschützter Bereich von Freiheit und Verantwortung. Sie steht unter dem Schutz der Bundesverfassung, und staatliche Eingriffe in ihre Gestaltung sollen möglichst zurückhaltend erfolgen (vgl. Lütolf & Lüssi, 2023). Dieses Leitbild bestimmt die Reichweite, Ausgestaltung und Legitimation familienpolitischer Massnahmen.

Obwohl die Familien geschützte und eigenständige Einheiten sind, haben Entscheidungen innerhalb von Familien gesellschaftliche Auswirkungen. Erziehungsstile, die Aufteilung von Erwerbs- und Betreuungsarbeit sowie die Kinderzahl beeinflussen langfristig die Entwicklung des Humankapitals, den Arbeitsmarkt und die demografische Struktur einer Gesellschaft.

Auch wenn der Staat keine Lebensmodelle vorschreiben darf, setzt er Rahmenbedingungen und Anreize, innerhalb derer Familien ihre individuellen Vorstellungen realisieren. Viele Entscheidungen orientieren sich an diesen Rahmenbedingungen. Wenn etwa die Kosten externer Kinderbetreuung höher sind als das zusätzlich erzielte Einkommen, ist Teilzeitarbeit oder ein Erwerbsverzicht eine nachvollziehbare Reaktion. Politische Anreize beeinflussen damit direkt die Handlungsspielräume von Familien (vgl. Naumann, 2023).

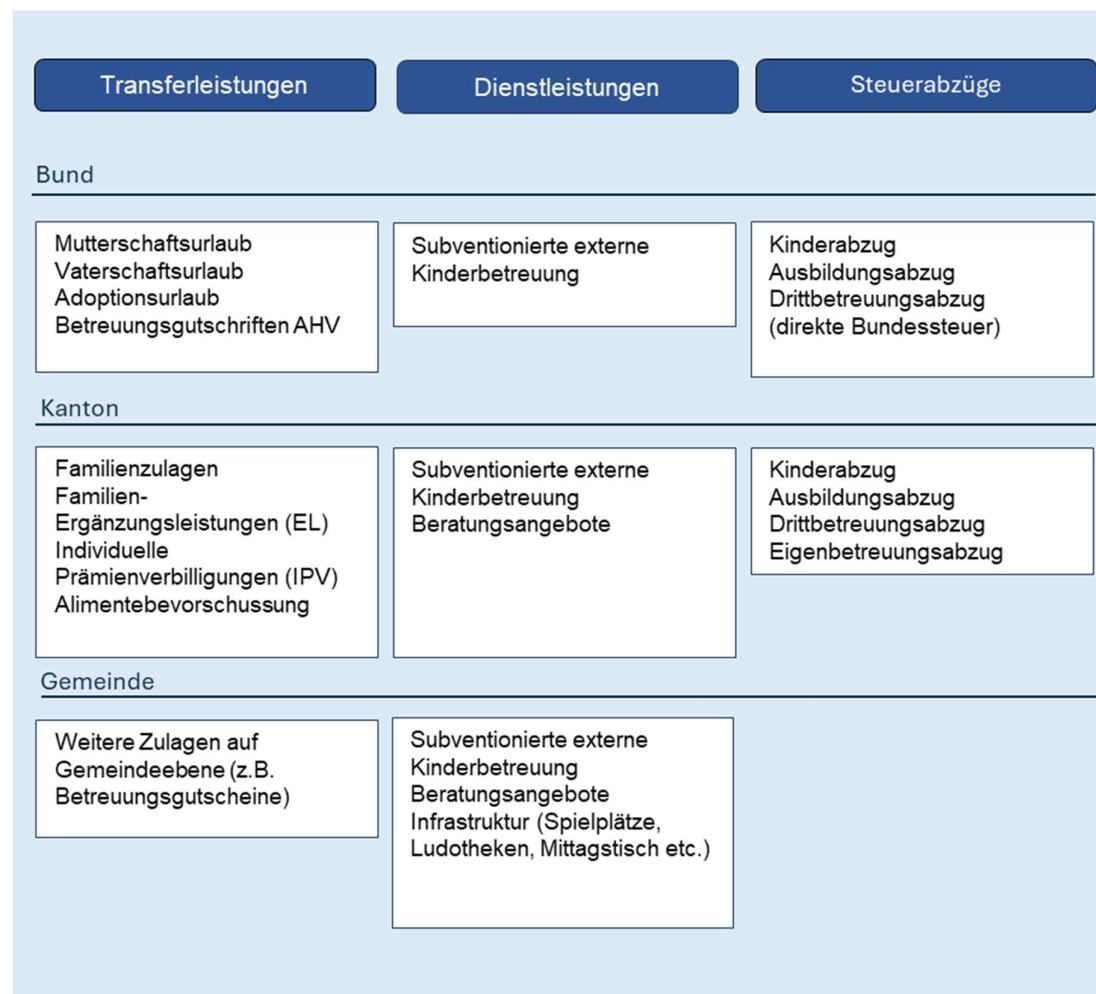
Vor diesem Hintergrund bezeichnet Familienpolitik jene **staatlichen Massnahmen**, mit denen die **Rahmenbedingungen für Familien gestaltet** und deren **Lebensbedingungen gezielt verbessert** werden sollen (BSV, 2025a; Häusermann & Bürgisser, 2022).

Die Familienpolitik ist dezentral organisiert. Die Hauptzuständigkeit liegt bei Gemeinden und Kantonen; der Bund wird in der Regel erst dann aktiv, wenn deren Handlungsspielräume begrenzt sind (BSV, 2025a). Entsprechend entfällt ein deutlich grösserer Anteil der familienpolitischen Ausgaben auf die Kantons- und Gemeindeebene als auf den Bund.

Abbildung 1 zeigt, welche Instrumente die Familienpolitik in der Schweiz umfasst und auf welcher staatlichen Ebene sie angesiedelt sind. Gemäss OECD lassen sich diese in drei Kategorien einteilen (OECD, 2025a):

- 1) **Transferleistungen** in Form direkter Geldzahlungen an Familien mit Kindern.
- 2) **Dienstleistungen**, die der Staat für Familien bereitstellt oder subventioniert (z. B. Kinderbetreuung).
- 3) **Steuerabzüge**, mit denen die Steuerlast von Familien gezielt reduziert wird.

Abbildung 1: Übersicht Familienpolitik



Quelle: Eigene Darstellung

Nachdem Begriff, Zuständigkeiten und Instrumente der Familienpolitik geklärt sind, lohnt sich ein Blick auf ihre historische Entwicklung. Sie erklärt, weshalb die heutige Ausgestaltung der Familienpolitik in der Schweiz vergleichsweise zurückhaltend, dezentral und schrittweise gewachsen ist.

1.2 Die Entwicklung der Schweizer Familienpolitik

Historisch entwickelte sich die Familienpolitik in der Schweiz lange Zeit nur zögerlich und vor allem über Familienzulagen, die überwiegend kantonal geregelt waren. Ein früher institutioneller Meilenstein war die Aufnahme des Familienschutzartikels in die Bundesverfassung im Jahr 1945, mit dem der Bund erstmals Kompetenzen im Bereich der Familienzulagen erhielt (Stampfli, 2024). Ein breiterer Ausbau des familienpolitischen Instrumentariums setzte jedoch erst in den vergangenen rund 30 Jahren ein. In dieser Phase wurde Familienpolitik zunehmend auch als Teil der Gleichstellungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik verstanden. Daraus entstand eine überparteiliche Allianz zwischen liberalen und sozialen Gruppen, die Familienpolitik mehrheitsfähig machten (Häusermann & Bürgisser, 2022).

Die folgende Auflistung gibt einen Überblick über die wichtigsten familienpolitischen Massnahmen der letzten Jahre auf Bundesebene:

- **1997 Erziehungs- und Betreuungsgutschriften (AHV):** Mit der 10. AHV-Revision führte der Bund Erziehungsgutschriften für Eltern und Betreuungsgutschriften für pflegende Angehörige ein, die später die AHV-Rente erhöhen (BSV, 2017).
- **Seit 2000 Einführungsversuche einer Familien-EL:** Seit 2000 wurden auf Bundesebene mehrere Anläufe zur Einführung von Familienergänzungsleistungen unternommen, die jedoch alle scheiterten. Auf kantonaler Ebene wurden eigene Modelle eingesetzt (SKOS, 2025).
- **2003 Impulsprogramm externe Kinderbetreuung:** Mit dem Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung wurde ein befristetes Impulsprogramm lanciert, das den Auf- und Ausbau von Betreuungsplätzen und deren Finanzierbarkeit unterstützte. Im Rahmen dieses Programms werden Finanzhilfen an neu geschaffene Betreuungsangebote verteilt. Ursprünglich auf acht Jahre angelegt, wurde es mehrfach verlängert und läuft erst im Dezember 2026 definitiv aus (BSV, 2025b).
- **2005 Mutterschaftsentschädigung:** Nach einer gewonnenen Volksabstimmung wurde ein Anspruch auf 14 Wochen Mutterschaftsentschädigung (80 % des Lohnes bis zu einem Maximalbetrag) im Bundesgesetz über die Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende (EOG) verankert. Die Finanzierung erfolgt über die Erwerbsersatzordnung (EO) (BSV, 2025c).
- **2009 Harmonisierung Kinderzulagen:** Das Bundesgesetz über die Familienzulagen setzte landesweite Mindeststandards für Anspruchsvoraussetzungen und Leistungshöhen fest und reduzierte die kantonalen Unterschiede (BSV, 2024).
- **2011 Steuerlicher Abzug für Drittbetreuungskosten:** Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern können Eltern nachgewiesene Fremdbetreuungskosten steuerlich geltend machen. 2023 wurde der Maximalabzug von 10'000 auf 25'000 Franken erhöht (Der Bundesrat, 2022).
- **2018 Erweiterung Impulsprogramm externe Kinderbetreuung:** Das Programm wurde um Mittel zur Subventionierung von Elternbeiträgen und für Projekte zur besseren Abstimmung von Betreuungsangeboten auf elterliche Bedürfnisse ergänzt (Der Bundesrat, 2016).
- **2021 Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs:** Im Rahmen der Volksabstimmung wurde ein bezahlter Vaterschaftsurlaub eingeführt, der – wie die Mutterschaftsentschädigung – über die EO finanziert wird (BSV, 2025c).
- **2023 Einführung eines Adoptionsurlaubs:** Seit 2023 haben Erwerbstätige bei der Adoption eines Kindes unter vier Jahren Anspruch auf einen zweiwöchigen Adoptionsurlaub, der von der EO finanziert wird (ebd.).

Dieser Bericht richtet auch ein besonderes Augenmerk auf die aktuellen Themen. Derzeit prägen insbesondere zwei Themen die familienpolitische Debatte auf Bundesebene:

- **Ausbau der subventionierten Kinderbetreuung:** Auf Bundesebene gibt es derzeit mehrere Anläufe, um die Subventionierung der Kinderbetreuung weiterzuentwickeln. Einerseits soll das 2003 eingeführte und mehrfach verlängerte befristete Impulsprogramm in eine dauerhafte Lösung überführt werden. Im Parlament wird derzeit eine Variante diskutiert, bei der Familien für jeden fremdbetreuten Wochentag eine Betreuungspauschale von monatlich 100 Franken pro Kind erhalten sollen. Andererseits kam 2023 die Kita-Initiative der SP Schweiz zustande, die ein ausreichendes und

bezahlbares Angebot an institutioneller Kinderbetreuung fordert (BK, 2025). Die Initiative wurde 2024 vom Bundesrat abgelehnt. Das Parlament beschloss 2025 die oben genannte Verstetigung des Impulsprogramms als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative (parlament.ch, 2025a).

- **Einführung Elternzeit:** Vier Ständesinitiativen und eine Volksinitiative fordern die Einführung einer Elternzeit nach dem Vorbild anderer europäischer Länder, wobei zwei Ständesinitiativen von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats bereits abgelehnt wurden. Diskutiert werden Modelle mit geteilten Elternzeitansprüchen – etwa nach dem deutschen Modell von bis zu drei Jahren unbezahlter Elternzeit, teils mit Teilkompensation. Zur Länge und konkreten Ausgestaltung in der Schweiz gibt es noch keine Informationen (parlament.ch, 2025b).

Insgesamt zeigt die Übersicht: Der Ausbau der Familienpolitik erfolgte in der Schweiz schrittweise, oft pragmatisch und in einzelnen Reformschritten statt im Rahmen einer umfassenden Gesamtstrategie. Viele zentrale Elemente – von der Kinderbetreuung über Elternurlaube bis zu Ergänzungsleistungen für Familien – wurden spät eingeführt, befristet ausgestaltet oder nur teilweise umgesetzt. Die heute diskutierten Reformen greifen genau diese offenen Punkte auf. Sie zielen weniger auf neue Grundprinzipien als auf die Weiterentwicklung und Verstetigung bestehender Instrumente und markieren damit eine Phase der Konsolidierung und möglichen Neujustierung der Schweizer Familienpolitik.

Das Ziel dieses Berichtes ist es, die politischen Entscheidungen dieser neuen Phase mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu unterstützen. Dazu skizzieren wir zunächst die wichtigsten Entwicklungen von Familien und Familienpolitik (Kapitel 2) und geben eine aktuelle Bestandsaufnahme der Schweizer Familien (Kapitel 3). Im Kapitel 4 beschreiben wir ökonomische Grundsätze als Leitplanken und leiten daraus ein Prüfraster ab, mit dem wir die empirische Evidenz zu Elternzeit (Kapitel 5), subventionierte Kinderbetreuung (Kapitel 6) und Familienzulagen und steuerliche Regelungen strukturieren (Kapitel 7). Abschliessend fassen wir im Fazit die Erkenntnisse aus allen Kapiteln zusammen (Kapitel 8).

2 Vieles ist im Umbruch

Wie in Kapitel 1 gezeigt wurde, hat sich die Schweizer Familienpolitik in den letzten rund 30 Jahren deutlich verändert. Ausschlaggebend hierfür waren grundlegende strukturelle Veränderungen in der Lebenssituation der Familien. Vor diesem Hintergrund beleuchtet dieses Kapitel die zentralen Entwicklungen in der Schweiz. Abschnitt 2.1 beschreibt den Wandel beruflicher und privater Lebensrealitäten in den vergangenen Jahrzehnten. Abschnitt 2.2 analysiert die Entwicklung der familienpolitischen Ausgaben und ordnet diese im internationalen Vergleich ein.

2.1 Veränderte Lebensrealitäten: Erwerbsarbeit und Rollenbilder im Umbruch

Die Lebensrealitäten von Familien haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Spätestens mit der Verankerung der Gleichstellung in der Bundesverfassung (1981) und ihrer gesetzlichen Umsetzung (1996) setzte ein gesellschaftlicher Wandel ein, der sich in Bildung, Erwerbstätigkeit, Familienplanung und Rollenbildern klar zeigt.

Nach der Wirtschafts-Nobelpreisträgerin Claudia Goldin sind in westlichen Ländern vor allem der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und die Verfügbarkeit zuverlässiger Verhütungsmittel entscheidende Voraussetzungen dieses Wandels (Goldin, 2021; Goldin, 2006; Goldin & Katz, 2002). Sie eröffneten neue berufliche und biografische Möglichkeiten, insbesondere für Frauen.

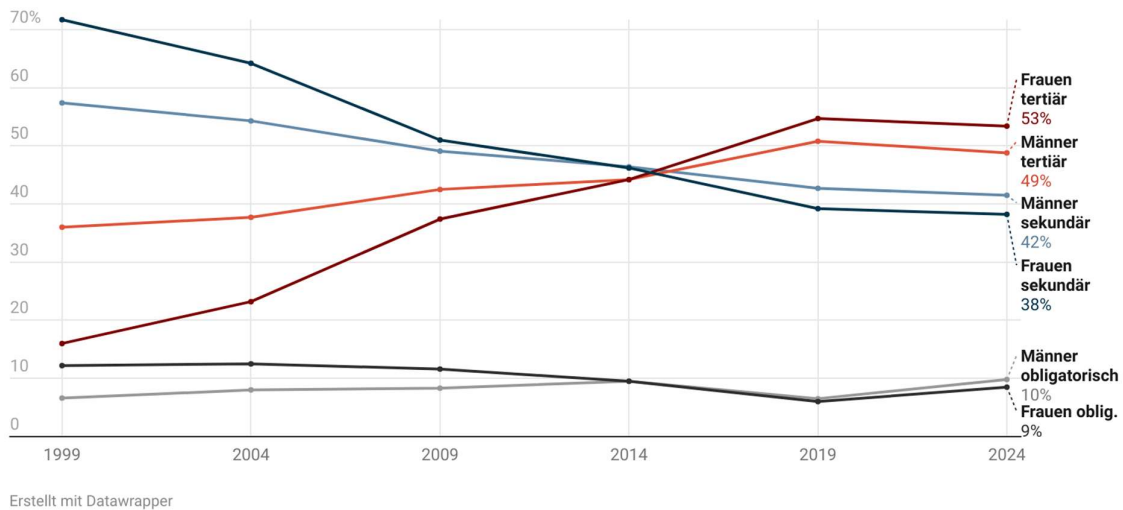
Vor diesem Hintergrund haben sich zentrale Dimensionen familialer Organisation – von Ausbildung und Erwerbsverläufen bis hin zu Fertilitätsmustern und Rollenbildern – grundlegend verändert. Diese Entwicklungen werden in den folgenden Abschnitten im Detail dargestellt.

2.1.1 Ausbildungsniveaus

Eine erste zentrale Dimension dieses strukturellen Wandels betrifft die Ausbildung. Der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft ging mit einer wachsenden Bedeutung formaler Bildung einher, was sich in den Bildungsabschlüssen der Bevölkerung widerspiegelt. Über die Generationen hinweg ist das formale Bildungsniveau deutlich gestiegen. Wie **Abbildung 2** zeigt, verfügen jüngere Männer und Frauen heute deutlich häufiger über einen höheren Bildungsabschluss als 1999.

Bei den mittleren Altersgruppen haben Männer noch häufiger höhere Bildungswege durchlaufen als Frauen. Bei den unter 35-Jährigen ist das Bild dagegen ausgeglichen – sogar mit einem leichten Vorsprung der Frauen.

Abbildung 2: Bildungsniveau der 25- bis 34-Jährigen nach Geschlecht (1999-2024)



Quelle: BFS (2025a)

2.1.2 Erwerbsbeteiligung

Die Veränderungen im Bildungsbereich gingen mit tiefgehenden Verschiebungen in den Erwerbsverläufen einher, insbesondere bei Frauen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war knapp die Hälfte der 15- bis 64-jährigen Frauen erwerbstätig, bis 1941 sank dieser Anteil auf 35 %. Hauptgrund war der Rückzug verheirateter Frauen vom Arbeitsmarkt – im Sinne des damals dominierenden Modells des männlichen Ernährers (Head-König, 2015).

Ab den 1970er-Jahren setzte diesbezüglich ein Wertewandel ein. In der Folge stieg die Erwerbsbeteiligung der Frauen stark an:

- **1971** waren **42,5 %** der 15- bis 64-jährigen Frauen erwerbstätig (ebd.)
- **2005** stieg dieser Anteil auf **74,3 %** (BFS, 2025b).
- **2024** lag deren Erwerbsquote bei **80,8%** (ebd.)

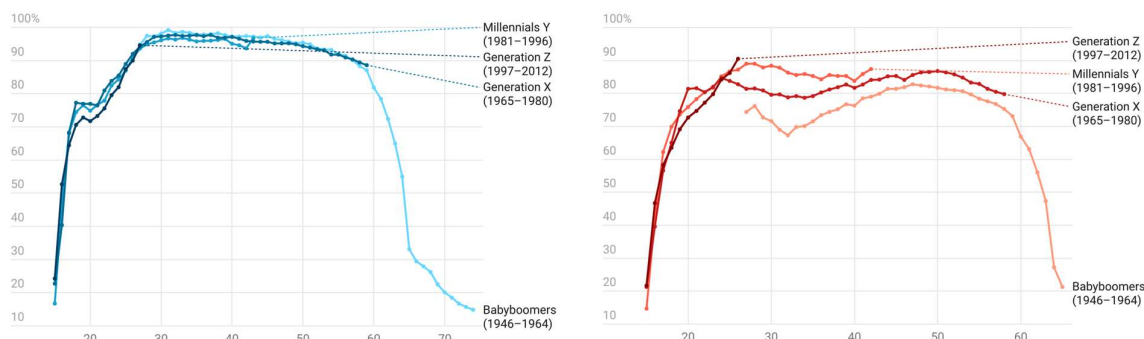
Damit gleicht sich die Erwerbstätigkeit der Frauen an jene der Männer an: 2024 waren 87,4 % der Männer zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig (BFS, 2025b).

Folglich veränderte sich die Zusammensetzung der Erwerbstätigen:

- **1970** stellten Frauen ein **Drittel** der Erwerbstätigen (33,9 %) (vgl. BFS, 2024a).
- **2023** waren es fast die **Hälfte** (46,7 %) (ebd.).

Eine weitere interessante Veränderung zeigt sich bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit über den Altersverlauf: Frauen reduzieren ihre Erwerbstätigkeit zwar weiterhin in der Kleinkindphase der Kinder, doch der «Knick» fällt bei jüngeren Generationen deutlich flacher aus. Bei Millennials-Männern (Jahrgänge 1981 bis 1996) ist in dieser Phase ebenfalls ein leichter Rückgang der Erwerbsquote zu beobachten (vgl. **Abbildung 3**).

Abbildung 3: Erwerbsquote nach Alter, Geschlecht und Generation

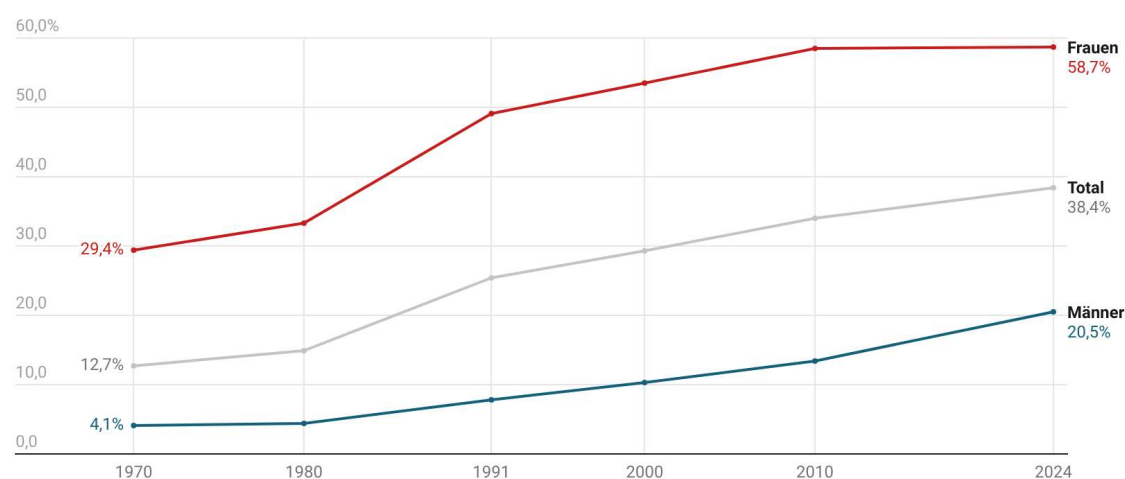


Quelle: BFS (2025c); BFS (2025d)

Die Familiengründung ist heute deutlich seltener mit einem vollständigen Ausscheiden der Mütter aus dem Arbeitsmarkt verbunden. Stattdessen erfolgt die Anpassung der Erwerbstätigkeit zunehmend über eine Reduktion des Beschäftigungsumfangs. Entsprechend hat sich Teilzeitarbeit zu einem zentralen Strukturmerkmal des Schweizer Arbeitsmarkts entwickelt. Während 1970 lediglich 12,7 % aller Erwerbstätigen in Teilzeit arbeiteten, lag dieser Anteil 2024 bei 38,4 % (**Abbildung 4**).

Teilzeitarbeit ist dabei nach wie vor stark geschlechtsspezifisch ausgeprägt: 2024 arbeiteten rund 59 % der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit, gegenüber deutlich geringeren Anteilen im Jahr 1970. Gleichzeitig hat Teilzeitarbeit auch bei Männern markant zugenommen – von 4,1 % im Jahr 1970 auf 20,5 % im Jahr 2024. Relativ betrachtet fällt der Anstieg bei Männern damit sogar stärker aus, wenn auch von einem deutlich tieferen Ausgangsniveau.

Abbildung 4: Anteil der Teilzeiterwerbstätigen (1970-2024)



Quelle: BFS (2025e)

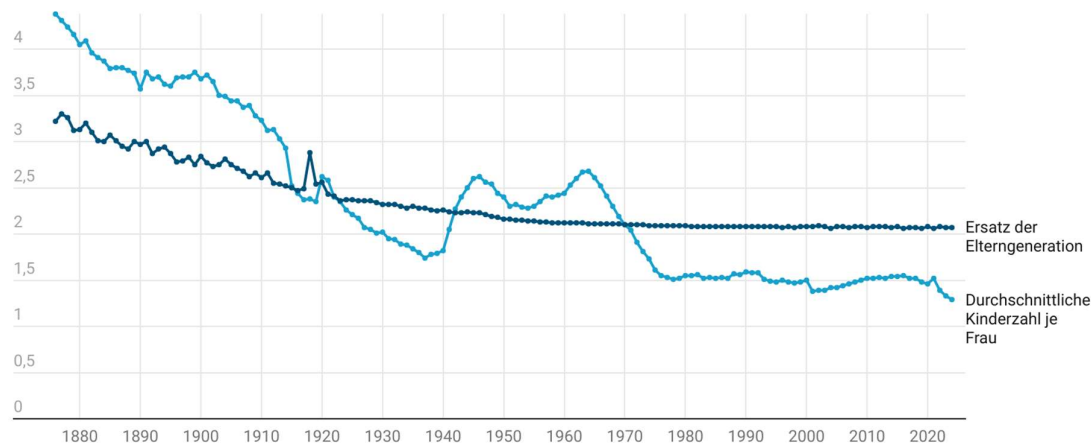
2.1.3 Fertilität

Die Veränderungen bei den Bildungswegen und der Erwerbstätigkeit zeigen sich auch in der dritten Dimension: der Fertilität. Seit der breiten Verfügbarkeit zuverlässiger Verhütungsmittel Ende der 1960er-Jahre ist die durchschnittliche Kinderzahl pro Person deutlich gesunken. Aktuell (2024) liegt sie bei 1,3 Kindern pro Frau und 1,2 Kindern pro Mann (BFS, 2025f). **Abbildung 5** zeigt, dass die Geburtenrate bereits seit 1880 rückläufig ist und seit 1920 in den meisten Jahren unter dem für die Bestandserhaltung nötigen Wert von 2,1 liegt – mit Ausnahme der Babyboomer-Jahrgänge 1945–1965.

Seit 2022 ist die Geburtenrate nochmals spürbar gesunken, was viel mediale Aufmerksamkeit ausgelöst hat. Solche kurzfristigen Rückgänge, wie zwischen 2022 und 2024, sollten jedoch vorsichtig interpretiert werden. Steigt zum Beispiel das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt, sinkt die Geburtenrate zunächst, weil Geburten zeitlich nach hinten verschoben werden; mittelfristig kann sie sich wieder stabilisieren (Dattani & Rodes-Guirado, 2025). Ähnliche Einbrüche traten bereits in den 1990er-Jahren und Anfang der 2000er-Jahre auf, bevor sich die Raten wieder einpendelten.

Ob die Geburtenrate weiter sinkt oder sich erneut stabilisiert, ist derzeit offen. Ziemlich sicher ist lediglich: Sie wird auch künftig – auf dem Niveau nach dem «Pillenknick» – deutlich unter der Ersatzrate von 2,1 Kindern pro Frau bleiben.

Abbildung 5: Geburtenrate (1870-2024)



Quelle: BFS (2025f)

Parallel dazu hat sich das Alter bei der Geburt des ersten Kindes merklich erhöht: Während Frauen im Jahr 1970 im Durchschnitt mit 26 Jahren ihr erstes Kind bekamen, liegt dieses Alter heute bei rund 31 Jahren. Ein wichtiger Einflussfaktor auf den Altersdurchschnitt ist der starke Rückgang der Teenagerschwangerschaften und der Schwangerschaften unter 25 Jahren (BFS, 2025f). Kinder werden heute also später und seltener geboren.

2.1.4 Rollenverteilung

Die tiefgreifenden Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft spiegeln sich zunehmend auch in den Erwerbsmustern von Paaren mit Kindern wider. Besonders ausgeprägt sind diese Verschiebungen in den letzten 15 Jahren, wie **Abbildung 6** zeigt. Sie gibt Aufschluss darüber, wie Familien Erwerbs- und Sorgearbeit organisieren.

Deutlich zurückgegangen ist dabei das klassische Einverdienermodell, in dem der Mann Vollzeit erwerbstätig ist und die Frau keiner Erwerbsarbeit nachgeht: Sein Anteil sank von 22,4 % auf 13,2 %. Gleichzeitig ist die Erwerbsbeteiligung von Müttern weiter gestiegen. Während Konstellationen mit einem vollzeitarbeitenden Partner und einer Partnerin in geringem Teilzeitpensum (1-49 %) etwas seltener geworden sind (Rückgang von 29,2 % auf 23,7 %), haben Modelle mit einem höheren Teilzeitpensum der Partnerin (50-89 %) an Bedeutung gewonnen (Anstieg von 22,1 % auf 27,2 %).

Abbildung 6: Tatsächlich gelebte Aufteilung von Paaren mit Kindern (2012, 2022)



Quelle: BFS (2025g)

Zusammenfassend zeigt sich:

- *Höhere Ausbildung:* Junge Mütter und Väter sind heute besser und ähnlich gut ausgebildet.
- *Steigende Erwerbstätigkeit:* Insgesamt ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Schweiz stark gestiegen und nähert sich heute dem Niveau der Männer an, wobei Teilzeitarbeit eine zentrale Rolle spielt.
- *Sinkende Fertilität:* Familien haben später und weniger Kinder als frühere Generationen.
- *Veränderte Rollenbilder:* Das klassische Ein-Ernährer-Modell verliert an Bedeutung; die Erwerbstätigkeit von Müttern steigt.

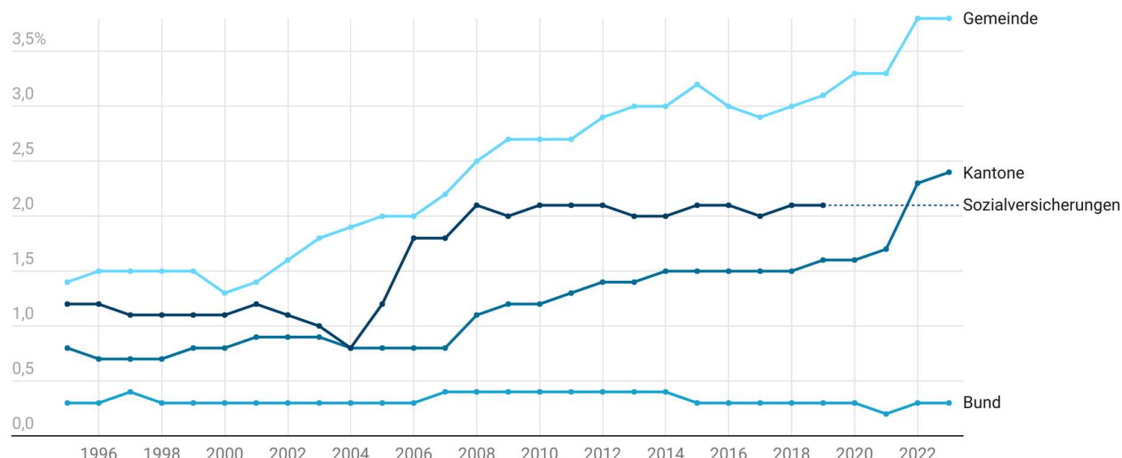
2.2 Staatliche Familienausgaben: Trends und internationale Vergleiche

Nicht nur das Familienleben, sondern auch die Familienpolitik in der Schweiz hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Nachfolgend werden diese Entwicklungen zunächst nachgezeichnet (2.2.1). Anschliessend wird die Situation in der Schweiz im internationalen Vergleich eingeordnet (2.2.2).

2.2.1 Ansteigende Kantons- und Gemeindeausgaben

Nach dem Subsidiaritätsprinzip liegt die Familienpolitik in der Schweiz primär in der Zuständigkeit der Kantone und Gemeinden (Der Bundesrat, 2017). Die Verantwortung verbleibt zunächst bei den Familien; staatliche Unterstützung setzt erst ein, wenn diese nicht ausreicht, wobei zunächst die Gemeinden und in einem zweiten Schritt die Kantone eingreifen. Diese Zuständigkeitsverteilung spiegelt sich unmittelbar in der Ausgabenstruktur wider: Wie **Abbildung 7** zeigt, tragen Gemeinden und Kantone den Hauptteil der familienpolitischen Kosten, während der Finanzierungsanteil des Bundes vergleichsweise gering ist.

Abbildung 7: Ausgaben für Kinder und Familien nach Staatsebene (in Prozent der Gesamtausgaben)⁴



Quelle: Eurostat (2025a)

Seit den 2000er-Jahren sind die familienbezogenen Ausgaben von Kantonen und Gemeinden deutlich gestiegen. An den Gemeindeausgaben nahm ihr Anteil von rund 1,5 % (1995) auf 3,8 % (2023) zu. Bei den Kantonen wuchs er im gleichen Zeitraum von unter 1 % auf rund 2,5 %. Auch in den Sozialversicherungen kam es zu einem Ausbau: Seit Einführung der Mutterschaftsentschädigung stieg der Anteil der familienbezogenen Leistungen von 1,2 % auf über 2 %. Der Anteil der Familienpolitik an den Bundesausgaben blieb hingegen über die gesamte Periode stabil bei rund 0,4 %.

⁴ Ab 2020 wird der Anteil an den Sozialversicherungen durch Mehrausgaben infolge der Covid-Krise verzerrt und deshalb in dieser Grafik nicht abgebildet (vgl. Schaltegger & Mair, 2021).

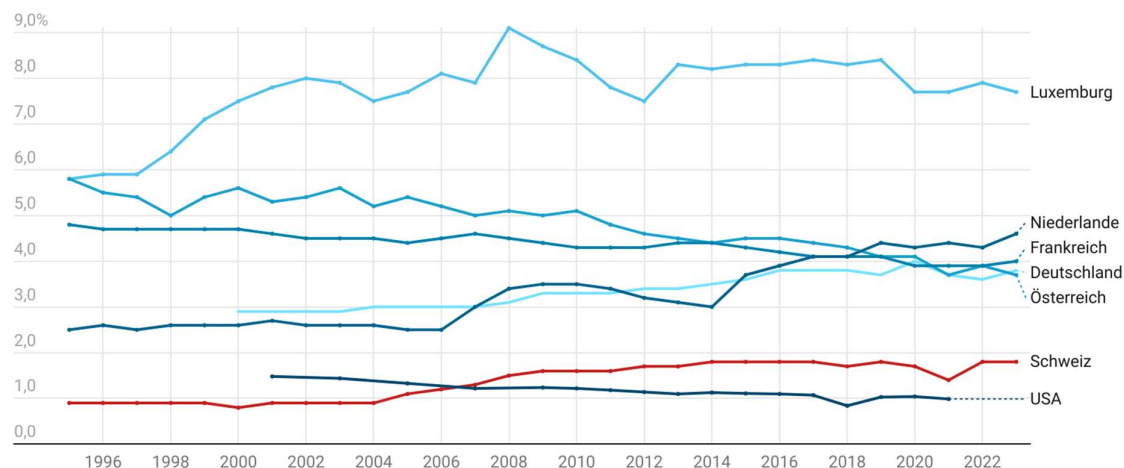
Nominell beliefen sich die Ausgaben im Jahr 2023 beim Bund auf 257 Mio. Franken, bei den Kantonen auf 2,6 Mrd. Franken und auf 2,2 Mrd. Franken auf Gemeindeebene (Eurostat, 2025a).

2.2.2 Tiefe Ausgaben im internationalen Vergleich

Während der vorherige Abschnitt die innerstaatliche Verteilung der familienpolitischen Ausgaben beleuchtet hat, richtet sich der Blick nun auf den internationalen Vergleich des Gesamtstaates. Seit Mitte der 1990er Jahre belaufen sich die öffentlichen Ausgaben für Familien in der Schweiz auf rund 1–2 % der gesamten Staatsausgaben. Ein ähnlicher Anteil zeigt sich auch in den Vereinigten Staaten.

In vielen europäischen Ländern liegt der entsprechende Anteil höher; in Frankreich, Deutschland, Österreich und den Niederlanden beträgt er rund 3–5 % der Staatsausgaben. Den höchsten Wert verzeichnet Luxemburg mit 8–9 %.

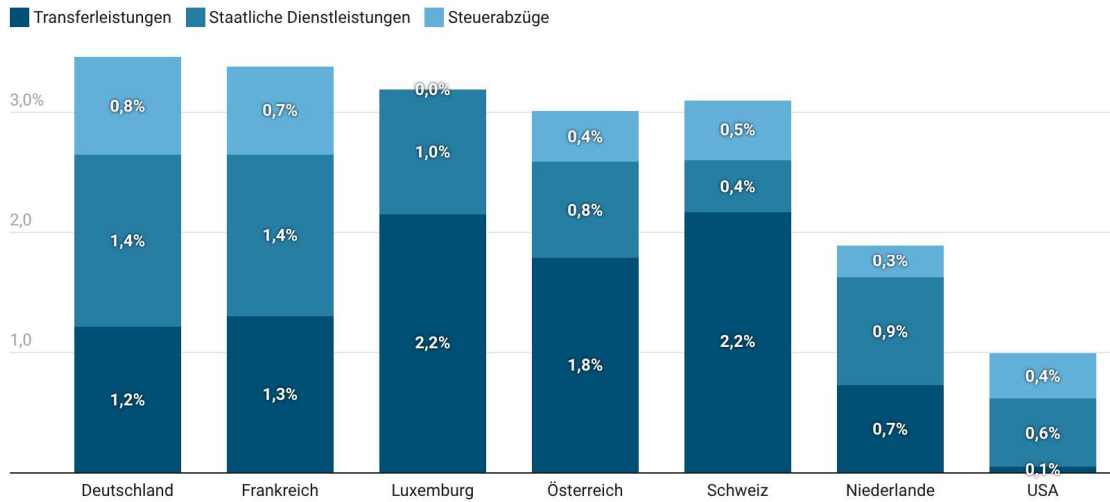
Abbildung 8: Internationaler Vergleich: Ausgaben für Kinder und Familien als Anteil der öffentlichen Aufgaben (1995-2023)



Quelle: Eurostat (2025a); OECD (2025a) für die USA

Neben dem Umfang der familienpolitischen Ausgaben unterscheidet sich zwischen Ländern auch deren Ausgestaltung. Zwar sind die familienpolitischen Instrumente in den meisten Staaten ähnlich ausgestaltet: Auch die Vergleichsländer kennen Steuerabzüge, Kinderzulagen sowie Angebote wie Beratung oder Kindertagesstätten. Unterschiede zeigen sich jedoch im Verhältnis von Geldleistungen zu Dienstleistungen (**Abbildung 9**). Im internationalen Vergleich setzt die Schweiz stärker auf Transferleistungen und in geringerem Ausmass auf staatliche Dienstleistungen als andere Länder.

Abbildung 9: Internationaler Vergleich: Staatliche Leistungen für Familien nach Art



Lesebeispiel: In der Schweizer Familienpolitik belaufen sich die Transferleistungen auf 2,2 % des BIP, die staatlichen Dienstleistungen auf 0,4 % des BIP und die Steuerabzüge auf 0,5 % des BIP. Angaben als Prozentsatz des BIP.

Quelle: OECD (2025a)

Der internationale Vergleich der Familienpolitik bedarf jedoch einer sorgfältigen Einordnung. In der Schweiz werden zahlreiche familiennahe Leistungen nicht explizit der «Familienpolitik» zugerechnet, sondern etwa den Bereichen Bildung oder Soziale Sicherheit. So werden Tagesstrukturen und Horte teilweise unter «Bildung» verbucht, Prämienverbilligungen für Kinder unter «Soziale Sicherheit» (FDK, 2023). Für einen umfassenden Ländervergleich müssten solche Leistungen mitberücksichtigt werden.

Zudem lässt sich aus dem Umfang der eingesetzten Mittel nicht unmittelbar auf das tatsächliche Leistungsniveau schliessen. Ein geringerer Mitteleinsatz kann ebenso auf effizientere Strukturen, einen geringeren Bedarf oder eine stärkere private Finanzierung hindeuten. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, den internationalen Vergleich durch eine Betrachtung der konkreten Lebenssituation von Familien in der Schweiz zu ergänzen. Eine solche folgt in Kapitel 3.

Zusammenfassend zeigt sich:

- *Bewegung auf Kantons- und Gemeindeebene:* Der Anteil der Familienpolitik an den Kantons- und Gemeindeausgaben hat sich in den letzten 25 Jahren mehr als verdoppelt.
- *Tiefe Ausgaben im internationalen Vergleich:* Im Vergleich mit Nachbarländern gibt die Schweiz weniger öffentliche Mittel für die Familienpolitik aus und liegt damit auf einem Niveau, das eher mit den Vereinigten Staaten als mit europäischen Nachbarstaaten vergleichbar ist.
- *Fokus auf Transferleistungen:* Die Schweiz setzt in der Familienpolitik stärker auf Transferleistungen als auf staatliche Dienstleistungen.

3 Familien in der Schweiz: mehrheitlich gut situiert und zufrieden

Nachdem Umfang und Ausgestaltung der Familienpolitik beleuchtet wurden, steht nun die Frage im Zentrum, wie sich diese in den Lebensbedingungen der Familien niederschlagen. Ein internationaler Vergleich ordnet die Ergebnisse ein und zeigt, wie die Schweiz abschneidet. So entsteht ein differenziertes Gesamtbild der Lebensrealitäten von Familien in der Schweiz.

3.1 Einkommen und Ausgaben

Zunächst zur finanziellen Situation der Familien: Familien sind in der Schweiz finanziell nicht schlechter gestellt als andere Haushaltstypen, wie ein Vergleich der Einnahmen und Ausgaben von Haushalten mit und ohne Kinder zeigt. Familien weisen zwar höhere Ausgaben auf, verfügen jedoch zugleich über höhere Primär- und Bruttoeinkommen, sodass ihnen unterm Strich ein Sparbetrag verbleibt, der mit jenem anderer Haushaltstypen vergleichbar ist (vgl. **Tabelle 1**). Konkret sparen Einpersonenhaushalte – unabhängig davon, ob Kinder im Haushalt leben – rund 15 % ihres Bruttoeinkommens, Paare ohne Kinder 23 % und Paare mit Kindern 22 %.

Die Sparquote hängt stark vom jeweiligen Einkommen ab. Paare mit Kindern im untersten Einkommensfünftel können im Durchschnitt nur rund 4 % ihres Einkommens sparen, während in den obersten Einkommensgruppen rund 30 % des Einkommens zurückgelegt werden können. Dasselbe Muster zeigt sich allerdings auch bei kinderlosen Haushalten, wobei die Unterschiede zwischen niedrigen und hohen Einkommen dort sogar noch ausgeprägter sind.

Tabelle 1: Finanzielle Lage von Familien vs. Haushalte ohne Kinder (2020-2021)⁵

	Person unter 65 Jahren ohne Kinder	Person mit Kindern	Paare unter 65 Jahren ohne Kinder	Paare mit Kindern	Paare ohne Kinder (unterste 20%)	Paare mit Kindern (unterste 20%)	Paare ohne Kinder (oberste 20%)	Paare mit Kindern (oberste 20%)
Primäreinkommen	5.900	6.159	12.450	13.068	4.514	5.364	23.216	24.758
Sozialleistungen	783	1.556	723	961	1.449	1.445	-	765
Monetäre Transfereinkommen von anderen Haushalten	97	1.049	87	105	-	-	-	152
Bruttoeinkommen	6.779	8.765	13.260	14.133	6.019	6.857	23.777	25.675
Obligatorische Ausgaben	-1.978	-2.276	-3.975	-4.102	-2.126	-2.073	-7.393	-7.969
Monetäre Transferausgaben an andere Haushalte	-209	-236	-186	-110	-	-67	-542	-190
Verfügbares Einkommen	4.592	6.252	9.098	9.921	3.832	4.717	15.842	17.516
Gesamtausgaben (Versicherungen + Konsum)	-3.703	-5.145	-6.137	-7.017	-4.382	-4.535	-8.637	-9.996
Sporadische Einkommen	110	176	134	179	101	87	175	215
Sparbetrag	999	1.283	3.096	3.083	-448	270	7.381	7.735

Quelle: BFS (2024b)

Familien mit Kindern verfügen häufiger über Wohneigentum, was sich in einem geringeren Anteil an Mieterhaushalten zeigt. Zudem besitzen Haushalte mit Kindern ebenso häufig oder sogar häufiger langlebige Konsumgüter wie Autos, Velos oder Computer. **Abbildung 10** veranschaulicht ausgewählte Merkmale von Haushalten und gibt damit Einblick in die materielle Situation von Familien in der Schweiz.⁶

Abbildung 10: Ausgewählte Haushaltsmerkmale (2020-2021)



Quelle: BFS (2024b)

⁵ Die Datenquelle (HABE) berücksichtigt in der Kategorie «Paare mit Kindern» nur Paare mit Kindern unter 25 Jahren.

⁶ Es ist zu berücksichtigen, dass Haushalte mit Kindern im Durchschnitt älter sind als Haushalte ohne Kinder, sodass ein Teil der beobachteten Unterschiede auch auf Alterseffekte zurückzuführen sein kann.

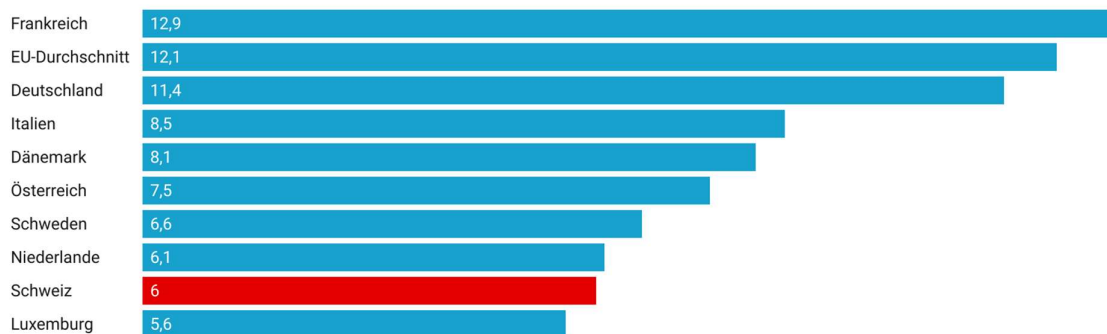
3.2 Armut und Deprivation

Im europäischen Vergleich weisen Familien in der Schweiz eine niedrige Armutsquote auf. Wie **Abbildung 11** zeigt, ist die materielle und soziale Deprivationsquote bei Haushalten mit Kindern niedrig. Dieses gängige Armutsmass erfasst den Anteil der Haushalte, denen grundlegende Güter für einen angemessenen Lebensstandard fehlen. 2024 lag der Wert in der Schweiz bei 6 %, deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 12,1 % (Eurostat, 2025b).

Dieses Befundbild bestätigt sich auch bei Verwendung einer alternativen Datenquelle. Die ISSP-Befragung von 2022 erfasst die subjektive finanzielle Situation von Eltern und erlaubt zugleich einen internationalen Vergleich. Die zentralen Ergebnisse lassen sich wie folgt darstellen:

- **45,6 %** der Eltern in der Schweiz geben an, finanziell gut oder eher gut zurechtzukommen.
 - **2,9 %** berichten von grossen finanziellen Schwierigkeiten (ISSP, 2025).
- Im Gegensatz dazu geben über alle teilnehmenden Länder hinweg lediglich **29,7 %** der Eltern an, finanziell gut oder eher gut zurechtzukommen.
 - **10,3 %** berichten von grossen finanziellen Problemen (ebd.).

Abbildung 11: Materielle und soziale Deprivationsquoten von Haushalten mit Kindern (in %, 2024)



Quelle: Eurostat (2025b)

Während die bisherigen Statistiken in diesem Kapitel auf eine insgesamt günstige finanzielle Lage von Familien in der Schweiz hindeuten, offenbart eine differenzierte Betrachtung Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltstypen. Die Einkommensarmutsquoten variieren deutlich nach Haushaltsform. Eineltern-Haushalte sowie Paare mit drei oder mehr Kindern weisen höhere Einkommensarmutsquoten auf als andere Familienkonstellationen. Konkret beträgt die Einkommensarmutsquote:

- 4,4 % bei Paaren mit Kindern
- 10,6% bei Eineltern-Haushalten
- 9,1 % bei Paaren mit drei oder mehr Kindern

Zur Einordnung der Zahlen ist ein Blick auf andere Haushaltstypen sinnvoll. Von allen Haushaltstypen liegt die Einkommensarmutsquote bei Alleinlebenden mit 13,9 % am höchsten (BSV, 2025d). Entsprechend legen Befunde aus der Forschung nahe, dass die

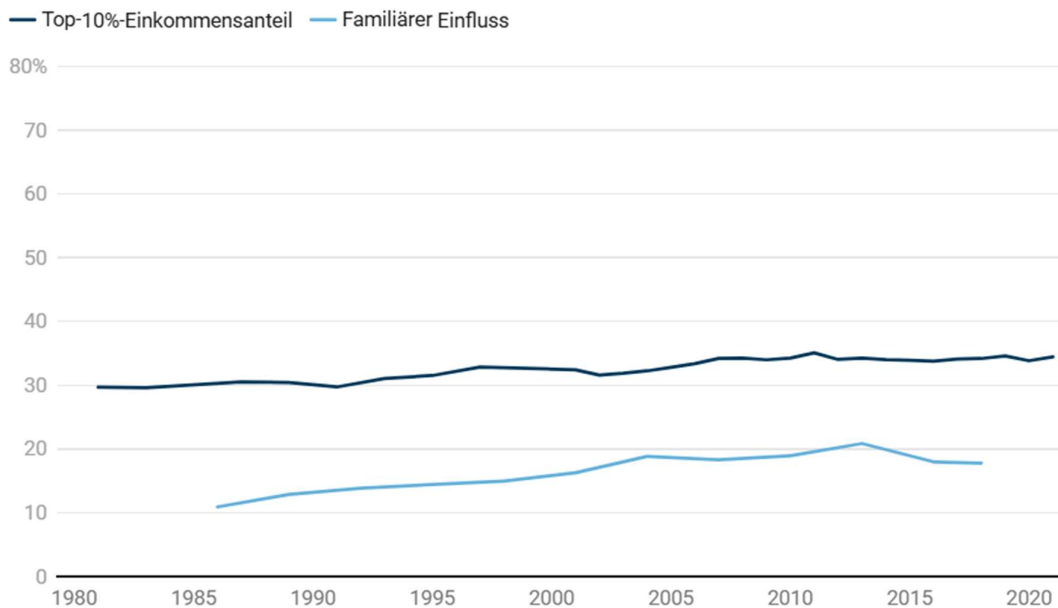
Familiengründung an sich nur selten ein eigenständiges Armutsrisiko darstellt (Bischof et al., 2023; Hümbelin et al., 2022, zitiert in BSV, 2025d). Dieses konzentriert sich auf einzelne Familientypen, wie der Vergleich der Einkommensarmutsquoten zeigt.

3.3 Soziale Mobilität

Die vorangegangenen Abschnitte deuten darauf hin, dass die finanzielle Lage von Familien in der Schweiz überwiegend günstig ist. Ob dies auch für die soziale Mobilität gilt, wird im Folgenden betrachtet. Sie zeigt, ob Kinder unabhängig von ihrer Herkunftsfamilie echte Aufstiegschancen haben oder ob sich Ungleichheiten über Generationen verfestigen.

Im internationalen Vergleich ist die soziale Mobilität in der Schweiz hoch, besonders bei den Einkommen. Der Zusammenhang zwischen dem Einkommensrang der Eltern und jenem ihrer Kinder ist mit 0,14 sehr gering (Chuard & Schmiedgen-Grassi, 2020) und liegt deutlich unter den Werten den USA (0,34), Italien (0,25) und sogar unter in Schweden (0,18). Das spricht für intakte Aufstiegschancen in der Schweiz. Eine neue Studie untermauert dieses Ergebnis: Der Einfluss des familiären Hintergrunds auf das Einkommen liegt in der Schweiz seit vier Jahrzehnten konstant bei durchschnittlich 17 % (Bühler, Häner-Müller & Schaltegger, 2025). (vgl. **Abbildung 12**). Eine Analyse über 15 aufeinanderfolgende Generationen zeigt zudem, dass der Einfluss der Familie im Durchschnitt nach drei Generationen vollständig verschwindet (Häner & Schaltegger, 2024).

Abbildung 12: Einkommensungleichheit und soziale Mobilität (1980-2023)



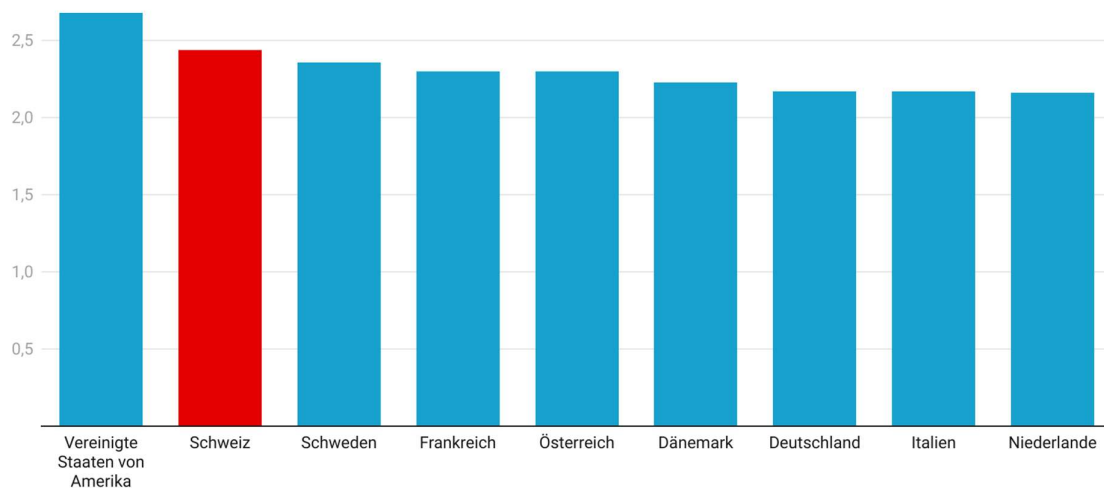
Anmerkung: Die Abbildung zeigt den Einkommensanteil der Top-10%-Einkommensbezüger am Gesamteinkommen sowie den familiären Einfluss auf das eigene Einkommen. Letzterer basiert auf überlappenden 7-Jahres-Kohorten der Geburtsjahrgänge 1951–1988. Die Einkommensmessung zur Ermittlung des familiären Einflusses erfolgt im Alter von 30 bis 33 Jahren.

Quelle: IWP (2025)

3.4 Zufriedenheit

Neben der finanziellen Lage und den intakten Aufstiegschancen schneidet die Schweiz auch bei der subjektiven Lebenszufriedenheit überdurchschnittlich gut ab. Die Resultate der ISSP-Befragung zeigen: Eltern in der Schweiz berichten 2022 von einer höheren Zufriedenheit als Eltern in den Nachbarländern; lediglich US-amerikanische Eltern sind nach eigenen Angaben zufriedener (vgl. **Abbildung 13**).

Abbildung 13: Zufriedenheit von Personen mit Kindern (2022)



Lesehilfe: Je höher der Zufriedenheitswert auf der Y-Achse, desto zufriedener sind Eltern im jeweiligen Land im Durchschnitt.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf ISSP (2025)

3.5 Aufteilung Erwerbs- und Familienarbeit

Neben Einkommen, Lebensstandard und genereller Zufriedenheit spielt auch die Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit eine zentrale Rolle für die Lebensrealität von Familien. Die ISSP-Befragung gibt Aufschluss darüber, wie sich die Vorstellungen zur idealen Aufteilung der Erwerbsarbeit in Familien mit Kindern in den letzten Jahren verändert haben.

Abbildung 14 zeigt eine deutliche Veränderung zwischen 2012 und 2022 und deutet auf veränderte Rollenbilder hin. Der Pfeil startet jeweils beim Wert von 2012 und endet beim Wert von 2022.

So gilt heute eine Familie, in der beide Eltern Teilzeit arbeiten und sich Erwerbs- und Familienarbeit teilen, für viele als bevorzugtes Modell. Die Zustimmung zu diesem Ideal unterscheidet sich nach Altersgruppen und hat sich im Zeitverlauf deutlich verändert.

2022:

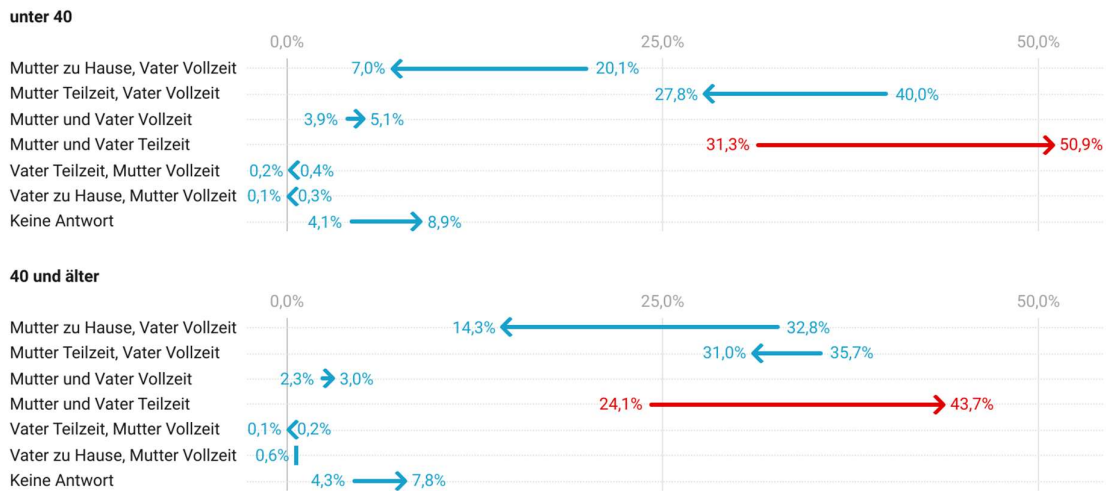
- Bei den unter 40-Jährigen nennen **50,9 %** das partnerschaftliche Teilzeitmodell als Ideal.
- Bei den über 40-Jährigen sind es **43,7 %**.

2012:

- Unter 40-Jährige: rund **60 %** bevorzugten klassische Modelle mit vollzeiterwerbstätigem Vater und nicht oder teilszeitlich erwerbstätiger Mutter.
- Bei den über 40-Jährigen waren es sogar knapp **70 %**.

Andere Modelle – etwa zwei vollzeiterwerbstätige Eltern oder eine Mutter als Hauptverdienerin – werden sowohl 2012 als auch 2022 nur von einer Minderheit als Ideal genannt.

Abbildung 14: Einstellungen zur bevorzugten Aufteilung der Erwerbsarbeit in Familien mit Kindern (2012 vs. 2022)



Lesebeispiel: Das Pfeilende gibt an, wie viel Prozent der Befragten ein Familienmodell im Jahr 2012 als ideal wählten. Die Pfeilspitze gibt den Wert im Jahr 2022 an.

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf ISSP (2016, 2025)

Auch wenn ein egalitäres Erwerbsmodell von einem beträchtlichen Teil der Befragten als Ideal genannt wird, lässt es sich in der Praxis bislang nur begrenzt beobachten. Derzeit leben weniger als 9 % der Familien ein Modell, in dem beide Eltern in vergleichbarem Umfang teilszeitlich erwerbstätig sind. Gleichzeitig handelt es sich dabei um jenes Erwerbsmodell mit dem stärksten relativen Zuwachs in den letzten Jahren (vgl. **Abbildung 6**).

Ein Teil dieser Diskrepanz könnte auf die Datengrundlage zurückzuführen sein. Umfragen erfassen Einstellungen und normative Vorstellungen, nicht jedoch das tatsächliche Verhalten. Zudem können Antworten durch soziale Erwünschtheit beeinflusst sein und die Ergebnisse hängen stark von der Frageformulierung und der befragten Stichprobe ab. Das tatsächlich realisierte Familienmodell könnte in diesem Zusammenhang auch als «offenbarte Präferenz» verstanden werden, da es beobachtbare Entscheidungen abbildet.

Gleichzeitig weist die Literatur darauf hin, dass solche Entscheidungen im Kontext bestehender institutioneller, ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen getroffen werden. So prägen beispielsweise kulturelle und soziale Normen Erwartungen an Erwerbsarbeit und Familienrollen und beeinflussen damit reale Entscheidungen systematisch (Boelmann et al., 2024; Kleven et al., 2021; Kleven et al., 2025; Olivetti & Petrongolo, 2017).

Darüber hinaus zeigen arbeitsmarktökonomische Arbeiten, dass arbeitsspezifische Rahmenbedingungen, etwa die Verbreitung sogenannter «greedy jobs» – das heisst Jobs mit hohen Zeit- und Verfügbarkeitsanforderungen – egalitäre Erwerbsmodelle innerhalb von Paaren erschweren (Goldin, 2021). Ergänzend weist die Literatur auf Diskriminierung im Zugang zu Teilzeitarbeit hin, insbesondere zulasten von Männern (Kopp, 2024). Zudem zeigt sich, dass Mütter nach der Geburt eines Kindes häufig einen Einkommensrückgang verzeichnen – selbst dann, wenn sie zuvor mehr verdient haben als der Vater. Väter hingegen erfahren meist keine Einkommenseinbussen, sondern teilweise sogar Einkommenszuwächse (Bischof et al., 2023).

Ausserdem setzt das Schweizer Steuersystem zusätzliche Anreize gegen ein egalitäres Erwerbsmodell. Durch die gemeinsame Besteuerung von Ehepaaren wird das Einkommen von Zweitverdienenden – meist Frauen – mit einem höheren Grenzsteuersatz belastet als bei individueller Besteuerung. Dies macht zusätzliche Erwerbsarbeit finanziell weniger attraktiv (Müller & Salvi, 2020).

Vor diesem Hintergrund stossen familienpolitische Instrumente an klare Grenzen. Die wissenschaftlichen Erklärungssätze deuten auf eine Mischung aus privaten Rollenvorstellungen, dem Zusammenspiel zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie steuerlichen Rahmenbedingungen hin.

Zusammenfassend zeigt sich:

- *Finanzielle Situation:* Die meisten Familien in der Schweiz sind finanziell gut abgesichert und stehen mindestens gleich gut da wie andere Haushaltstypen.
- *Armut:* Am unteren Rand der Einkommensverteilung gibt es armutsbetroffene Familien (6 % aller Haushalte mit Kindern). Alleinerziehende und kinderreiche Familien haben ein überproportionales Armutsrisiko. Einpersonenhaushalte haben hingegen das höchste Armutsrisiko aller Haushaltstypen.
- *International Spitze:* Im internationalen Vergleich weist die Schweiz sehr tiefe materielle und soziale Deprivation, hohe Einkommensmobilität und hohe subjektive Zufriedenheit auf.
- *Abweichung zwischen idealem und gelebtem Rollenmodell:* Die Mehrheit der unter 40-jährigen Eltern nennt ein partnerschaftliches Teilzeitmodell mit geteilter Betreuung als ideales Familienmodell, jedoch wird dieses nur von weniger als 9 % der Familien gelebt.

4 Familienpolitik: Eine Staatsaufgabe?

Die Rolle des Staates in der Familienpolitik ist politisch umstritten. Während ein Teil der politischen Akteure verstärkte staatliche Eingriffe fordert, plädiert ein anderer für Zurückhaltung. Aus wirtschaftspolitischer Sicht sprechen insbesondere zwei Grundsätze für eine begrenzte und dezentrale Ausgestaltung der Familienpolitik: die horizontale Gerechtigkeit und das Subsidiaritätsprinzip.

Horizontale Gerechtigkeit bedeutet, dass Haushalte mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gleichbehandelt werden sollen – unabhängig von ihrer Lebensform. Familien sind ein zentraler Bestandteil der Gesellschaft, stellen jedoch nur einen Teil der Gesamtbevölkerung dar. Empirische Befunde zeigen, dass Familien finanziell nicht systematisch schlechter gestellt sind als andere Haushaltstypen (vgl. Tabelle 1). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob zusätzliche staatliche Leistungen für Familien unter diesem Gesichtspunkt grundsätzlich gerechtfertigt sind.

Die Beachtung der horizontalen Gerechtigkeit ist zentral für eine stabile Wirtschafts- und Finanzpolitik. Werden einzelne Gruppen gezielt bevorzugt, entstehen rasch Anspruchshaltungen weiterer Gruppen. Es droht eine Entwicklung hin zu einer «Rent-Seeking-Society», in der politische Ressourcen zunehmend für die Durchsetzung von Sonderinteressen statt für produktive Aktivitäten eingesetzt werden (Olson, 1982). Dies führt zu höherer Umverteilung, geringerem Wachstumspotenzial und steigendem Ausgabenbedarf des Staates. Familienpolitik ist daher – wie jede gruppenspezifische Politik – besonders sorgfältig zu begründen.

Zweitens ist das **Subsidiaritätsprinzip** zu wahren. Gemäss dem Subsidiaritätsprinzip sollen staatliche Aufgaben möglichst auf der tiefstmöglichen staatlichen Ebene wahrgenommen werden. Der Bund greift nur dann ein, wenn Kantone und Gemeinden diese Aufgaben nicht selbst erfüllen können. Da familienpolitische Massnahmen in der Regel lokal organisiert und umgesetzt werden können, bestehen aus ökonomischer Sicht keine überzeugenden Gründe für eine weitgehende Zentralisierung der Familienpolitik auf Bundesebene.

Diese beiden Grundsätze definieren den normativen Rahmen der Analyse. Gleichzeitig dehnt sich der Staat in vielen Bereichen aus, so auch in der Familienpolitik. Weitere Ausbauforderungen stehen im Raum.

Um diesen Ausbauplänen mit einem zielgerichteten und effizienten Mitteleinsatz zu begegnen, sollte Familienpolitik nicht pauschal, sondern anhand klar definierter Kriterien beurteilt werden. Zwei Zielrichtungen sind dabei zentral: Effizienz und Gerechtigkeit

Effizienz

Familien sind kein klassisches Marktversagen und Kinder sowie Eltern sind keine Produktionsfaktoren im engen ökonomischen Sinn. Dennoch haben familiäre Entscheidungen erhebliche gesamtwirtschaftliche Konsequenzen, insbesondere über den Arbeitsmarkt und die langfristige Entwicklung des Humankapitals. In mehreren Bereichen entstehen externe Effekte, bei denen familienpolitische Massnahmen potenziell effizient wirken können:

- **Arbeitsangebot:** Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beeinflusst das Arbeitsangebot von Eltern, insbesondere von Müttern. Institutionelle Rahmenbedingungen wie Kinderbetreuung oder Elternzeitregelungen können Erwerbsanreize verbessern und ungewollte Reduktionen des Arbeitspensums verhindern (Becker, 1993; Killingsworth & Heckman, 1986).

- **Humankapital:** Die Qualität frühkindlicher Erziehung bestimmt massgeblich das Potenzial der nächsten Generation und erzeugt positive externe Effekte, weil die Erträge nicht nur den Eltern zufallen, sondern der ganzen Gesellschaft. Gut aufwachsende Kinder tragen später zu Produktivität, Steuererträgen und sozialen Sicherungssystemen bei, ohne dass Eltern diese Effekte vollständig berücksichtigen (vgl. Becker, 1964; Cunha & Heckman, 2007).
- **Fertilitätsentscheidung:** In hochqualifizierten Gesellschaften steigen die Opportunitätskosten der Elternschaft, was tendenziell zu geringeren Geburtenraten führt (Goldin, 2025). Familienpolitische Massnahmen können diese Kosten teilweise abfedern und dadurch die Entscheidung für Kinder erleichtern.

Gleichzeitig ist klarzustellen, dass Familienpolitik nicht dem Zweck dienen darf, Eltern oder Kinder als Mittel zur Erreichung wirtschaftlicher Ziele zu instrumentalisieren. Ziel ist vielmehr, strukturelle Hürden abzubauen, damit Menschen ihre individuellen Lebensentwürfe realisieren können. Die Förderung von Kindern soll ihrer Entfaltung dienen, nicht der Maximierung ihres späteren ökonomischen Beitrags (vgl. Sen, 1999; Nussbaum, 2011).

Gerechtigkeit

Neben Effizienzüberlegungen kann Familienpolitik auch aus Gerechtigkeitsperspektive begründet werden. Dabei stehen zwei Aspekte im Vordergrund:

- **Armutsminderung:** Kinder verursachen zusätzliche finanzielle und zeitliche Belastungen. Besonders Alleinerziehende sowie Familien mit mehreren Kindern weisen ein erhöhtes Armutsrisiko auf (vgl. Kapitel 3.2). Zielgerichtete familienpolitische Massnahmen können dazu beitragen, dieses Risiko zu reduzieren (Whiteford & Adema, 2007; National Academies of Sciences, Engineering, and Medicine, 2019).
- **Chancengerechtigkeit:** Die Entwicklungschancen von Kindern hängen stark von deren sozioökonomischen Herkunft ab. Bereits im frühen Kindesalter zeigen sich messbare Unterschiede in kognitiven Fähigkeiten (Bühler et al., 2026). Frühkindliche Förderung – in Betreuungseinrichtungen oder im familiären Umfeld – kann diese Unterschiede verringern und die Chancen von Kindern mit ungünstigen Startbedingungen verbessern (Barnett, 2006).

Aus diesem Rahmen lassen sich konkrete Kriterien zur Beurteilung familienpolitischer Massnahmen ableiten:

- **Effizienzziele:**
 - Fördert eine Massnahme die Erwerbstätigkeit von Eltern, insbesondere von Zweitverdienerinnen und Zweitverdienern?
 - Verbessert sie die Qualität der frühkindlichen Förderung?
 - Trägt sie zur Stabilisierung oder Erhöhung der Geburtenrate bei?
- **Gerechtigkeitsziele:**
 - Senkt die Massnahme das Armutsrisiko von Familien?
 - Verbessert sie die Chancengleichheit von Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien?

Massnahmen, die diese Ziele nicht erreichen, sind aus volkswirtschaftlicher Sicht nur schwer zu rechtfertigen. Ihre empirische Wirksamkeit ist daher zentral.

Aufbau der weiteren Analyse

Die folgenden Kapitel untersuchen drei zentrale Bereiche der Schweizer Familienpolitik: bezahlte Elternauszeiten, subventionierte Kinderbetreuung sowie Familienzulagen und steuerliche Abzüge (Häusermann & Bürgisser, 2022). Für jeden Bereich wird zunächst der Status quo in der Schweiz dargestellt und international eingeordnet. Anschliessend werden auf Basis der internationalen Forschung die Wirkungen der einzelnen Instrumente analysiert und Ansatzpunkte für Verbesserungen abgeleitet.

5 Elternzeit: Viel Geld, beschränkte Wirkung

Aufbauend auf der allgemeinen Einordnung der Familienpolitik und den formulierten ökonomischen Bewertungskriterien richtet sich der Blick nun auf die Elternzeit als erstes familienpolitisches Instrument, dessen Wirkungen und Gestaltungsoptionen systematisch analysiert werden.

Die aktuelle Debatte um eine Elternzeit in der Schweiz macht dieses Kapitel besonders relevant. Es beleuchtet das Thema aus wissenschaftlicher Perspektive und bereitet damit die spätere politische Bewertung vor. Zunächst stellt das Kapitel den Mutterschafts- und den Vaterschaftsurlaub in der Schweiz dar und ordnet sie international ein (5.1). Anschliessend werden zentrale Forschungsergebnisse zusammengefasst (5.2). Darauf aufbauend diskutiert der letzte Abschnitt, wie sich die Politik in der Schweiz ausgestalten liesse (5.3).

5.1 Ausgangslage in der Schweiz

In der Schweiz bestehen gesetzliche Ansprüche auf Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub. Diese unterscheiden sich in deren Ausgestaltung, Inanspruchnahmen und fiskalische Bedeutung.

Mutterschaftsurlaub

- Aktuell beträgt der Mutterschaftsurlaub in der Schweiz **14 Wochen** (BSV, 2025c).
- Währenddessen werden **80 % des Lohnes** über die Erwerbsersatzordnung (EO) ersetzt (ebd.).
- Dabei ist der Beitrag auf maximal **220 Franken pro Tag** limitiert (ebd.).
- Die öffentlichen Ausgaben für den Mutterschaftsurlaub beliefen sich 2023 auf **902 Mio. Franken** (BSV, 2025e).
- **94 %** der Mütter nahmen den Mutterschaftsurlaub in Anspruch (Roth & Unterhofer, 2025).

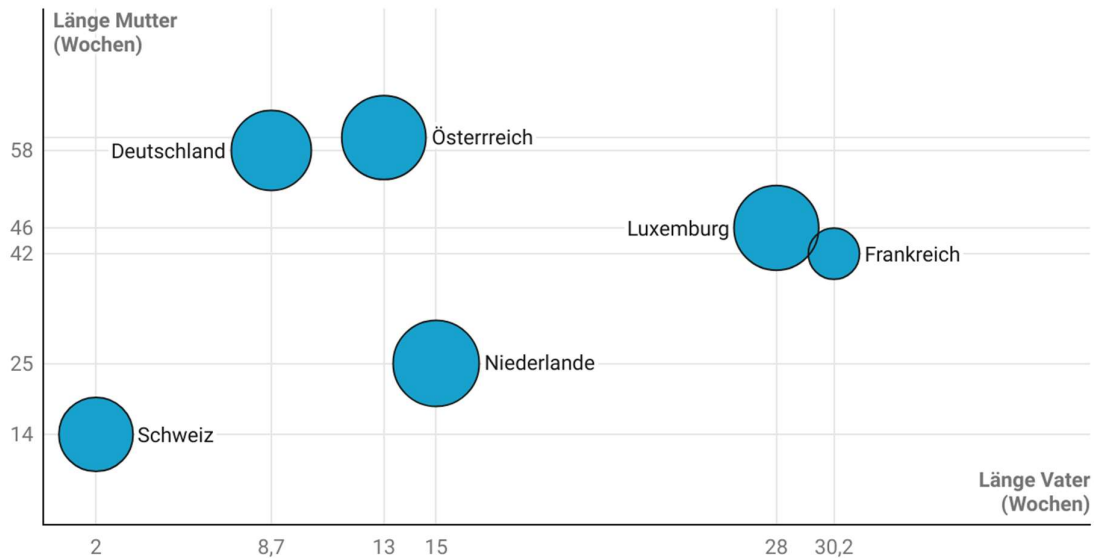
Vaterschaftsurlaub

- Seit 2021 besteht ein gesetzlicher Anspruch auf einen Vaterschaftsurlaub von **2 Wochen** (BSV, 2025c).
- Auch hier werden **80 %** des Lohns über die EO ersetzt (ebd.).
- Analog zum Mutterschaftsurlaub ist der maximale Beitrag auf **220 Franken** pro Tag beschränkt (BSV, 2025c) (ebd.).
- Die Kosten beliefen sich 2023 auf **158 Mio. Franken** (BSV, 2025e).
- **74 %** nahmen den Vaterschaftsurlaub in Anspruch (Roth & Unterhofer, 2025).

Die Schweiz im internationalen Vergleich

Der Blick über die Landesgrenze hinaus zeigt: Die geltende Regelung in der Schweiz ist deutlich kürzer. **Abbildung 15** vergleicht die Länge des Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaubs in ausgewählten Ländern. Während Mütter in der Schweiz 14 Wochen und Väter 2 Wochen erhalten, beträgt beispielsweise in Luxemburg der Mutterschaftsurlaub 46 Wochen und der Vaterschaftsurlaub 28 Wochen.

Abbildung 15: Internationaler Vergleich: Verhältnis von Mutterschafts- zu Vaterschaftsurlaub



Lesebeispiel: In der Schweiz haben Mütter Anspruch auf 14 Wochen bezahlten Urlaub, während Väter einen Anspruch auf 2 Wochen haben. Die Grösse der Blase zeigt das Ausmass der Lohnersatzrate. Die Lohnersatzrate gibt an, wie viel Prozent des Lohns während der Elternzeit als staatliche Leistung ausbezahlt wird.

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf OECD (2025a)

Neben der Dauer unterscheidet sich auch der Anteil an jungen Eltern, die die Urlaube nutzen, zwischen den Ländern. Bei den Müttern ist diese Quote in den meisten OECD-Ländern hoch (vgl. **Abbildung 16**).⁷ In Belgien, Frankreich, Deutschland, Luxemburg und Slowenien müssen Mütter einen Teil des Mutterschaftsurlaubs obligatorisch beziehen. In anderen Ländern wie Island, Norwegen, Schweden und Portugal ist er in ein allgemeines Elternurlaubsmodell integriert. Ausnahmefälle sind Korea und Mexiko, wo weniger als 40 Mütter pro 100 Geburten Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen – ein Resultat niedriger Erwerbsbeteiligung und eingeschränkter Anspruchsrechte.

Bei den Vätern ist die Inanspruchnahme meistens tiefer. Im Durchschnitt der 20 OECD-Länder mit verfügbaren Daten nehmen 59 Väter pro 100 Geburten bezahlten Vaterschaftsurlaub in Anspruch. Besonders hoch ist die Quote in Estland mit über 90 %, während sie in Dänemark, Finnland, Litauen, Schweden und der Schweiz mit über 70 % ebenfalls überdurchschnittlich hoch ist. Demgegenüber fällt die Nutzung in Australien, Österreich, Ungarn und im Vereinigten Königreich mit 20 bis 30 pro 100 Geburten unterdurchschnittlich aus (OECD, 2025a).

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern treten jedoch bei der Elternzeit noch deutlich stärker zutage, da diese im Gegensatz zu den meist kürzeren Mutterschafts- und Vaterschaftsurlauben in der Regel über einen längeren Zeitraum hinweg bezogen wird. **Abbildung 17** zeigt den Anteil an männlichen Empfängern von Elternzeit-Leistungen in Ländern, die eine

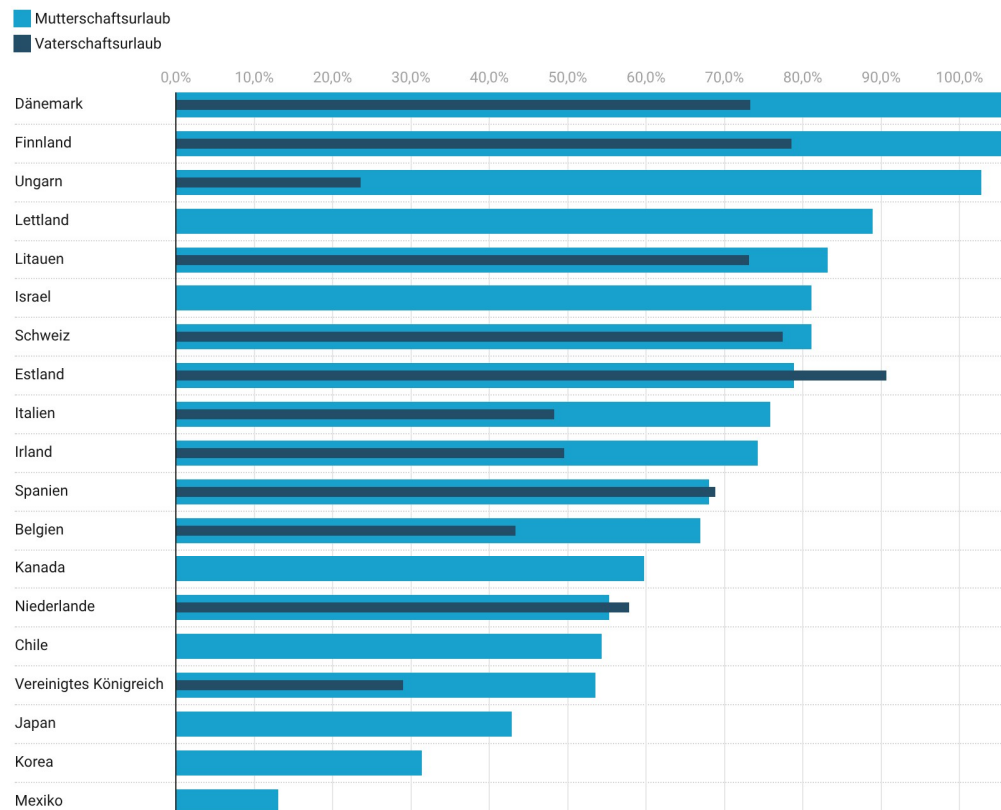
⁷ In vielen Ländern ist der Mutterschutz nach der Geburt obligatorisch und umfasst eine gesetzlich vorgeschriebene Schutzfrist, in der eine Erwerbstätigkeit unzulässig ist; diese Phase ist rechtlich vom anschliessenden Mutterschafts- oder Elternurlaub zu unterscheiden (vgl. ILO, 2014).

Elternzeit kennen. Mit Ausnahme von Luxemburg beträgt der männliche Geschlechteranteil unter 50 %. Dies bedeutet, dass die Mütter mehr bezahlte Elternzeit beanspruchen als die Väter.

Der Anteil variiert stark zwischen den Ländern. So kratzt der Männeranteil in Portugal und vielen nordischen Ländern an der 50%-Grenze. In den anderen Ländern fällt er jedoch deutlich geringer aus und bewegt sich oft im Bereich von rund einem Drittel oder weniger. Besonders niedrig ist der Anteil in zahlreichen süd- und osteuropäischen sowie angelsächsischen Ländern. Hier scheinen die Väter nur in Ausnahmefällen Elternzeit zu beziehen. Die länderspezifischen Unterschiede lassen sich vermutlich durch unterschiedliche Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Vorstellungen erklären, die prägen, welche Rolle Mütter und Väter in der Familie übernehmen sollen (vgl. Kleven et al., 2025).

In der Literatur finden sich verschiedene Faktoren, die zeigen, welche Väter mehr der Elternzeit beziehen: So nehmen Väter mit einem Hochschulabschluss und jene, die im öffentlichen Dienst arbeiten, mehr Elternzeit in Anspruch als Väter, die selbständig oder befristet angestellt sind (Geisler & Kreyenfelder, 2018). Zudem teilen Eltern die Elternzeit gleichmässiger auf, wenn beide ähnlich gut verdienen (Valentova, 2025). Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Lohnersatzquote: Je höher der durch die Elternzeit gewährte Lohnersatz, desto eher nehmen Väter die Elternzeit in Anspruch (Robbins, 2024).

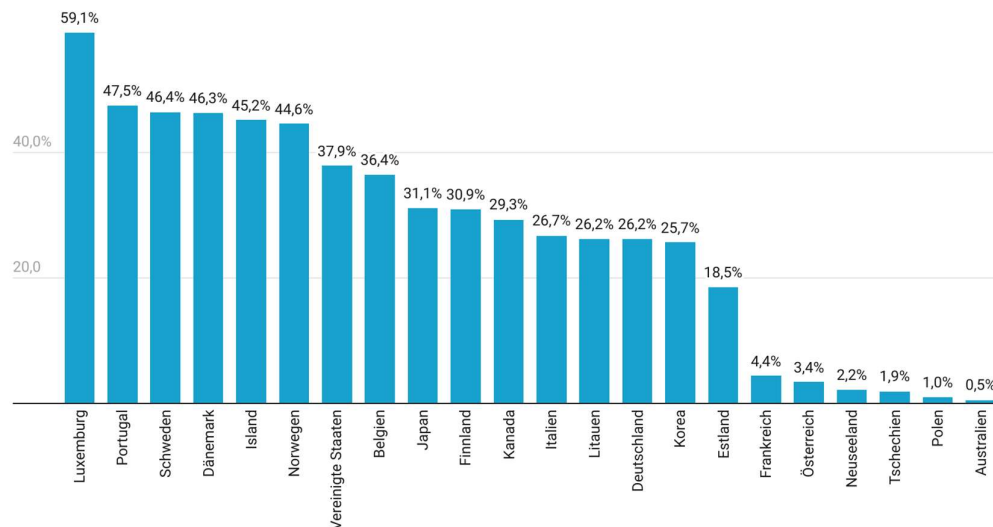
Abbildung 16: Nutzung des bezahlten Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaubs (2024 oder zuletzt verfügbar)⁸



Quelle: OECD (2025a)

⁸ In einigen europäischen Staaten liegen die Quoten dagegen bei über 100 % (OECD, 2025a). Dies liegt am verwendeten Mass. Um die Nutzung des bezahlten Mutterschaftsurlaubs international vergleichbar zu machen, wird das Verhältnis der Empfängerinnen in einem Jahr zur Anzahl der Geburten im selben Jahr ermittelt. Bei Ländern wie Dänemark, Finnland oder Ungarn, in denen der Mutterschaftsurlaub länger als ein Jahr ist, ergibt sich dadurch ein Verhältnis von über 100 %, weil pro Jahr mehr Mütter die Leistungen erhalten, als Kinder geboren werden. Die Nutzung des bezahlten Vaterschaftsurlaubs wird mit dem gleichen Mass bestimmt – hier wird die Anzahl der Empfänger mit der Anzahl der Geburten pro Jahr verglichen.

Abbildung 17: Anteil an männlichen Empfängern von bezahlter Elternzeit (2024 oder zuletzt verfügbar)



Quelle: OECD (2025a)

Für die Schweiz bieten die ISSP-Daten einen Einblick in die Einstellungen zum Elternurlaub: Während 2012 noch knapp die beliebteste Antwort der befragten Eltern war (mit 34 % der Antworten), dass die Mutter die meisten Tage und der Vater ein paar Tage Elternurlaub erhalten sollen, hat sich dies 2022 geändert. Nun stimmen die Befragten (42 %) am meisten der Antwort zu, dass die Elternzeit gleich zwischen beiden Elternteilen verteilt werden soll (ISSP, 2025).

Aktuelle politische Diskussionen in der Schweiz

Seit 2024 hat die Frage einer nationalen Elternzeit in der Schweiz deutlich an politischer Dynamik gewonnen. Auf Bundesebene sind derzeit vier Standesinitiativen hängig, die eine entsprechende Reform anstossen wollen; gleichzeitig läuft die Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative, die 18 Wochen Urlaub für beide Elternteile fordert (parlament.ch, 2025b; Verein Paritätische Elternzeit, 2026). Die politische Debatte wird dabei von einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung getragen: Eine Sotomo-Umfrage zeigt, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung für die Einführung einer Elternzeit ausspricht (Junge Mitte & Sotomo, 2025). Solch hohe Zustimmungswerte im frühen Stadium eines Initiativprozesses sind jedoch mit Vorsicht zu interpretieren. Erfahrungsgemäss ist die Unterstützung in der Anfangsphase häufig besonders ausgeprägt und kann im weiteren Verlauf des Abstimmungskampfes deutlich zurückgehen.

Eine Ausweitung des Mutter- und Vaterschaftsurlaubs auf jeweils 18 Wochen würde mit beträchtlichen finanziellen Mehrbelastungen einhergehen: Die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs hätte 2023 Mehrkosten von rund **258 Mio.** Franken verursacht (**+29 %**). Beim Vaterschaftsurlaub wären die Ausgaben sogar um zusätzliche **1,25 Mrd.** Franken gestiegen (**+800 %**). Dies hätte 0,14 % bzw. 0,67 % der gesamten Sozialversicherungsausgaben im Jahr 2023 ausgemacht (vgl. BSV, 2025e).

5.2 Was sagt die Studienlage?

Inwiefern sich die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für die Elternzeit rechtfertigen lassen, erschliesst sich aus ihren zu erwartenden Wirkungen. Der folgende Abschnitt richtet den Blick daher auf die Effekte der Elternzeit in fünf Dimensionen (vgl. Kapitel 4): der Arbeitsmarktbeteiligung der Eltern, der kindlichen Entwicklung, der Fertilität, der finanziellen Absicherung der Familien sowie der Chancengerechtigkeit.

Zunächst ist jedoch eine begriffliche Klärung notwendig. Der Mutterschaftsurlaub steht ausschliesslich Müttern rund um die Geburt zu und dient primär dem Gesundheitsschutz von Mutter und Kind. Der Vaterschaftsurlaub ermöglicht Vätern eine kurze, arbeitsplatzgeschützte Auszeit nach der Geburt. Die Elternzeit steht beiden Eltern offen, ist in der Regel länger als der Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub angelegt und kann individuell oder als gemeinsamer Anspruch ausgestaltet sein (Albrecht, Fichtl & Redler, 2017). In vielen Ländern gibt es zudem reservierte Vätermonate, die nachweislich die Nutzung durch Männer erhöhen (Adema, Clarke & Théveron, 2020).

5.2.1 Arbeitsmarktbeteiligung von Eltern

Die Forschung zeigt, dass durchaus Wirkungen auf die Erwerbstätigkeit zu erwarten sind, die aber stark von Dauer und Ausgestaltung der jeweiligen Programme abhängen.

Zur optimalen Dauer des Mutterschaftsurlaubs zeichnet die Literatur kein einheitliches Bild. Ein weitgehender Konsens besteht jedoch darin, dass kurze bis mittlere Auszeiten die Erwerbsbeteiligung von Müttern fördern und den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern. Ab einer gewissen Dauer kehrt sich dieser Effekt um: Längere Unterbrechungen erschweren den beruflichen Wiedereinstieg und wirken sich negativ auf die Beschäftigung aus. Uneinigkeit besteht vor allem darüber, ab welchem Zeitpunkt diese negativen Effekte einsetzen.

Eine Übersichtsarbeit kommt zum Schluss, dass Auszeiten von kurzer bis mittlerer Dauer – bis etwa 28 Wochen – den Wiedereinstieg von Müttern begünstigen und ihre Erwerbsbeteiligung erhöhen, während längere Unterbrüche nachteilige Effekte haben (Müller & Ramsden, 2017). Andere Studien identifizieren positive Effekte sogar bei Urlaubsregelungen von bis zu einem Jahr, bevor sich längere Auszeiten negativ auf die Beschäftigung auswirken (Olivetti & Petrongolo, 2017).

Besonders deutlich zeigen sich die negativen Folgen sehr langer Auszeiten im österreichischen Kontext: Dort führte eine Verlängerung des Elternurlaubs von einem auf zwei Jahre zu einem starken Rückgang der Erwerbsbeteiligung von Frauen (Lalive & Zweimüller, 2009).

Neuere vergleichende Evidenz spricht allerdings für eine kürzere optimale Dauer. Eine Studie zu 24 europäischen Ländern bestätigt, dass sehr kurze Urlaube von unter vier bis sechs Monaten mit positiven Arbeitsmarkteffekten verbunden sind, während längere Urlaubszeiten negative Effekte aufweisen (Bates et al., 2023).

Forschung zur Schweiz zeigt, dass die Einführung des Mutterschaftsurlaubs die Erwerbstätigkeit von Müttern leicht erhöhte und zu höheren Arbeitspensen kurz vor der Geburt führte, um Anspruch auf eine höhere Entschädigung zu erhalten (Girsberger et al., 2023). Ähnliche Effekte finden sich in Australien, wo der Mutterschaftsurlaub die Bindung von Müttern an den Arbeitsmarkt stärkte, insbesondere bei Frauen mit tieferem Einkommen und geringerem Bildungsniveau (Broadway et al., 2016).

Die Ausgestaltung ist entscheidend: In Deutschland beschleunigte der Wechsel zu einkommensabhängigen Leistungen die Rückkehr von Müttern in den Arbeitsmarkt, wobei insbesondere Teilzeitbeschäftigte profitierten (Kluve & Tamm, 2013; Bergemann & Riphahn, 2010).

Bei den Vätern zeigt sich hingegen ein anderes Bild: Vaterschaftsurlaub erhöht langfristig ihr Engagement in der Kinderbetreuung, hat jedoch meist geringe oder keine Effekte auf Erwerbsbeteiligung und Einkommen (Nepomnyaschy & Waldfogel, 2007; Boll et al., 2014; Tamm, 2019). Studien aus Norwegen zur Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs von sechs auf zehn Wochen finden keine Effekte auf Arbeitsstunden und Löhne der Väter und teilweise negative Effekte bei den Müttern (Cools et al., 2015).

Die Evidenz zu Einkommenseffekten bei den Vätern ist gemischt: Rege und Solli (2013) zeigen langfristige Einkommensverluste bei Vätern infolge des Vaterschaftsurlaubs, während Hart et al. (2022) keine Effekte finden. Auch für Schweden und Dänemark ergeben sich keine eindeutigen Ergebnisse: Einige Studien berichten von leichten Einkommensverlusten bei Vätern, andere von Einkommengewinnen bei Müttern und leicht negativen Effekten bei Vätern (Johansson, 2010; Avdic & Karimi, 2018; Druehdahl, Ejrnæs & Jørgensen, 2019).

Viele Länder kennen Väterquoten, die sogenannten «Daddy Months», die einen bestimmten Zeitraum der Elternzeit für Väter reservieren: Sie erhöhen die Inanspruchnahme durch Väter deutlich und führen innerhalb der Familien zu einer gleichmässigeren Verteilung von Erwerbs- und Betreuungsarbeit (Patnaik, 2019).

Die Arbeitsmarktwirkungen sind jedoch heterogen: Andersen (2018) zeigt, dass eine längere Beteiligung von Vätern das innerfamiliäre Lohngefälle verringern kann, indem sie die Einkommen von Müttern erhöht und das Haushaltseinkommen insgesamt steigen lässt. Johansson (2010) berichtet zwar ebenfalls von Einkommengewinnen bei Müttern, jedoch auch von Einbussen bei beiden Elternteilen im späteren Erwerbsverlauf. Langfristige Effekte auf die Beschäftigung oder die Einkommen der Eltern bleiben ebenfalls aus (Ekberg, Eriksson & Friebe, 2013; Andersen & Nix, 2025). Auch auf die Karrierechancen von Müttern lassen sich keine eindeutigen Effekte ausmachen: So lassen sich beispielsweise in Norwegen 25 Jahre nach Einführung des Elternurlaubs weder positive noch negative Auswirkungen feststellen (Cörekcioglu, Francesconi & Kunze, 2024).

Fazit: Insgesamt zeigt sich folgendes Muster: Mutterschafts- und Elternzeit erhöhen die Erwerbstätigkeit von Frauen, sofern die Unterbrechungen nicht länger als 4 bis 7 Monate sind. Für Väter sind die Effekte auf Beschäftigung und Einkommen hingegen gering; der zentrale Effekt liegt in einer stärkeren Beteiligung an der Kinderbetreuung. Väterquoten erhöhen zwar die Inanspruchnahme durch Väter, bislang lassen sich jedoch keine Arbeitsmarkteffekte nachweisen.

5.2.2 Humankapital der Kinder

Die Forschungsarbeiten, die den Effekt der Elternzeitregelungen auf das Humankapital der Kinder anschauen, zeichnen ein gemischtes Bild. Die Effekte unterscheiden sich stark nach Dauer und familiärem Hintergrund.

Mehrere internationale Studien zeigen, dass längere Mutterschaftsurlaube die Kindersterblichkeit reduzieren (Ruhm, 2000; Tanaka, 2005; Heymann et al., 2011). Ausserdem finden einige Studien positive Effekte auf die spätere Bildung und das Einkommen der Kinder: Die Einführung eines viermonatigen Mutterschaftsurlaubs senkte die Schulabbruchsquoten und erhöhte

die späteren Löhne der Kinder, insbesondere in Familien mit wenigen Ressourcen, in denen Mütter zuvor kaum Zeit nach der Geburt nehmen konnten (Carneiro, Løken & Salvanes, 2015). In Schweden verbesserten höhere Erwerbsersatzzahlungen die schulischen Leistungen der Kinder (Ginja, Jans & Karimi, 2020).

Studien, die eine Verlängerung oder die Ausgestaltung des Mutterschaftsurlaubs anschauen, finden hingegen keine oder sogar negative Effekte: Für Dänemark zeigt Rasmussen (2010), dass eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs von 14 auf 20 Wochen keinen Einfluss auf die Bildung der Kinder hatte. Auch für Deutschland finden Huebener et al. (2019) keine Effekte der Ausgestaltungsart auf die kindliche Entwicklung. Dustmann und Schönberg (2012) zeigen anhand mehrerer Reformen in Deutschland, dass Verlängerungen von bis zu zehn Monaten die späteren schulischen Leistungen der Kinder nicht verbesserten und eine Ausdehnung auf 18 Monate die Bildungsabschlüsse der Kinder sogar verschlechtert haben könnte. Ähnliche Ergebnisse finden sich international: In Kanada hatte eine Verlängerung auf zwölf Monate keine langfristigen Effekte auf die kognitive und soziale Entwicklung im Vorschulalter (Baker & Milligan, 2015). In Frankreich wirkte sich eine Ausdehnung auf drei Jahre sogar negativ aus, insbesondere auf die Sprachentwicklung von sechsjährigen Kindern (Canaan, 2019).

Die Forschung zu Vaterurlaub und Väterquoten zeigt keine eindeutigen Ergebnisse: Die Einführung reservierter Elternzeitanteile für Väter erhöhte nicht nur die Inanspruchnahme durch Männer, sondern verbesserte auch die schulischen Leistungen der Kinder – insbesondere in Familien, in denen die Väter eine bessere Ausbildung hatten als die Mütter (Cools et al., 2015). Eine nicht peer-reviewte Studie, die die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs in Belgien untersucht, findet keine Effekte auf den späteren Bildungsweg und Arbeitsmarktstatus der Kinder (Fontenay & Gonzalez, 2025). Für Singapur zeigt eine Studie, dass Kinder von Vätern, die eine zweiwöchige oder längere Auszeit nahmen, bessere schulische Leistungen zeigen (Li & Yeung, 2025).

Fazit: Insgesamt ergibt sich ein differenziertes Bild. Während kurze bis mittlere Auszeiten positive Effekte auf die Entwicklungschancen von Kindern entfalten können, zeigen sich bei langen Urlaubsdauern keine oder teilweise sogar negative Wirkungen. Die Beteiligung von Vätern kann hingegen eine positive Rolle spielen, insbesondere bei ausgewogener Betreuung und bei einem Bildungsgefälle zwischen Vater und Mutter.

5.2.3 Fertilität

Die empirische Evidenz zu den Auswirkungen auf die Fertilität deutet auf einen geringen Effekt hin, der stark von der konkreten Ausgestaltung der Massnahmen sowie von der betroffenen Bevölkerungsgruppe abhängt.

Für Österreich zeigen Lalive und Zweimüller (2009), dass eine Reform von 1991, die die Elternzeit bei niedrigen Leistungen verlängerte, kurzfristig zu einem Anstieg der Geburtenrate um rund 12 zusätzliche Kinder pro 100 Frauen führte. Eine spätere Analyse derselben Reform kommt jedoch zum Schluss, dass sich über einen längeren Zeitraum keine stabilen Effekte auf die Fertilität nachweisen lassen (Danzer et al., 2022). Auch für Norwegen finden Dahl et al. (2016) keine Auswirkungen einer Ausweitung des Mutterschaftsurlaubs auf die Geburtenrate. Der länderübergreifende Übersichtsartikel von Olivetti und Petrongolo (2017) bestätigt dieses Bild der vernachlässigbaren Auswirkungen.

Für die Schweiz zeigt die Studie von Girsberger et al. (2023) ein heterogenes Bild: Bei Frauen ohne vorherigen Mutterschutz hatte die Reform keinen Effekt. Bei bereits abgesicherten

Frauen stieg hingegen die Wahrscheinlichkeit eines zweiten Kindes um drei Prozentpunkte. Besonders gemischte Ergebnisse zeigen sich für Deutschland. Die Elterngeldreform von 2007 wirkte je nach Einkommen unterschiedlich: Bei Müttern mit Hochschulabschluss stieg die Fertilität, während sie bei einkommensschwächeren Müttern zurückging, da diese zu den Gewinnerinnen beziehungsweise Verliererinnen der Reform zählten (Raute, 2019; Cygan-Rehm, 2016). Eine Verlängerung des Elternurlaubs in Norwegen im Jahr 1992 führte zu einem Anstieg der Anzahl der Kinder um 1,6 % (Dahl et al., 2016).

Die Einführung eines vierwöchigen Vaterschaftsurlaubs in Norwegen hat keinen Effekt auf die Anzahl der Kinder von Eltern gehabt, die von der Reform profitierten (Cools, Fiva & Kirkebøen, 2015). Eine weitere Studie analysiert ebenfalls die Einführung des Vaterschaftsurlaubs in Norwegen und in Schweden. Sie findet ebenfalls keinen Effekt auf alle Geburten, jedoch einen kleinen positiven Effekt auf Drittgeburten von schwedischen Vätern mit tiefem Einkommen (Duvander, Lappegård & Johansson, 2020). Für die Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs in Spanien findet sich sogar eine Abnahme der Geburtenwahrscheinlichkeit (Farre & Gonzalez, 2019).

Fazit: Insgesamt deuten die vorliegenden Studien darauf hin, dass Elternzeitregelungen die Fertilität kaum beeinflussen, wobei die jeweiligen Effekte von der konkreten Ausgestaltung der Leistungen sowie von Einkommen und Erwerbssituation der Eltern abhängen.

5.2.4 Finanzielle Absicherung

Wenn Eltern nach der Geburt eines Kindes ihre Erwerbsarbeit unterbrechen, stellt sich für Familien die Frage, wie sie ihr Einkommen sichern können. Elternzeitregelungen spielen dabei eine zentrale Rolle. So zeigt für die Schweiz eine Studie, dass Mütter mit Anspruch auf Mutterschaftsurlaub deutlich besser abgesichert waren als Frauen ohne Anspruch (Girsberger et al., 2023).

Diese Absicherung ist jedoch stark von der Dauer des Elternschaftsurlaubs abhängig: Längere Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit können sich nachteilig auf die finanzielle Situation auswirken. Für Deutschland schätzen Schönberg und Ludsteck (2007), dass sich eine Verlängerung der Elternzeit noch bis zu acht Jahre nach der Geburt negativ auf die Löhne von Müttern auswirkt. Ejrnæs und Kunze (2013) schätzen den Einkommensverlust pro Jahr Erwerbsunterbruch auf 3 bis 5,7 Prozent. Die Wirkungen unterscheiden sich für die verschiedenen Einkommensgruppen. Nach der deutschen Elterngeldreform von 2007 erzielten Mütter mit hohem Voreinkommen trotz längerer Erwerbsunterbrüche langfristig höhere Einkommen, vermutlich dank einer stärkeren Beteiligung der Väter. Bei Müttern mit niedrigem Voreinkommen zeigten sich solche positiven Effekte hingegen nicht (Frodermann, Wrohlich & Zucco, 2023).

Fazit: Während Mutterschafts- und Elternzeitregelungen kurzfristige Einkommensverluste abfedern, können lange Erwerbsunterbrüche langfristig negative Lohnwirkungen haben. Diese Effekte sind jedoch nicht einheitlich, sondern unterscheiden sich nach dem Einkommen vor der Geburt.

5.2.5 Chancengerechtigkeit

Wie sich Elternzeit auf die schulischen Leistungen von Kindern auswirkt, kann von der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Familie abhängen. Studien aus Österreich zeigen, dass eine Verlängerung des bezahlten Urlaubs von 12 auf 24 Monate insgesamt keinen messbaren Effekt auf spätere Testergebnisse hatte. Allerdings profitierten Kinder von höher gebildeten

Müttern, während sich für Kinder von Müttern mit niedrigerer Ausbildung teilweise sogar negative Effekte ergaben (Danzer & Lavy, 2018; Liu & Skans, 2010). Andere Analysen derselben Reform finden hingegen keine systematischen Unterschiede nach sozialem Hintergrund (Danzer et al., 2022).

Ein negativeres Bild ergibt sich bei den Vätern: In Schweden führte die Elternzeitreform von 1995 zwar zu einer höheren Nutzung durch Väter, hatte aber unbeabsichtigte Verteilungswirkungen. Für die meisten Kinder änderte sich wenig, jedoch verschlechterten sich die Leistungen von Knaben, deren Väter keinen Hochschulabschluss hatten (Avdic et al., 2023). Ähnliche Befunde gibt es für Spanien, wo Kinder aus sozioökonomisch schwächeren Familien schlechtere Entwicklungsverläufe zeigten, wenn sie verstärkt von ihren Vätern betreut wurden (Farré et al., 2025).

Fazit: Es gibt Hinweise darauf, dass längere Elternurlaube nicht für alle Kinder gleichermassen wirken. Mehrere Studien zeigen, dass während der Elternzeit der Einfluss des familiären Umfelds auf die schulischen Leistungen zunimmt. Vor diesem Hintergrund kann ein Ausbau dazu beitragen, bestehende Unterschiede eher aus- als abzubauen.

Zusammenfassend zeigt sich:

- *Arbeitsmarktbeteiligung:* Ein Mutterschaftsurlaub von 4 bis 7 Monaten erhöht die Arbeitsmarktteilnahme der Mütter; längere Urlaubszeiten wirken hingegen negativ. Die Elternzeit reduziert die Einkommensunterschiede zwischen den Eltern langfristig nicht. Entscheidend für eine kurzfristig höhere Beteiligung der Väter sind reservierte („Väterquoten“-)Monate.
- *Humankapital der Kinder:* Kurze Elternzeiten (einige Monate) wirken positiv auf die kindliche Entwicklung. Werden die Elternurlaube jedoch sehr lang, zeigen Studien zunehmend negative Effekte auf die Leistungen der Kinder.
- *Fertilität:* Die nachgewiesenen Auswirkungen auf die Fertilität sind insgesamt gering und unterscheiden sich für die verschiedenen Gruppen.
- *Finanzielle Absicherung:* Die bezahlten Auszeiten verbessern die Absicherung kurz nach der Geburt; längere Abwesenheiten am Arbeitsmarkt reduzieren die langfristigen Einkommen, insbesondere der Mütter.
- *Chancengerechtigkeit:* Längere Urlaubszeiten können ungleiche Startvoraussetzungen der Kinder zementieren.

5.3 Implikationen für die Schweizer Politik

Mit der Einführung einer Elternzeit wird in der politischen Diskussion häufig die Erwartung verbunden, dass eine ausgewogenere Aufteilung von Erwerbs- und Betreuungsarbeit die Gleichstellung fördern kann. Die internationale Forschung legt jedoch nahe, dass die Wirkungen von Mutterschafts-, Vaterschafts- und Elternzeitregelungen vor allem kurzfristiger Natur sind: Sie tragen zur Stabilisierung der Erwerbsbeteiligung von Müttern bei und stärken die Beteiligung von Vätern in den Monaten nach der Geburt, während sich langfristig kaum Effekte zeigen. Für eine evidenzbasierte Politik gilt folglich: Elternzeitregelungen sollten mit realistischen Erwartungen eingeführt und ihre Ziele klar festgelegt werden.

Dauer und Ausgestaltung

Laut der internationalen Studienlage ist eine **bezahlte Auszeit von maximal 4 bis 7 Monaten** ideal, da sie die positiven Wirkungen auf Vereinbarkeit und Väterbeteiligung maximiert, ohne die Arbeitsmarktintegration und langfristige Lohnentwicklung der Mütter zu gefährden.

Modelle mit längeren oder unbezahlten Phasen führen dagegen tendenziell zu negativen Arbeitsmarkteffekten und verstärken Einkommensunterschieden zwischen den Geschlechtern. Zudem kann sich eine zu lange Dauer negativ auf das Humankapital der Kinder auswirken und soziale Unterschiede verfestigen.

Die **Schweizer Regelung** mit 14 Wochen Mutterschafts- und 2 Wochen Vaterschaftsurlaub liegt damit am **unteren Rand des international als effizient geltenden Rahmens**. Sie sichert den kurzfristigen Schutz nach der Geburt und erlaubt eine Rückkehr in den Beruf, ohne die Erwerbsbeteiligung dauerhaft zu beeinträchtigen.

Eine Ausweitung über das bestehende System hinaus – etwa auf eine halbjährige Auszeit, die zwischen Mutter und Vater hälftig aufgeteilt wird – würde einerseits den Wünschen vieler Eltern in der Schweiz entsprechen, die sich eine gleichere Verteilung wünschen. Andererseits würde sie gemäss der empirischen Evidenz **keine substanziellen zusätzlichen Wirkungen** entfalten, jedoch **deutlich höhere Ausgaben** verursachen. Für die Schweiz lässt sich aus der wissenschaftlichen Literatur kein empirisch begründeter Bedarf für eine umfassende Reform des bestehenden Modells ableiten.

Väterbeteiligung: Anreize mit Augenmass

Ein zentrales Ziel der Elternzeitdiskussion ist die stärkere Einbindung der Väter in die Betreuung. Internationale Erfahrungen zeigen, dass **reservierte Zeitanteile für Väter («Vätermonate»)** die **Beteiligung zwar kurzfristig erhöhen**, diese Effekte aber **nicht dauerhaft** zu einer Angleichung von Erwerbsmustern oder Einkommen führen.

Für die Schweiz erscheint daher ein pragmatischer Ansatz sinnvoll: Der Vaterschaftsurlaub fungiert bereits als eine **klar definierte Väterquote**. Man könnte sich höchstens überlegen, die Bezugsmöglichkeiten **weiter zu flexibilisieren**. Damit lässt sich die Nutzung durch Väter fördern, ohne den Charakter des bestehenden Systems grundlegend zu verändern. Ein umfassender Systemwechsel ist angesichts der entstehenden Mehrkosten und der begrenzten, überwiegend kurzfristigen Effekte nicht angezeigt.

Gesamtbewertung

Die Gesamtevidenz spricht tendenziell **gegen eine umfassende Ausweitung der Elternzeit** über das bestehende Schweizer Modell hinaus. Dieses liegt bereits im **international als effizient geltenden Rahmen**. Eine Ausweitung hätte kaum zusätzliche Wirkungen, wäre jedoch mit deutlich höheren Kosten verbunden.

Die Elternzeit kann einen **begrenzten, aber wertvollen Beitrag** zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten und kurzfristig die Beteiligung der Väter erhöhen. Sie ist jedoch **kein Allheilmittel** zur Lösung tieferliegender Gleichstellungs- oder Fertilitätsprobleme.

6 Subventionierte Kinderbetreuung: Investition oder Mitnahmeeffekt?

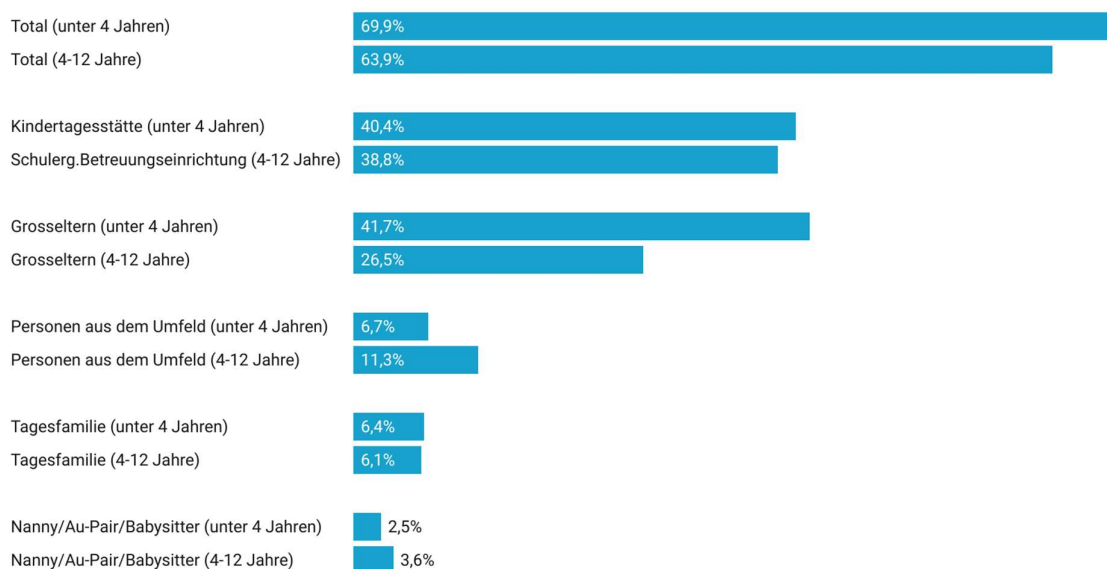
Nach der Betrachtung der Elternzeit wendet sich Kapitel 6 nun der familienexternen Kinderbetreuung zu – einem weiteren zentralen, aber politisch umstrittenen Bereich der Familienpolitik. Ziel ist erneut eine sachliche und wissenschaftliche Einordnung des Themas. Abschnitt 6.1 skizziert die Situation in der Schweiz und ordnet sie international ein. Abschnitt 6.2 fasst die wissenschaftliche Evidenz zu den Wirkungen familienexterner Kinderbetreuung zusammen. Abschnitt 6.3 beleuchtet schliesslich Ansatzpunkte für Verbesserungen in der Schweiz.

6.1 Ausgangslage in der Schweiz

Familienergänzende Kinderbetreuung wird in der Schweiz breit genutzt. 2023 wurden rund zwei Drittel der Kinder ausserhalb der Familie betreut. Die Nutzung variiert stark regional: In Genf greifen 83,8 % der Haushalte mit Kindern unter 13 Jahren mindestens einmal pro Woche auf ein Betreuungsangebot zurück, im Kanton Thurgau sind es 63,0 %. Der schweizweite Durchschnitt liegt bei 74,3 % (BFS, 2024c).

Abbildung 18 zeigt, dass Grosseltern vor allem bei der Betreuung von Kindern bis vier Jahren eine zentrale Rolle spielen. Auch hier sind die kantonalen Unterschiede deutlich: In Thurgau nutzen 43,4 % der Haushalte Grosselternbetreuung, in Genf nur 28,3 %. Der schweizweite Durchschnitt liegt bei 38,7 % (ebd.). Umgekehrt ist die institutionelle Betreuung in Genf stark verbreitet: 70,9 % der Kinder besuchen dort eine Kita oder schulergänzende Einrichtung, in Thurgau sind es lediglich 25 %. Der nationale Durchschnitt beträgt 44 % (ebd.).

Abbildung 18: Kinder unter 13 Jahren, die fremdbetreut werden, nach Betreuungsform und Alter (2022)



Quelle: BFS (2025h)

In der Schweiz gelten Familienangehörige weiterhin als wichtigste Betreuungspersonen für Kinder im Vorschulalter. In der ISSP-Befragung 2022 sprachen sich 61,8 % der Eltern dafür aus, dass primär Familienmitglieder die Betreuung übernehmen sollten. 15 % bevorzugten private Anbieter, 12,4 % staatliche Einrichtungen. Zehn Jahre zuvor war die Präferenz für familiäre Betreuung noch deutlich stärker: 79,5 % nannten damals diese Option.

Auch die Gründe für die Nichtnutzung institutioneller Kinderbetreuung, wie beispielsweise Kindertagesstätten, sind aufschlussreich. 2021 gaben 78 % der Familien ohne institutionelle Betreuung an, dass sie keine derartige Betreuung benötigen. Für 11 % waren die Kosten zu hoch, 8 % nannten fehlende Plätze, 3 % andere Gründe oder keine Angabe (Credit Suisse, 2021). Zudem ist die Nutzung sozial selektiv: Familien mit mittleren und hohen Einkommen nutzen institutionelle Betreuungsangebote deutlich häufiger als einkommensschwache Haushalte, die trotz Subventionen untervertreten bleiben (Stern et al., 2021).

Die Finanzierung familienergänzender Betreuung liegt vor allem bei Kantonen und Gemeinden. In den letzten Jahren wurde das Angebot an Kitas und schulergänzender Betreuung deutlich ausgebaut (SODK, 2024). Die öffentlichen Ausgaben betragen derzeit rund 265 Mio. Franken im Vorschulbereich und 133 Mio. Franken im schulergänzenden Bereich, insgesamt knapp 489 Mio. Franken pro Jahr (ebd.) Zusätzlich bestehen steuerliche Abzüge für Fremd- und Eigenbetreuung, die in Kapitel 7 vertieft diskutiert werden.

Zuständigkeiten und Finanzierung unterscheiden sich stark zwischen den Kantonen. In einigen tragen die Gemeinden die Kosten allein, in anderen teilen sie sich die Finanzierung mit dem Kanton. In Genf, Waadt, Neuenburg, Freiburg und im Tessin beteiligen sich zusätzlich auch Arbeitgeber an den Kosten (Stern et al., 2021).

Grundsätzlich lassen sich zwei Finanzierungsmodelle unterscheiden:

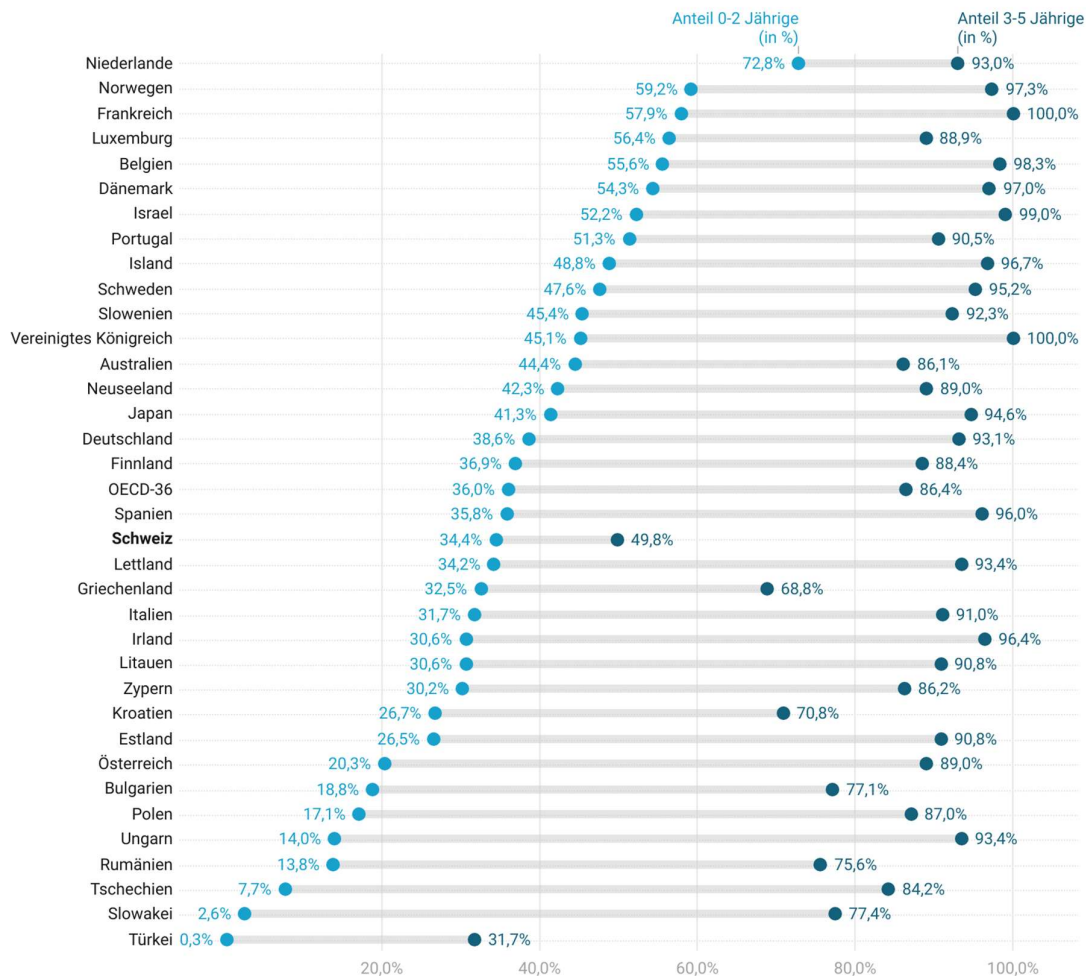
1. **Objektfinanzierung**, bei der staatliche Mittel direkt an die Betreuungseinrichtungen fließen, und
2. **Subjektfinanzierung**, bei der Familien mittels Betreuungsgutscheinen oder Beiträgen unterstützt werden.

In den meisten Kantonen entscheiden die Gemeinden über das Betreuungsmodell. Das führt zu grossen Unterschieden innerhalb und zwischen den Kantonen. Auch die Trägerschaft variiert stark: In der Romandie ist ein hoher Anteil der Einrichtungen öffentlich, während in Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden, Graubünden, Obwalden, Nidwalden, Schaffhausen, Schwyz, Thurgau, Uri und Zug ausschliesslich private Angebote bestehen (Stern et al., 2021).

Die Schweiz im internationalen Vergleich

Im internationalen Vergleich besuchen in der Schweiz deutlich weniger Kinder im Alter von 0 bis 2 Jahren eine institutionelle Betreuung als in vielen europäischen Nachbarländern. Während in den Niederlanden oder in Frankreich bereits eine Mehrheit der Kleinkinder in einer Kindertagesstätte oder vergleichbaren Einrichtung betreut wird, ist der Anteil in der Schweiz deutlich geringer. Dies zeigt, dass die Betreuung in den ersten Lebensjahren hierzulande meist familiennah organisiert wird – etwa durch Eltern, Grosseltern oder andere Bezugspersonen. Auch bei den 3- bis 5-Jährigen liegt die Teilnahmequote an frühkindlicher Bildung und institutioneller Betreuung unter dem Niveau vieler anderer europäischer Länder (vgl. **Abbildung 19**).

Abbildung 19: Anteil institutionell betreuter Kinder (2022)



Quelle: OECD (2025a)

Zudem verbringen Kinder in der Schweiz, die institutionell betreut werden, im Schnitt weniger Stunden pro Woche in diesen Einrichtungen als Kinder im OECD-Durchschnitt (OECD, 2025a). Das spricht dafür, dass institutionelle Betreuung hier meist kürzer angelegt ist und die familiäre Betreuung ergänzt, statt sie zu ersetzen.

Ein weiterer zentraler Unterschied liegt in den Kosten. Die Schweiz gehört zu den wenigen europäischen Ländern, in denen Eltern den Grossteil der Ausgaben für externe Kinderbetreuung selbst tragen. Abgesehen von Genf, Freiburg, Neuenburg und dem Tessin zahlen Eltern in allen Kantonen im Schnitt mehr als 50 % der Betreuungskosten. In den meisten europäischen Ländern – etwa in Deutschland, Österreich, Frankreich, Luxemburg oder den nordischen Staaten – übernimmt der Staat den Hauptteil der Finanzierung (Stern et al., 2021). Dort ist externe Kinderbetreuung häufig gesetzlich verankert oder Teil des Bildungssystems.

Entsprechend sind die öffentlichen Ausgaben für frühkindliche Bildung und Betreuung in der Schweiz vergleichsweise niedrig. Im OECD-Durchschnitt fliessen 0,8 % des BIP in diesen Bereich, in der Schweiz rund 0,5 %. Schweden investiert zum Vergleich knapp 1,6 % (OECD, 2025b).

Das Schweizer Modell führt im Ergebnis zu überdurchschnittlich hohen privaten Nettokosten, wobei deutliche Unterschiede zwischen Einkommensgruppen bestehen. Für Haushalte mit zwei Erwerbstätigen und einem gemeinsamen Einkommen von rund 167 % des Durchschnittseinkommens belaufen sich die Nettokosten auf etwa 25 % des Familieneinkommens – mehr als doppelt so viel wie im OECD-Durchschnitt (10 %). Bei einkommensschwächeren Haushalten ist die Differenz geringer: Alleinerziehende mit rund 67 % des Durchschnittseinkommens geben in der Schweiz rund 11 % ihres Einkommens für Kinderbetreuung aus, gegenüber 6 % im OECD-Durchschnitt (OECD, 2025b). Zwar liegt die Schweiz damit auch in dieser Gruppe klar über dem OECD-Mittel, der relative Abstand ist jedoch deutlich kleiner als bei höheren Einkommen.

Insgesamt zeigt sich: Die Schweiz weist im internationalen Vergleich hohe Nettokosten für Kinderbetreuung auf. Besonders stark belastet sind Haushalte mit höheren Einkommen, während die relative Belastung bei tieferen Einkommen geringer ist. Gleichzeitig nutzen einkommensstarke Familien institutionelle Angebote häufiger, während einkommensschwächere Haushalte eher auf informelle Betreuung ausweichen. Dieses Muster findet sich auch in anderen Ländern, macht aber deutlich, dass die Wahl der Betreuungsform nicht nur von den Kosten, sondern ebenso von familiären und institutionellen Rahmenbedingungen geprägt ist (vgl. Schmutz, 2024).

Aktuelle politische Diskussionen in der Schweiz

Die familienergänzende Kinderbetreuung wird in der Schweiz seit 2003 über ein befristetes Impulsprogramm des Bundes gefördert. Ziel ist der Ausbau von Betreuungsplätzen sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Chancengleichheit. Eine Evaluation des Bundesamts für Sozialversicherungen zeigt die Wirkung des Programms: Seit 2003 wurden 4'307 Gesuche bewilligt und damit 79'494 neue Betreuungsplätze geschaffen. Der Bund stellte dafür bislang rund 497 Mio. Franken bereit. Aktuell sind weitere 224 Gesuche für zusätzlich 5'539 Plätze in Bearbeitung (BSV, 2025f). Das Parlament verlängerte das Impulsprogramm bis Ende 2026. Die Verlängerung dient als Übergang, bis eine dauerhafte gesetzliche Regelung greift (BSV, 2025f).

Als Grundlage dieser dauerhaften Regelung verabschiedete das Parlament im Dezember 2025 das Bundesgesetz über die Unterstützung der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung (UKibeG). Zentrales Element ist eine Betreuungszulage von mindestens 100 Franken pro Kind und Betreuungstag, unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern, auch für Eltern in Ausbildung. Ergänzend sind Programmvereinbarungen mit den Kantonen vorgesehen, unterstützt durch Bundesbeiträge von insgesamt 100 Mio. Franken über vier Jahre (BSV, 2026).

2022 wurde zudem die Kita-Initiative eingereicht. Sie fordert eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Betreuungskosten sowie einen gesetzlichen Anspruch auf familienergänzende Betreuung. Ziel ist es, die hohe elterliche Kostenlast zu senken und die Chancengleichheit zu verbessern. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab (Bundeskanzlei, 2025). Das aktuell vom Parlament erarbeitete Bundesgesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (UKibeG) gilt als indirekter Gegenvorschlag des Parlaments zur Initiative (BSV, 2026).

Aktuell befindet sich das Bundesgesetz in der Differenzbereinigung und die Schlussabstimmung in den beiden Räten steht noch aus. Deswegen verlängerte das Parlament die

Behandlungsfrist der Kita-Initiative um ein Jahr bis zum 5. Januar 2027, um zusätzlichen Spielraum für Verhandlungen zu schaffen (parlament.ch, 2025a).

Es zeichnet sich ein strukturpolitischer Wandel ab: weg von befristeten Anschubfinanzierungen hin zu einer dauerhaften, gesetzlich verankerten Bundesbeteiligung an der familienergänzenden Kinderbetreuung. Damit würde die föderale Zuständigkeit neu justiert und die externe Kinderbetreuung stärker als Staatsaufgabe auf Bundesebene verankert.

6.2 Was sagt die Studienlage?

Auch im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung werden unterschiedliche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Zielsetzungen verfolgt. Dazu zählen insbesondere die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Eltern – vor allem von Müttern –, die Förderung der kindlichen Entwicklung sowie eine Verbesserung der Chancengerechtigkeit. Die ökonomische und interdisziplinäre Forschungsliteratur erlaubt es, die Effekte öffentlicher Fördermassnahmen in diesem Bereich systematisch zu analysieren und gegeneinander abzuwägen.

Zentral ist dabei die Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen familienergänzender Betreuung, insbesondere zwischen institutioneller frühkindlicher Bildung und Betreuung (z. B. Kindertagesstätten), schulergänzender Betreuung sowie informellen Betreuungsarrangements. Diese unterscheiden sich erheblich hinsichtlich der Qualität, der Zugänglichkeit, der Kostenstruktur und der potenziellen Wirkungen auf Eltern und Kinder, was in der empirischen Evidenz entsprechend berücksichtigt wird.

Im Folgenden wird die empirische Evidenz zu familienergänzender Kinderbetreuung entlang von fünf Wirkungsdimensionen systematisch dargestellt. Darauf aufbauend diskutiert Kapitel 6.3 Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung der bestehenden Förderinstrumente in der Schweiz.

6.2.1 Arbeitsmarktbeteiligung von Eltern

Die internationale Forschung zeigt übereinstimmend: Der Ausbau und die Vergünstigung institutioneller Kinderbetreuung erhöhen die Erwerbstätigkeit von Müttern (vgl. z.B. Olivetti und Petrongolo, 2017).

Die Effekte hängen jedoch stark vom Kontext ab, etwa vom Ausgangsniveau der Müttererwerbstätigkeit, den Betreuungskosten und der Qualität der Angebote (Morrissey, 2017; Olivetti & Petrongolo, 2017). Eine Metaanalyse von Morrissey (2017) kommt zum Ergebnis, dass die durchschnittlichen Effekte eher moderat sind: Eine Reduktion der Betreuungskosten um zehn Prozent erhöht die Erwerbsbeteiligung von Müttern im Schnitt um 0,5 bis 2,5 Prozent. In Ländern mit niedriger Müttererwerbsquote sind die Effekte deutlich stärker, während sie in Ländern mit bereits hoher Erwerbsbeteiligung geringer ausfallen (Havnes & Mogstad, 2011a).

Für die Schweiz zeigen mehrere Studien, dass der Ausbau von Betreuungsplätzen die Erwerbstätigkeit von Müttern messbar erhöht. Zusätzliche Krippenplätze mindern Einkommenseinbussen nach der Geburt und steigern die Erwerbsquote von Müttern. Gleichzeitig reduzieren viele Väter ihr Arbeitspensum leicht, sodass der Effekt auf das Haushaltseinkommen insgesamt gering bleibt (Krapf et al., 2020). Weitere Studien zeigen einen leichten Anstieg der Erwerbspensen der Mütter, vor allem bei Teilzeitstellen mit 20 bis 36 Wochenstunden (Ravazzini, 2017). Eine Studie aus Deutschland kommt zum gleichen Resultat (Müller & Wrohlich, 2020).

Auch Umfragen und Modellrechnungen bestätigen diese Muster. In einem Experiment mit Eltern in Bern gaben Mütter an, bei einer Senkung der Betreuungskosten um 25 % im Schnitt rund zwei Stunden pro Woche mehr arbeiten zu wollen, besonders Frauen mit tieferem Einkommen (Zangger et al., 2021). Simulationen zeigen zudem, dass einkommensabhängige Betreuungsgutscheine die Nachfrage nach Betreuungsplätzen vor allem bei mittleren und tiefen Einkommen um etwa 10 bis 20 % erhöhen würden (Jeanrenaud et al., 2019). Evidenz aus Luxemburg zeigt, dass Mütter infolge der Ausweitung von Betreuungsmöglichkeiten ihr Arbeitspensum um eine Stunde pro Woche erhöhen und ihre Arbeitsmarktbeteiligung um 3

Prozentpunkte ansteigt (Bousselin, 2022). Für die Einführung von Betreuungssubventionen in Frankreich zeigen sich ebenfalls moderate positive Effekte (Givord & Marbot, 2015). Eine Simulationsstudie aus Norwegen zeigt im Gegensatz dazu sogar negative Arbeitsmarkteffekte infolge der Einführung von Kita-Vergünstigungen (Vattø & Østbakken, 2024).

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei der schulergänzenden Betreuung: Zusätzliche Plätze erhöhen die Erwerbsquote insgesamt kaum, führen aber dazu, dass Mütter häufiger ihr Pensum auf Vollzeit ausweiten (Felfe, Lechner & Thiemann, 2016).

Wie stark solche Massnahmen wirken, hängt vom gesellschaftlichen und institutionellen Kontext ab. In Ländern mit niedriger Müttererwerbsquote erleichtern tiefere Preise und zusätzliche Plätze vor allem den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. In Ländern mit hoher Erwerbsbeteiligung führen sie eher zu längeren Arbeitszeiten (Gelbach, 2002; Brewer et al., 2022). Dabei ist die tatsächliche Inanspruchnahme der Subventionierung jedoch ebenfalls zentral, um die Effizienz und Effektivität der Bezuschussungen zu beurteilen. So profitieren beispielsweise in der Schweiz bislang vor allem mittlere und höhere Einkommensgruppen von subventionierten Plätzen, während einkommensschwächere Familien seltener erreicht werden (Stern et al., 2016; Ecoplan, 2023).

Studien zeigen zudem, dass einkommensabhängige und familienorientierte Zuschüsse wirksamer sind als pauschale Subventionen. Sie verbessern die Arbeitsanreize für Zweitverdiener und begrenzen Mitnahmeeffekte (Glomm & Meier, 2020; Ho & Pavoni, 2020). Simulationen für den Kanton Luzern bestätigen, dass ein gleitendes Gutscheinmodell die Nachfrage nach Betreuungsplätzen vor allem bei mittleren und tiefen Einkommen erhöht und deren finanzielle Belastung deutlich senkt (Jeanrenaud et al., 2019).

Eine Studie aus Deutschland zeigt, dass der Zugang zu externer Kinderbetreuung für Familien mit tiefem sozioökonomischem Status die Arbeitsmarktbeteiligung der Mütter um 9 Prozentpunkte, das Haushaltseinkommen um 10 % und die Einkommen der Mütter um 22 % erhöht (Hermes et al., 2025).

Allerdings bleibt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung weitgehend bestehen. Langfristige Studien, etwa für Österreich, zeigen, dass selbst umfangreiche Investitionen in Kinderbetreuung und Elternzeit die Einkommensunterschiede zwischen Müttern und Vätern kaum verringern (Kleven et al., 2025).

Fazit: Insgesamt zeigt sich: Der Ausbau und die Vergünstigung institutioneller Kinderbetreuung können die Erwerbstätigkeit von Müttern erhöhen und damit Einkommenseinbussen nach der Geburt dämpfen. Die Effekte sind allerdings mehrheitlich moderat. Kinderbetreuungs politik wirkt damit vor allem über eine stärkere Arbeitsmarktintegration von Müttern. Wie stark sie greift, hängt wesentlich von der bestehenden Erwerbsbeteiligung von Frauen und von kulturellen Rollenbildern ab. Ausserdem drohen Mitnahmeeffekte, weil oftmals gerade mittlere und höhere Einkommen in den Genuss der Subventionierung kommen.

6.2.2 Humankapital der Kinder

Die internationale Evidenz zu den Auswirkungen institutioneller Kinderbetreuung auf die kindliche Entwicklung ist umfangreich, aber keineswegs eindeutig.

Zahlreiche Studien aus verschiedenen Ländern finden positive Effekte auf die weitere schulische und berufliche Entwicklung der Kinder. So führte beispielsweise in Argentinien der Ausbau vorschulischer Betreuung zu besseren Testergebnissen, insbesondere in ländlichen und

einkommensschwachen Regionen (Berlinski et al., 2008). Für die Schweiz und Deutschland finden Felfe und Lalive (2014) insgesamt positive Effekte früher Kitabesuche vor dem dritten Lebensjahr auf Sprache, Motorik und Schulreife, wobei die Effekte je nach familiärem Hintergrund variieren. Eine Studie aus Norwegen analysiert die langfristigen Effekte vergünstigter Kinderbetreuung und findet einen positiven Effekt auf Bildungsweg und Arbeitsmarktbeteiligung der Kinder. Zudem sind die fremdbetreuten Kinder später weniger auf Sozialleistungen angewiesen (Havnes & Mogstad, 2011b).

Gleichzeitig weisen andere Studien auf mögliche Belastungen hin: Ganztägige Betreuung kann mit geringerem subjektivem Wohlbefinden einhergehen (Felfe & Zierow, 2018). Daten aus dem Zürcher z-proso-Projekt zeigen, dass ein hoher Umfang früher Fremdbetreuung mit mehr Aggressivität und Aufmerksamkeitsproblemen verbunden sein kann, wobei familiäre Faktoren zentral sind (Averdijk et al., 2011). Eine Folgestudie legt nahe, dass solche frühen Verhaltensmuster später mit problematischem Verhalten im Jugendalter korrelieren (Averdijk et al., 2019).

Internationale Übersichtsarbeiten unterstreichen, dass die Effekte stark von der Qualität der institutionellen Betreuung abhängen. Eine Metaanalyse von 30 natürlichen Experimenten zeigt, dass universelle Programme sehr unterschiedliche Wirkungen entfalten, während qualitativ hochwertige Angebote konsistent positive Effekte erzielen – besonders für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten (van Huizen & Plantenga, 2018). Gleichzeitig weisen mehrere Studien auf Risiken sehr früher oder sehr langer Betreuungszeiten hin, die mit ungünstigen kognitiven oder nicht-kognitiven Effekten verbunden sein können (Bernal, 2008; Herbst, 2012; Lefebvre et al., 2008; Ruhm, 2004; Waldfogel et al., 2002). Ergänzend zeigen physiologische Studien erhöhte Cortisolwerte bei Kindern in Kitas, was auf Stressbelastungen hindeutet (Drugli et al., 2018).

Für die Schweiz liegt inzwischen Evidenz zu den jüngsten, bundesfinanzierten Ausbauschritten vor. Diese zeigt, dass die zusätzlichen Betreuungsplätze für die Mehrheit der Kinder keine messbaren Effekte auf die Bildungslaufbahnen im ersten Primarschulzyklus hatten. Für Kinder mit Migrationshintergrund senkte der Kitabesuch hingegen die Wahrscheinlichkeit einer Klassenwiederholung um bis zu sieben Prozentpunkte (SKBF, 2023).

Auch theoretische Modelle analysieren explizit die Wirkungen von Subventionen auf die kindliche Entwicklung. Sie zeigen, dass einkommensabhängige Zuschüsse wirksamer sind als pauschale Zahlungen, weil sie Investitionen in frühe Bildung und Förderung gerade in ressourcenschwachen Familien stärker erhöhen (Glomm & Meier, 2020; Ho & Pavoni, 2020). Strukturelle Modelle belegen zudem, dass Kinder aus einkommensschwachen und alleinerziehenden Haushalten besonders profitieren: Ihre Lern- und Entwicklungsinvestitionen reagieren überdurchschnittlich stark auf sinkende Betreuungskosten, was zu grösseren Entwicklungsgewinnen führt (Moschini, 2023).

Fazit: Die Literatur zeichnet ein differenziertes Bild. Frühkindliche Betreuung kann Bildungs- und Entwicklungschancen verbessern, vor allem für Kinder aus weniger förderlichen familiären Umfeldern. Positive Effekte sind jedoch nicht pauschal zu erwarten. Entscheidend sind die Qualität der Angebote, das Einstiegsalter, der Umfang der Betreuung und der tatsächliche Zugang zu diesen Angeboten.

6.2.3 Fertilität

Ob Kinderbetreuungspolitik die Geburtenrate beeinflusst, ist gut erforscht. Ein zentrales Ergebnis lautet, dass verlässliche und bezahlbare Betreuungsangebote die Fertilität leicht erhöhen können. Eine vergleichende Studie findet einen positiven Effekt der Ausgaben für externe Kinderbetreuung auf die Fertilität (Olivetti und Petrongolo, 2017). Für Deutschland zeigt eine quasi-experimentelle Studie, dass der Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige zu einem statistisch signifikanten, aber moderaten Anstieg der Geburtenrate führte (Bauernschuster et al., 2016). In Schweden stiegen die Geburtenraten nach Einführung einer Gebührenobergrenze, die die Kosten für Eltern deutlich senkte (Mörk et al., 2013). Beide Studien zeigen, dass Kapazität und Kosten zusammenwirken: Angebotsausweitungen ohne finanzielle Entlastung haben deutlich schwächere oder keine Effekte. Eine Verbesserung der lokalen Verfügbarkeit von externer Kinderbetreuung erhöhte ebenfalls nachweislich Erstgeburten in Belgien (Woods & Neels, 2019). Die Verfügbarkeit von externer Kinderbetreuung erhöhte auch in Norwegen die Wahrscheinlichkeit eines ersten Kindes, wobei die Effekte für Eltern unter 25 Jahren am stärksten sind (Rindfuss et al., 2007). Die Wahrscheinlichkeit von weiteren Kindern erhöhte sich bei den 35-Jährigen, wobei der Effekt am stärksten für Zweit- und Drittgeburten ist (Rindfuss et al., 2010).

Auch strukturierte Modellierungen liefern wichtige Einsichten. Ein dynamisches Simulationsmodell zeigt, dass Kinderbetreuungssubventionen die Fertilität im Durchschnitt kaum verändern. Zusätzliche Geburten treten vor allem bei hochgebildeten, bislang kinderlosen Frauen auf (Haan & Wrohlich, 2011).

Neuere Studien betonen die Rolle des institutionellen und gesellschaftlichen Umfelds. Für Deutschland zeigt sich, dass der Ausbau der Kinderbetreuung die Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten erhöhte, mit deutlich stärkeren Effekten in West- als in Ostdeutschland (Scherer et al., 2023). In Ländern mit bereits gut ausgebauter Betreuung und hoher Müttererwerbsquote bleiben die Effekte auf die Fertilität dagegen meist gering.

Die jüngere Literatur zeigt einen Wandel im Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Familiengründung. Während weibliche Erwerbstätigkeit früher oft mit geringerer Kinderzahl einherging, ist dieser Zusammenhang in vielen wohlhabenden Ländern heute neutral oder sogar positiv. Entscheidend ist weniger die bloße Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen als die tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Doepke et al., 2023). Neben institutionellen Faktoren wie Betreuungsinfrastruktur und Arbeitsmarktflexibilität spielen auch innerfamiliäre Rollenbilder eine zentrale Rolle: Übernehmen Väter mehr Betreuungsarbeit, steigt die Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten.

Diese Ergebnisse werden auch durch eine neue Studie der Nobelpreisträgerin Goldin (2025) bestätigt. Sie zeigt, dass in Ländern mit heute sehr niedriger Fertilität rapides Wirtschaftswachstum nach jahrzehntelanger Stagnation auf starre soziale Normen traf – mit entsprechenden Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit, was generations- und geschlechterspezifische Konflikte auslöste, die den Geburtenrückgang beschleunigten.

Fazit: Insgesamt zeigt sich, dass verlässliche und bezahlbare Kinderbetreuung die Geburtenrate moderat erhöhen kann, insbesondere wenn Preissenkungen und ein Ausbau der Kapazitäten mit Rahmenbedingungen einhergehen, die eine tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Reformstudien belegen solche Effekte (Bauernschuster et al., 2016; Mörk et al., 2013; Scherer et al., 2023), während Modellanalysen zeigen, dass sie heterogen sind und vor allem bestimmte Gruppen betreffen. Entscheidend ist letztlich, ob sich auch die

innerfamiliären Rollenbilder verändern: Ohne eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Betreuungsarbeit bleibt der Einfluss familienpolitischer Instrumente auf die Geburtenrate begrenzt.

6.2.4 Finanzielle Absicherung

Bezahlbare Kinderbetreuung kann die finanzielle Situation von Familien über zwei Kanäle verbessern. Erstens erhöht sie das Arbeitsangebot, indem sie insbesondere Alleinerziehenden und Zweitverdienenden ermöglicht, ihr Erwerbspensum auszuweiten und ihr Einkommen zu steigern (vgl. Kapitel 6.2.1). Zweitens entlasten tiefere Gebühren oder Subventionen das Haushaltsbudget direkt. Beide Effekte können das Armutsrisiko von Familien senken. Internationale Studien zeigen, dass subventionierte Kinderbetreuung die Armutsquote reduziert, sofern die Arbeitsanreize für einkommensschwache Haushalte erhalten bleiben (Brewer & Cattan, 2017; Hufkens et al., 2019).

Studien aus den USA zeigen zudem, dass eine stabile Nutzung von Betreuungssubventionen mit höheren Einkommen und geringerer materieller Not einhergeht. Umgekehrt erhöht eine instabile oder unterbrochene Förderung das Risiko finanzieller Belastungen wie Zahlungsrückstände oder Wohnunsicherheit (Kim & Henly, 2021).

Auch hier gilt jedoch: Die armutsreduzierenden Wirkungen lassen sich nur entfalten, wenn die Angebote auch insbesondere von tiefen Einkommen genutzt werden.

Fazit: Gesamthaft zeigt die Evidenz, dass subventionierte Kinderbetreuung die finanzielle Absicherung von Familien stärken kann, sofern sie gezielt ausgestaltet ist und die Erwerbsanreize – insbesondere für Zweitverdienende – erhalten bleiben. Die grössten relativen Einkommensgewinne erzielen Alleinerziehende und Haushalte mit tiefem Einkommen. Auf Haushaltsebene können die Gesamteffekte jedoch teilweise durch Anpassungen im Erwerbspensum der Väter abgeschwächt werden (vgl. Kapitel 6.2.1).

6.2.5 Chancengerechtigkeit

Frühkindliche Investitionen gelten als besonders wirksam, um soziale Ungleichheiten im Bildungserfolg zu verringern. Qualitativ hochwertige Betreuung kommt zwar allen Kindern zugute, entfaltet ihre stärksten Effekte jedoch bei Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien (Esping-Andersen, 2008; Havnes & Mogstad, 2015). Die grössten Zugewinne entstehen dort, wo Kinder ohne externe Betreuung nur geringe Entwicklungsanreize hätten (Cornelissen et al., 2018; Felfe et al., 2015). Evidenz aus Norwegen zeigt, dass frühkindliche Betreuung die intergenerationale Ungleichheit messbar reduziert (Drange & Havnes, 2019; Havnes & Mogstad, 2015). Für Deutschland und die Schweiz finden sich ebenfalls positive Effekte früher Krippenbesuche auf Sprache, Motorik und Schulreife, insbesondere bei Kindern aus bildungsfernen Familien (Felfe & Lalive, 2014).

Besonders starke und dauerhafte Wirkungen zeigen gezielte Programme für benachteiligte Kinder. Randomisierte Langzeitstudien wie das Perry Preschool Project oder das Abecedarian Program belegen nachhaltige Verbesserungen der Bildungs- und Lebenschancen von Kindern aus schwierigen Verhältnissen (Carneiro & Heckman, 2003). Neuere Ergebnisse unterstreichen, dass qualitativ hochwertige, gezielt ausgerichtete Frühförderung hohe gesellschaftliche Erträge erzielt, weil sie Entwicklungsdefizite früh und wirksam reduziert (ebd.). Meta-Analysen bestätigen dieses Muster: Universelle Programme erzielen breitere, aber meist kleinere

Effekte, während gezielte Angebote deutlich grössere Fortschritte bei benachteiligten Kindern bewirken (van Huizen & Plantenga, 2018).

Auch in den USA zeigen sich positive Effekte frühkindlicher Betreuung vor allem für Kinder aus benachteiligten Familien (Fitzpatrick, 2008). Für Norwegen belegen Zuteilungslotterien von Krippenplätzen im Alter von ein bis zwei Jahren Verbesserungen in Sprache und Mathematik, insbesondere bei Kindern aus einkommensschwächeren Haushalten (Drange & Havnnes, 2019). Ähnliche Ergebnisse finden sich für Deutschland: Kinder aus bildungsfernen Familien profitieren deutlich stärker als Kinder aus ressourcenstarken Haushalten (Cornelissen et al., 2018; Felfe et al., 2015).

Unklar bleibt jedoch, ob diese Kinder die Angebote tatsächlich häufiger genutzt haben. Internationale Studien zeigen vielmehr, dass gerade jene Kinder, die am meisten profitieren würden, oft den geringsten Zugang zu Betreuungsplätzen haben (Cornelissen et al., 2018). Neuere experimentelle Evidenz aus Deutschland belegt zudem, dass nicht nur die Kosten entscheidend sind: Auch Informationsdefizite und komplexe Anmeldeverfahren stellen zentrale Hürden dar. Wird der Anmeldeprozess vereinfacht, steigt die Wahrscheinlichkeit eines Betreuungsplatzes für Kinder aus einkommensschwachen Familien deutlich (Hermes et al., 2025).

Vergleichende Studien zeigen zudem, dass externe Kinderbetreuung die Rolle der Familie nicht ersetzt. Selbst in Dänemark, mit einem stark ausgebauten Betreuungs- und Bildungssystem, bleibt der familiäre Hintergrund ein zentraler Faktor für den Bildungserfolg (Landersø & Heckman, 2017; Heckman & Landersø, 2022). Das bedeutet jedoch nicht, dass staatliche Förderung wirkungslos ist. Vielmehr zeigt die Evidenz, dass die grössten Erfolge dort erzielt werden, wo qualitativ hochwertige Betreuung mit Massnahmen kombiniert wird, die elterlichen Investitionen in die frühe Bildung stärken.

Fazit: Insgesamt zeigen die Befunde, dass Kindertagesstätten und frühkindliche Programme einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit leisten können, insbesondere wenn sie qualitativ hochwertig sind und benachteiligte Kinder erreichen (Björklund & Salvanes, 2011). Gleichzeitig bleibt die Familie ein zentraler Faktor für die kindliche Entwicklung. Politik entfaltet das grösste Wirkungspotenzial, wenn sie Betreuung und familiäre Förderung gemeinsam stärkt und verzahnt. Eine zentrale Herausforderung bleibt, dass gerade jene Kinder, die am meisten profitieren würden, die institutionellen Betreuungsangebote weniger nutzen.

Zusammenfassend zeigt sich:

- *Arbeitsmarktbeteiligung:* Die Förderung der externen Kinderbetreuung erhöht die Arbeitsmarktbeteiligung der Mütter. In den meisten Studien zeigen sich moderate Effekte. Diese moderaten Effekte werden ausserdem teilweise durch die Pensenreduktion der Väter kompensiert.
- *Humankapital der Kinder:* Qualität, Eintrittsalter, Umfang der Inanspruchnahme und Zugang entscheiden, wie sich die externe Betreuung auf das Humankapital der Kinder auswirkt.
- *Fertilität:* Die Kinderanzahl erhöht sich moderat infolge einer guten Auswahl an externen Betreuungsangeboten. Allerdings sind die innerfamiliären Rollenbilder entscheidend für die Wirkung der Subventionen.
- *Finanzielle Absicherung:* Die Wirkung auf die finanzielle Absicherung ist stark von den zu erwartenden Arbeitsmarkteffekten und der Inanspruchnahme der Subventionen durch tiefe Einkommen abhängig.
- *Chancengerechtigkeit:* Von qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten profitieren benachteiligte Kinder besonders. Die Förderung des Zugangs zu diesen Angeboten kann die Chancengerechtigkeit verbessern. In der Schweiz sind es genau diese Kinder, welche diese weniger nutzen.

6.3 Implikationen für die Schweizer Politik

Die Förderung der Kinderbetreuung verfolgt mehrere Ziele: bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, finanzielle Entlastung der Eltern und mehr Chancengerechtigkeit für Kinder. Die internationale Forschung zeigt jedoch, dass diese Ziele nur teilweise gleichzeitig erreicht werden. Qualitativ hochwertige und gut zugängliche Betreuung erhöht zwar das Arbeitsangebot von Müttern moderat, die Effekte auf das Haushaltseinkommen bleiben aber begrenzt, da Väter ihr Pensum oft leicht reduzieren. Für Kinder aus sozial benachteiligten Familien ist institutionelle Betreuung besonders wirksam, sofern sie hochwertig und bezahlbar ist. Allerdings zeigt sich für die Schweiz: Die Angebote werden vor allem von Haushalten mit mittleren und hohen Einkommen genutzt.

Zielklarheit und Effizienz

Subventionierte Kinderbetreuung kann wirksam sein, wenn sie klar auf sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Ziele ausgerichtet ist. Sie **erhöht die Erwerbstätigkeit von Müttern moderat**, führt jedoch **kaum zu einer spürbaren Steigerung des Haushaltseinkommens**, da Väter ihr Arbeitspensum häufig leicht reduzieren. Die Literatur zeigt zudem, dass ein gutes Angebot an externer Kinderbetreuung, dass die Eltern bei einer gleichmässigen Aufteilung von Beruf und Familie unterstützt, die Fertilitätsrate leicht erhöhen kann.

Breite, pauschale Subventionen führen allerdings häufig sogar zu einer **Umverteilung von unten nach oben**, da einkommensstarke Familien die Angebote überproportional nutzen. Zielführender sind **gezielte Unterstützungen** für einkommensschwache Haushalte und Kinder mit erhöhtem Förderbedarf. Forschungsergebnisse betonen darüber hinaus, dass institutionelle Betreuung die familiäre Erziehung **nicht ersetzt, sondern ergänzt** – eine erfolgreiche Politik stärkt daher sowohl die **Qualität der Einrichtungen** als auch die **Ressourcen der Familien**.

Subsidiarität und regionale Verantwortung

Die Nachfrage nach Kinderbetreuung variiert stark zwischen Regionen und Bevölkerungsgruppen. In Städten wie Genf werden über zwei Drittel der Kinder institutionell betreut, in ländlichen Kantonen wie Thurgau nur rund ein Viertel. Einheitliche Bundeslösungen werden diesen Unterschieden kaum gerecht. Effizienter ist eine dezentrale Organisation, bei der Gemeinden und Kantone Angebot, Finanzierung und Ausgestaltung verantworten. So lassen sich lokale Bedürfnisse besser berücksichtigen und Transparenz sowie Effizienz erhöhen. Eine gut ausgebaute Betreuungsinfrastruktur kann zudem ein Standortvorteil im Wettbewerb um Fachkräfte sein.

Finanzierungsmechanismen

Einkommensabhängige Betreuungsgutscheine auf Gemeindeebene gelten als besonders effiziente Förderform. Sie erhöhen die Wahlfreiheit der Eltern, stärken den Wettbewerb zwischen Anbietern und erreichen gezielt Familien, die institutionelle Betreuung sonst kaum nutzen würden. Entscheidend ist ein gleitender Einkommensverlauf der Zuschüsse, einfache und niederschwellige Verfahren sowie die freie Einsetzbarkeit der Gutscheine. Solche Modelle begrenzen Mitnahmeeffekte, verbessern die Erwerbsanreize für Zweitverdienende und erhöhen die soziale Treffsicherheit der Förderung.

Gesamtbewertung

Subventionierte Kinderbetreuung **kann die Erwerbstätigkeit von Müttern moderat erhöhen** und die Chancen von Kindern aus benachteiligten Haushalten verbessern – vorausgesetzt, sie ist qualitativ hochwertig, gezielt ausgestaltet und sozial treffsicher. Die **Gesamteffekte auf das Haushaltseinkommen bleiben jedoch begrenzt**, da Väter ihr Arbeitspensum häufig leicht reduzieren. Breite, pauschale Subventionen sind daher **wenig effizient** und können sogar **regressive Verteilungseffekte** erzeugen, weil die institutionelle Kinderbetreuung mehrheitlich von Gutverdienern in Anspruch genommen wird.

Die internationale Erfahrung spricht für **einkommensabhängige, dezentral organisierte Fördermodelle mit klarem Fokus auf Familien mit tieferen Einkommen**. Bundeslösungen sind aufgrund der regional unterschiedlichen Bedürfnisse **nur begrenzt zielführend**.

7 Staatliche Familienunterstützung: Steuerliche Abzüge statt pauschaler Zulagen

Zum Abschluss widmen wir uns der staatlichen Familienunterstützung, in Form von Zulagen und steuerlichen Entlastungen. Diese bilden einen zentralen Pfeiler der Schweizer Familienpolitik. Dabei wenden wir das gleiche Vorgehen an wie in den vorherigen zwei Kapiteln. Zunächst wird die Ausgangslage in der Schweiz dargestellt (Kapitel 7.1). Anschliessend wird die internationale empirische Evidenz zu den Wirkungen systematisch aufgearbeitet (Kapitel 7.2). Darauf aufbauend werden Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der familienpolitischen Instrumente in der Schweiz diskutiert (Kapitel 7.3).

7.1 Ausgangslage in der Schweiz

Die Familienpolitik der Schweiz setzt im internationalen Vergleich stärker auf materielle Leistungen als auf staatliche Dienstleistungen. So entfällt rund die Hälfte der familienpolitischen Ausgaben auf direkte Transferleistungen, wie in Kapitel 2 beschrieben. Ziel dieser Instrumente ist, Eltern bei der Betreuung und dem Unterhalt von Kindern materiell zu entlasten (BSV, 2025a). Zwei Instrumente sind besonders zentral: Kinderzulagen und steuerliche Entlastungen.

7.1.1 Kinder-, Ausbildungs- und Geburtszulagen

Für die Kinderzulagen sind die Kantone zuständig. Entsprechend verschieden sind die jeweiligen Regelungen. Seit der Einführung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen von 2006 gilt jedoch ein schweizweiter Mindestanspruch. Dieser umfasst aktuell eine Kinderzulage von 215 Franken pro Monat und eine monatliche Ausbildungszulage von 268 Franken pro Kind.⁹

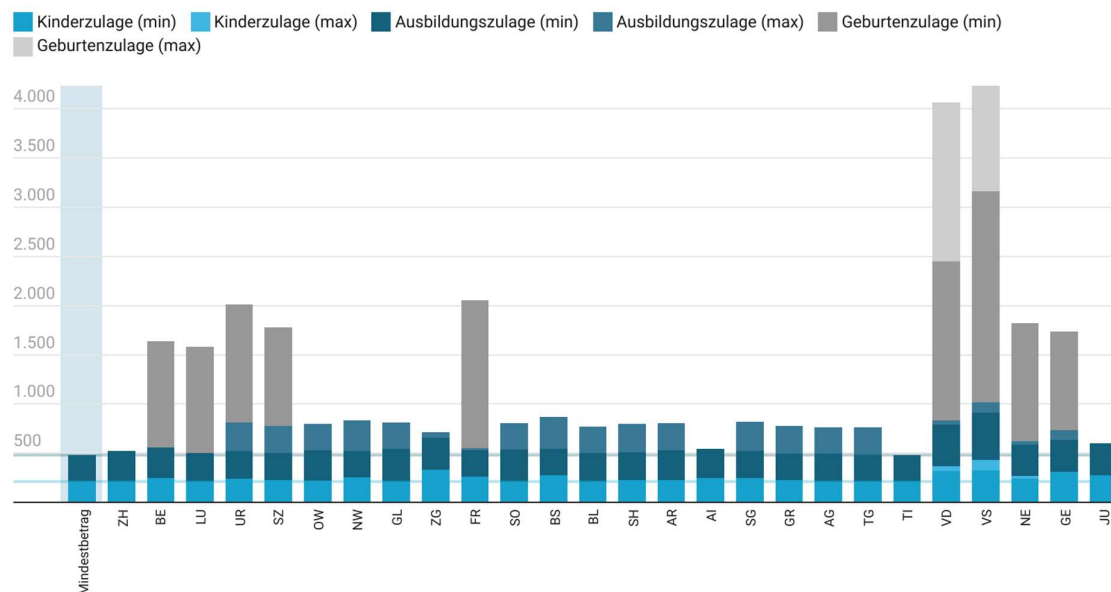
Diese werden über Arbeitgeberbeiträge finanziert, die von den kantonalen Familienausgleichskassen (FAK) verwaltet werden. Die Zulagen werden in der Regel direkt mit dem Lohn ausbezahlt (Informationsstelle AHV/IV, 2025). 2023 beliefen sich die Ausgaben in der Schweiz auf 6,6 Mrd. Franken (BSV, 2025g).

In einigen Kantonen wird zusätzlich eine einmalige Geburtszulage ausbezahlt. **Abbildung 20** zeigt, wie sich die Höhe der Zulagen zwischen den Kantonen unterscheidet. Hierbei offenbart sich ein klarer Unterschied zwischen der deutsch- und französischsprachigen Schweiz. Die Kinderzulage entspricht in der Mehrheit der deutschsprachigen Schweiz und dem Tessin dem Mindestbetrag, während die Zulagen in der Romandie deutlich grosszügiger ausfallen. In einigen Kantonen wird zusätzlich eine einmalige Geburtszulage ausbezahlt.¹⁰

⁹ Bei der Gesetzeseinführung 2007 betrug die Familienzulage 200 Franken und die Ausbildungszulage 250 Franken pro Monat.

¹⁰ Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf

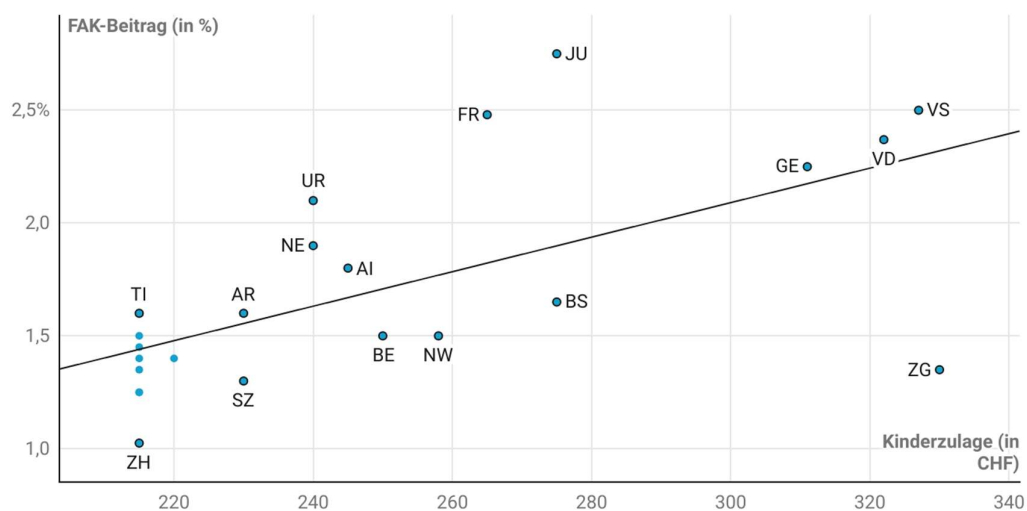
Abbildung 20: Höhe der kantonalen Kinder- und Ausbildungszulagen (2025)



Quelle: BSV (2025g)

Der kantonale Vergleich der FAK-Beiträge widerspiegelt die Zulagenhöhe: In den Kantonen der Romandie, in denen die Zulagen höher ausfallen, sind auch die Arbeitgeberbeiträge (FAK-Beitrag) an die Ausgleichskassen höher. Eine Ausnahme bilden die Kantone Basel-Stadt und Zug (vgl. **Abbildung 21**).

Abbildung 21: Zusammenhang Arbeitgeberbeiträge und Höhe der Kinderzulagen (2025)



Quelle: BSV (2025g)

7.1.2 Steuerliche Abzugsmöglichkeiten

Neben den Zulagen gewähren Bund und Kantone steuerliche Abzüge für Familien. Konkret setzen sich diese aus einem pauschalen Kinderabzug sowie Abzugsmöglichkeiten für Ausbildungs- und Drittbetreuungskosten zusammen. Die Kantone sind autonom in der Ausgestaltung der Abzüge, wodurch auch in diesem Bereich deutliche kantonale Unterschiede bestehen.

Die steuerlichen Entlastungen führen zu Mindereinnahmen bei Bund und Kantonen:

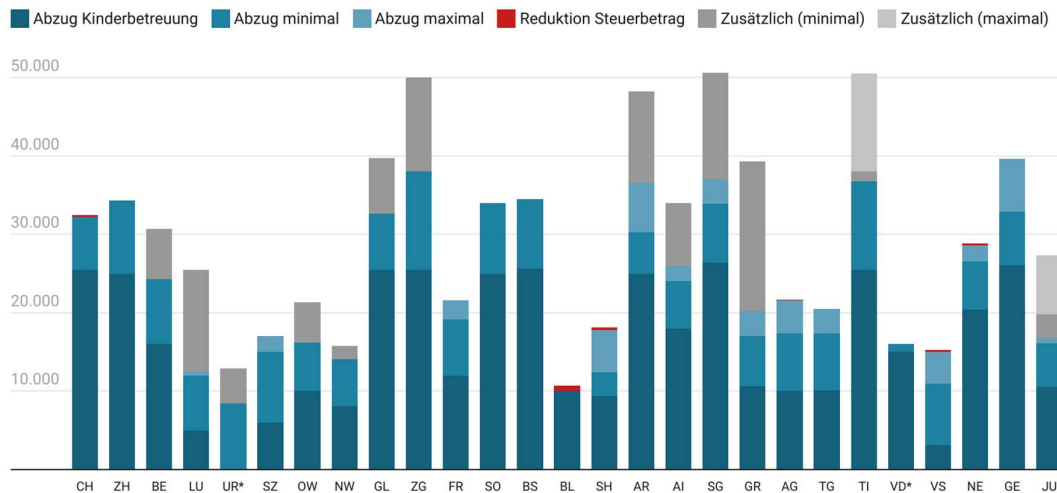
- So schätzt die eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), dass der Kinderabzug zu Mindereinnahmen von 472,8 Mio. Franken bei den Bundeseinnahmen im Jahr 2022 geführt hat. Die Mindereinnahmen beim Drittbetreuungsabzug werden auf 100 Mio. Franken im Jahr 2022 geschätzt (ESTV, persönliche Kommunikation, 29.10.2025). Dies entspricht 0,76 %, respektive 0,16 % der Bundeseinnahmen im Jahr 2022.¹¹
- Der Kanton Zürich bemisst die Mindererträge bei der Kantonssteuer aufgrund der Kinderabzüge auf 230 Mio. Franken und 34 Mio. Franken beim Drittbetreuungsabzug. 21,5 % der Zürcher Steuerpflichtigen haben den Kinderabzug geltend gemacht, während dies nur 6,6 % beim Kinderdrittbetreuungsabzug getan haben (Regierungsrat Zürich, 2025).
- Im Kanton Bern werden die Steuermindereinnahmen für 2022 auf 222,66 Mio. Franken geschätzt (Finanzdirektion des Kantons Bern, persönliche Kommunikation, 20.10.2025). Dies entspricht rund 3% der bernischen Steuererträge.¹²

Abbildung 22 visualisiert die Unterschiede bei den Abzugsmöglichkeiten zwischen den Kantonen. Dabei zeigt sich das gleiche Bild wie bei den Zulagen (**Abbildung 20**), nur umgekehrt: So sind in Kantonen mit tieferen Familienzulagen tendenziell die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten höher, während das Gegenteil für die Kantone mit hohen Zulagen gilt. Zusätzlich kennen einige Kantone und der Bund einen reduzierten Steuertarif für Eltern. In Basel-Landschaft ist die Reduktion besonders hoch, da der Kanton keine Kinderabzüge vorsieht.

¹¹ Eigene Berechnung basierend auf EFV (2025).

¹² Eigene Berechnung basierend auf Kanton Bern (2025).

Abbildung 22: Steuerliche Abzugsmöglichkeiten (2024)¹³¹⁴



Quelle: ESTV (2025)

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass sich die Kantone bei der staatlichen Familienunterstützung in zwei grobe Modelle unterteilen lassen. Die erste Gruppe entlastet die Familien primär durch direkte Geldleistungen in Form von überdurchschnittlichen Familien-, Ausbildungs- und Geburtszulagen. Die zweite Gruppe setzt hingegen stärker auf hohe Steuerabzugsmöglichkeiten und orientiert sich bei der Zulagenhöhe am schweizweiten Minimalniveau.

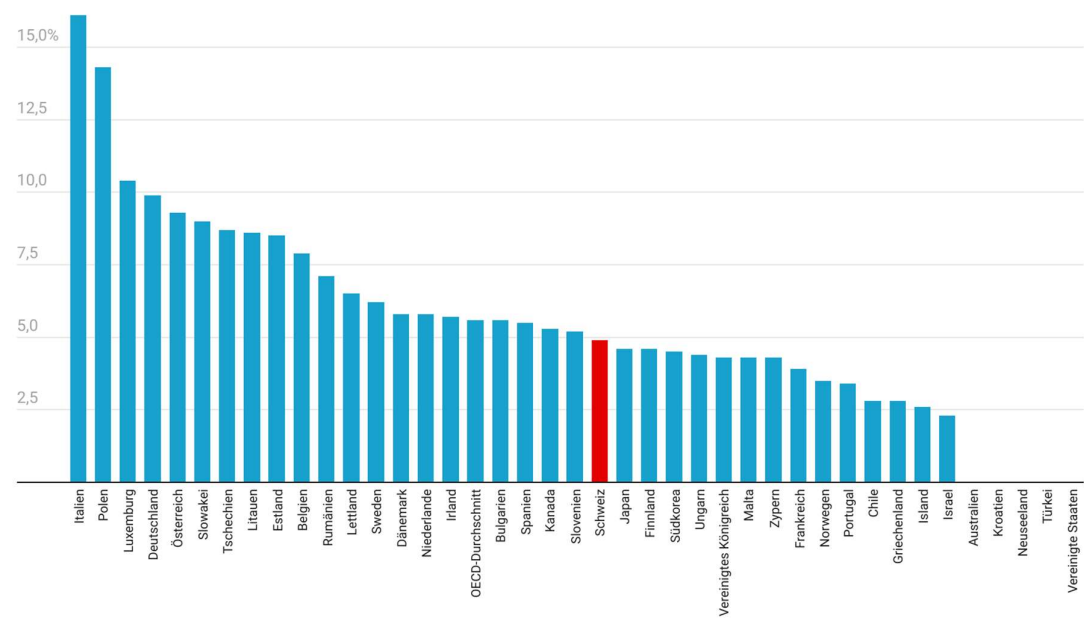
Die Schweiz im internationalen Vergleich

Blicken wir nun wiederum über den nationalen Tellerrand: **Abbildung 23** vergleicht die Kinderzulagen der Schweiz mit den anderen OECD-Staaten. In der Grafik wird der Anteil des Betrags für eine Familie mit zwei Kindern am nationalen Durchschnittseinkommen visualisiert. Hierbei zeigt sich, dass die Höhe der Zulagen in der Schweiz im hinteren Mittelfeld liegt. Vergleicht man jedoch die Beiträge für Alleinerziehende mit einem 50 %-Pensum, rutscht die Schweiz ins unterste Viertel ab (vgl. **Abbildung 24**).

¹³ Der Kanton Uri kennt keinen Maximalbetrag beim Drittbetreuungsabzug, sondern es können einfach die Betreuungskosten geltend gemacht werden.

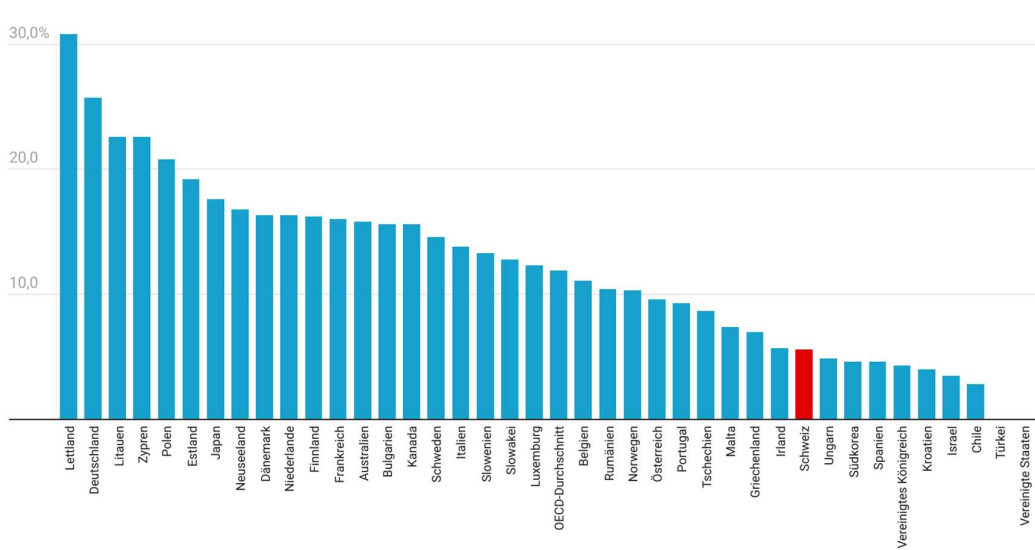
¹⁴ Der Kanton Vaud kennt einen „Quotient familial“, bei dem die Anzahl der Kinder das steuerbare Einkommen reduziert und somit als eine Art Kinderabzug fungiert. Deswegen ist der Kinderabzug im Kanton Waadt so tief.

Abbildung 23: Höhe der Zulagen im internationalen Vergleich (Anteil am Durchschnittseinkommen eines Paares mit zwei Kindern, 2023)



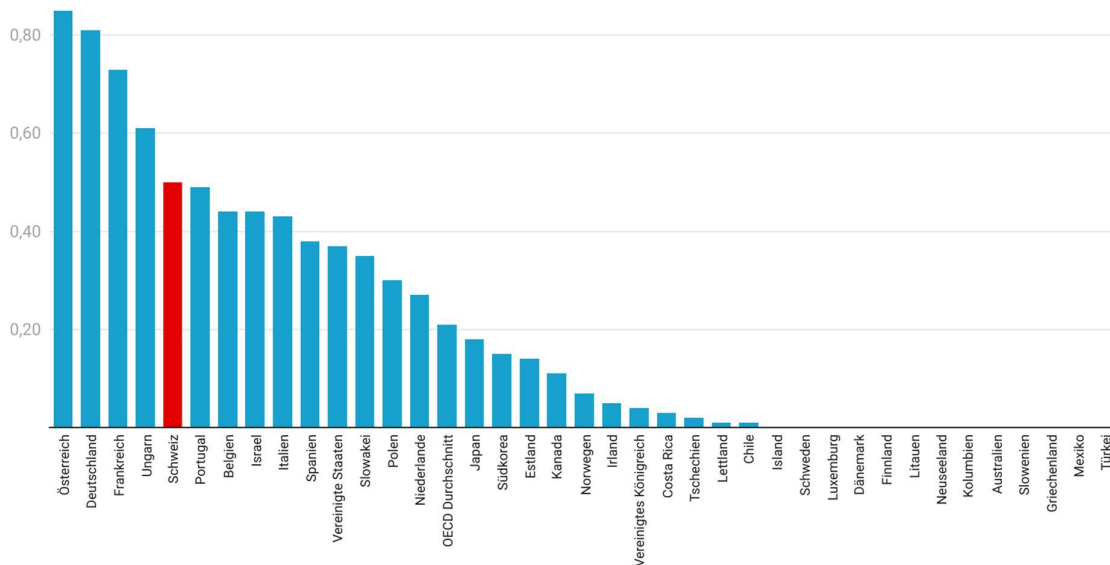
Quelle: OECD (2025a)

Abbildung 24: Höhe der Zulagen im internationalen Vergleich (Anteil am Durchschnittseinkommen einer alleinerziehenden Person mit zwei Kindern, 2023)



Quelle: OECD (2025a)

Abbildung 25: Höhe der Steuerabzüge im internationalen Vergleich (in % des BIP)



Lesebeispiel: Die Steuerabzüge für Familien betragen 0,5 % des BIP in der Schweiz. Der OECD-Durchschnitt beträgt 0,21 % des BIP.

Quelle: OECD (2025a)

Abbildung 25 stellt das Ausmass der steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Familien im internationalen Vergleich dar. Betrachtet wird der Anteil dieser Abzüge am Bruttoinlandprodukt. Dabei zeigt sich, dass viele Länder – insbesondere die skandinavischen Staaten – keine spezifischen steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Familien vorsehen. Die Schweiz zählt hingegen zu den Ländern, die solche Instrumente kennen, und liegt im oberen Drittel des Vergleichs. Lediglich Österreich, Deutschland, Frankreich und Ungarn gewähren – gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung – noch umfangreichere steuerliche Abzugsmöglichkeiten für Familien.

Aktuelle politische Diskussionen in der Schweiz

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats hat Ende September 2025 die Vernehmlassung zu einer einmaligen Erhöhung der Familienzulagen eröffnet. Die Vorlage sieht vor, dass vor dem Hintergrund steigender Lebenskosten die Mindestzulage von 215 auf 250 Franken ansteigen soll. Die Ausbildungszulagen sollen auf 300 Franken erhöht werden. Diese Änderung hätte zur Folge, dass eine Mehrheit der Kantone ihre Zulagen erhöhen müsste (SGK-N, 2025).

Die Kinderzulagen wurden 2005 eingeführt und über einen langen Zeitraum nominal nicht angepasst. Erst 2025 erfolgte erstmals eine Erhöhung auf 215 Franken bei den Kinderzulagen und 268 Franken bei den Ausbildungszulagen, begründet mit dem gestiegenen Preisniveau. Vor diesem Hintergrund ist ein erneuter Anpassungsvorschlag bereits im Folgejahr bemerkenswert. Die Kommission verweist darauf, dass die jüngste Erhöhung nicht ausgereicht habe, um insbesondere die stark gestiegenen Miet- und Krankenkassenkosten für Familien abzufedern. Mit der Vorlage soll daher eine einmalige zusätzliche Erhöhung der Zulagen erfolgen (ebd.).

7.2 Was sagt die Studienlage?

Auch bei Familienzulagen und steuerlichen Abzügen werden unterschiedliche wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzungen verfolgt. Im Vordergrund stehen dabei die finanzielle Entlastung von Haushalten mit Kindern, die Reduktion von Kinderarmut sowie potenzielle Effekte auf Fertilitätsentscheidungen. Darüber hinaus werden diese Instrumente regelmässig im Hinblick auf ihre Verteilungswirkungen und ihre Arbeitsanreize diskutiert. Auch in diesem Unterkapitel fokussieren wir uns auf die fünf Beurteilungsdimensionen, die bereits in den Kapiteln zur Elternzeit und zur subventionierten Kinderbetreuung angewendet wurden.

7.2.1 Arbeitsmarktbeteiligung

Die Forschungsliteratur zeigt eine klare Tendenz: Kinderzulagen bergen das Risiko negativer Arbeitsanreize, während steuerliche Abzüge die Arbeitsmarktbeteiligung von Eltern fördern. Dies gilt insbesondere für Drittbetreuungsabzüge (vgl. Müller & Salvi, 2020).

So finden Studien zu den Kinderzulagen einen negativen Effekt auf die Arbeitsanreize von Müttern. In Frankreich führte die Einführung einkommensabhängiger Kinderzulagen dazu, dass Haushalte ihre Arbeitsstunden erhöhten, wenn sie infolge der Reform weniger Zulagen erhielten (Elmallakh, 2023). In Dänemark erhöhte eine Kürzung der Kinderzulagen die Erwerbsbeteiligung von Müttern, ohne Effekte bei Vätern hervorzurufen (Jensen & Blundell, 2024). In Polen senkten Haushalte ihr Arbeitseinkommen nach der Einführung einer grosszügigen Kinderzulage um rund 25 % des Betrags der Zulage, da die Arbeitsanreize vor allem in sozioökonomisch schwächeren Haushalten zurückgingen; kurzfristige Arbeitszeitanpassungen blieben jedoch gering (Gromadzki, 2024; Premik, 2022). Auch in Kanada verringerte die Einführung einer pauschalen Kinderzulage die Erwerbsbeteiligung verheirateter Mütter, besonders bei niedriger Bildung; bei Vätern mit tiefer Bildung zeigt sich ebenfalls eine leichte Reduktion der Arbeitspensen (Schirle, 2015). Getrenntlebende oder geschiedene Mütter erhöhten hingegen ihre Erwerbsbeteiligung (Koebel & Schirle, 2016). In Deutschland führte eine Erhöhung der Kinderzulagen zu kleinen Anpassungen: Mütter mit älteren Kindern reduzierten ihre Arbeitszeit im Schnitt um etwa eine Stunde pro Woche infolge der zusätzlichen Zulagen (Hener, 2016; Tamm, 2010).

Bei steuerlichen Abzügen ergibt sich ein nuancierteres Bild: Die Arbeitsmarktpartizipation steigt dann, wenn sich zusätzliche Arbeitsstunden finanziell lohnen. In Österreich erhöhte die Einführung eines steuerlichen Kinderabzugs die Erwerbsbeteiligung beider Elternteile (Christl et al., 2022). In den USA reduzierte dagegen eine Ausweitung des Kinderabzugs die Erwerbsbeteiligung von Müttern aus einkommensschwachen Haushalten, die zuvor aus finanziellen Gründen viele Stunden arbeiteten (Schanzenbach & Strain, 2023). In Grossbritannien führte ein steuerlicher Zuschuss, der erst ab mindestens 16 Wochenarbeitsstunden gewährt wurde, zu einem deutlichen Anstieg der Erwerbsbeteiligung. Besonders stark reagierten Eltern mit sehr tiefen Arbeitszeiten, die ihre Erwerbstätigkeit gezielt ausweiteten, um die Anspruchsschwelle zu erreichen (Francesconi, Rainer & Van der Klaauw, 2009). Auch für alleinerziehende Mütter zeigten sich deutliche positive Effekte auf die Arbeitsstunden infolge des Steuerzuschusses ab 16 Wochenarbeitsstunden (Francesconi & Van der Klaauw, 2007).

Fazit: Die Forschung legt nahe, dass Kinderzulagen tendenziell die Erwerbsbeteiligung senken, insbesondere in sozioökonomisch schwächeren Haushalten. Steuerliche Abzüge können hingegen Arbeitsanreize setzen, wenn sie klar an Erwerbstätigkeit geknüpft sind oder gezielt die Anreize für Zweitverdienende und Alleinerziehende verbessern.

7.2.2 Humankapital der Kinder

Die Evidenz zu den Auswirkungen von Familienzulagen auf das Humankapital von Kindern ist vergleichsweise klar. Zusätzliche finanzielle Unterstützung verbessern die Bildungs- und Entwicklungsergebnisse der Kinder. Für die USA zeigen Bastian und Micheltore (2018), dass höhere Kinderzulagen mit besseren Bildungs- und Arbeitsmarktergebnissen im späteren Leben verbunden sind. Für Kanada finden Baker et al. (2024) positive Effekte der Kinderzulagen auf die psychische Gesundheit von Mädchen.

Weitere Studien für Kanada belegen zudem Verbesserungen der Bildungsleistungen, der familiären finanziellen Stabilität und der Gesundheit von Kindern (Milligan & Stabile, 2011). Die Effekte unterscheiden sich nach Geschlecht: Bei Knaben steigen vor allem schulische Leistungen und körperliche Gesundheit, bei Mädchen profitiert stärker die psychische Gesundheit.

Fazit: Insgesamt zeigen die Befunde, dass Familienzulagen über die kurzfristige finanzielle Entlastung hinaus langfristig positive Effekte auf Bildung, Gesundheit und spätere Einkommenschancen haben.

7.2.3 Fertilität

Die Forschung zeigt, dass materielle Leistungen die Fertilität kaum längerfristig beeinflussen können (Bergsvik et al., 2021; Goldin, 2025). Für die Schweiz finden Chuard und Chuard-Keller (2021), dass Geburtszulagen die Fertilität zumindest kurzfristig erhöhen. In Frankreich führte die Einführung einkommensabhängiger Familienzulagen dagegen zu einem Rückgang weiterer Geburten bei Haushalten mit höheren Einkommen, die durch die Reform weniger Zulagen erhielten (Elmallakh, 2023).

Dennoch gibt es einzelne Studien, die positive Effekte finden. So hat die Einführung einer Geburtszulage die Fertilitätsrate in Spanien um 5 % erhöht (Gonzalez, 2013). Eine weitere Studie untersucht die Erhöhung der Geburtszulage in Québec und findet einen Geburtenanstieg um 1,72 % (Ang, 2015). Für Deutschland wurde eine Reform im Jahr 1996 untersucht, die zu einem deutlichen Anstieg der Kinderzulagen führte. Dabei zeigen sich heterogene Effekte: Bei weniger gebildeten Haushalten nahm die Wahrscheinlichkeit eines ersten Kindes ab, während sich die Wahrscheinlichkeit eines zweiten Kindes bei gut ausgebildeten Haushalten erhöhte (Riphahn & Wijnck, 2017).

Auch steuerliche Abzüge können sich auf die Fertilität auswirken: In Grossbritannien stieg die Fertilitätsrate nach Einführung eines Kinderabzugs, wobei der Effekt vor allem bei Erstgeburten stark war und für jedes weitere Kind abnahm (Brewer, Ratcliffe & Smith, 2012).

Fazit: Insgesamt zeigt die Evidenz, dass finanzielle Anreize das Geburtenverhalten lediglich geringfügig beeinflussen können. Richtung und Stärke der Effekte hängen jedoch stark von der konkreten Ausgestaltung der Massnahme und von der Einkommenslage der betroffenen Haushalte ab.

7.2.4 Finanzielle Absicherung

Familienzulagen verfolgen das Ziel, Familien finanziell abzusichern und Armut zu verringern. Die empirische Forschung zeigt, dass sie diese Ziele wirksam unterstützen. Für die USA belegen Parolin et al. (2021), dass höhere Kinderzulagen die Kinderarmutsrate um rund 40 % senkten; Pilkauskas et al. (2022) zeigen zudem einen deutlichen Rückgang von wirtschaftlichen Härtefällen. Eine vergleichende europäische Analyse zeigt, dass die Kombination

mehrerer familienpolitischer Instrumente am wirksamsten ist: Universelle Kinderzulagen, ergänzt durch beitragsfinanzierten Elternurlaub und gezielte Bedarfsleistungen, reduzieren Kinderarmut am nachhaltigsten (Bornukova et al., 2024).

Fazit: Insgesamt zeigt die Evidenz, dass Familienzulagen einen substanziellen Beitrag zur finanziellen Absicherung leisten – insbesondere bei den einkommensschwächsten Haushalten.

7.2.5 Chancengerechtigkeit

Die Forschung zeigt, dass Familienzulagen besonders starke Wirkungen bei benachteiligten Gruppen entfalten. Zusätzliche finanzielle Unterstützung kann Entwicklungsunterschiede zwischen Kindern unterschiedlicher Herkunft verringern und so die Chancengerechtigkeit erhöhen.

Eine Studie von Braga et al. (2020) zeigt, dass eine zusätzliche Kinderzulage von 100 US-Dollar pro Monat von der Geburt bis zum 18. Lebensjahr die Gesundheit im jungen Erwachsenenalter verbessert und insbesondere das Risiko von Fettleibigkeit senkt. Die Effekte sind besonders ausgeprägt bei Kindern von Alleinerziehenden und aus bildungsfernen Haushalten. Auch kurzfristige Erhöhungen wirken: Aizer et al. (2023) finden, dass temporäre Zulagen für einkommensschwache Familien in den USA die Gesundheit und das Wohlbefinden der Kinder verbessern.

Besonders weitreichend sind die Befunde von Aizer et al. (2016) zum ersten grossen Kinderzulagenprogramm für einkommensschwache Familien in den USA. Begünstigte Kinder lebten im Schnitt ein Jahr länger, erreichten rund ein Drittel mehr Bildungsjahre, wiesen geringere Untergewichtsquoten auf und erzielten im Erwachsenenalter höhere Einkommen. Ergänzend zeigen McInnis et al. (2024), dass Kinderzulagen nicht nur kurzfristig stabilisierend wirken, sondern auch das Armutsrisiko der nächsten Generation senken.

Fazit: Insgesamt sprechen die Befunde dafür, dass Familienzulagen ein wirksames Instrument zur Förderung der Chancengerechtigkeit sind. Kinder aus weniger privilegierten Haushalten profitieren überdurchschnittlich stark – sowohl gesundheitlich als auch in ihren langfristigen ökonomischen Perspektiven.

Zusammenfassend zeigt sich:

- *Arbeitsmarktbeteiligung:* Zulagen wirken sich negativ auf die Arbeitsmarktbeteiligung der Mütter aus, während steuerliche Abzugsmöglichkeiten die Erwerbsanreize erhöhen können.
- *Humankapital der Kinder:* Zulagen verbessern Bildungsergebnisse, Gesundheit und zukünftige Erwerbspotenziale der Kinder.
- *Fertilität:* Je nach Ausgestaltung und Einkommensniveau der Eltern kann eine Geburtszulage die Fertilität marginal erhöhen. Die Ergebnisse sind jedoch gemischt und zeigen oftmals nur kurzfristige Wirkungen.
- *Finanzielle Absicherung:* Zulagen sind ein zentrales Instrument zur Reduktion der Familienarmut.
- *Chancengerechtigkeit:* Zulagen wirken am stärksten bei sozioökonomisch schwächeren Familien. Dadurch können sich Ungleichheiten zwischen Familien verringern.

}

7.3 Implikationen für die Schweizer Politik

Materielle Unterstützungsleistungen wie Kinderzulagen oder steuerliche Abzugsmöglichkeiten zielen auf die finanzielle Absicherung von Familien ab. Die Schweiz verfügt über ein gut ausgebautes System an Zulagen und steuerlichen Abzügen. Dieses zeigt Wirkung – die Schweiz ist eines der Länder in Europa mit der tiefsten Familienarmut, wie in Kapitel 3 ausgeführt. Folglich besteht nur **geringer Verbesserungsbedarf** bei den Kinderzulagen und den steuerlichen Abzugsmöglichkeiten. Das bestehende System hat sich bewährt und sollte beibehalten werden.

Gleichzeitig ist es wichtig, sich an den beiden zentralen Grundsätzen der **horizontalen Gerechtigkeit** und der **Subsidiarität** zu orientieren. Für die Familienzulagen bedeutet dies konkret, dass die kantonale Zuständigkeit gewahrt bleiben soll und Zurückhaltung geboten ist, um Familien nicht unnötig gegenüber anderen Haushaltsformen zu bevorzugen. Wie die Analyse in Kapitel 3 zeigt, sind Familien in der Schweiz insgesamt finanziell nicht schlechter gestellt als alleinstehende Personen. Eine ausgewogene Familienpolitik sollte daher bestehende Leistungen absichern, ohne pauschale Zusatzprivilegien zu schaffen.

Zielkonflikte und Wirkungskanäle berücksichtigen

Die Forschungsliteratur zeigt: Familienzulagen sind ein gutes Instrument zur finanziellen Absicherung von Familien. Sie stabilisieren Haushaltsbudgets, mindern Armutsrisiken und verbessern die Startchancen benachteiligter Kinder. Gemäss der internationalen Evidenz muss aber auch mit Zielkonflikten gerechnet werden: **Denn Zulagen können sich negativ auf die Arbeitsanreize der Eltern auswirken – insbesondere jene der Zweitverdiener.**

Steuerliche Abzüge wirken hingegen gezielter und können bei passender Ausgestaltung die Erwerbsbeteiligung fördern. Somit kann die **Umstellung von Zulagen auf steuerliche Abzugsmöglichkeiten** den bestehenden Zielkonflikt auflösen. Dies gilt insbesondere für Abzüge bei den Drittbetreuungskosten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und dort Anreize setzen, wo das Angebot besonders sensibel reagiert.

Bestehendes System erhalten und gezielt justieren

Im internationalen Vergleich stützt sich die Schweiz stark auf materielle Familienleistungen. Das bestehende System aus Zulagen und steuerlichen Entlastungen ist solide und bewährt. Eine Ausweitung der Familienzulagen ist weder empirisch gut begründet noch effizient, da sie potenziell das Arbeitsangebot schwächen.

Zielführender ist eine gezielte Justierung innerhalb des Systems, insbesondere durch stärkere steuerliche Entlastungen für Zweitverdienende, Alleinerziehende sowie Familien mit tiefen Einkommen oder hohen Betreuungskosten.

Gesamtbewertung

Familienzulagen und steuerliche Entlastungen sind zentrale und bewährte Instrumente der Schweizer Familienpolitik. Eine Ausweitung der Familienzulagen ist nicht angezeigt. Wenn überhaupt, liegt der Ansatzpunkt in einer gezielten Stärkung steuerlicher Entlastungen, um finanzielle Sicherheit, Arbeitsanreize und Chancengerechtigkeit gleichzeitig zu fördern.

8 Fazit und Ausblick: Familienpolitik mit Augenmass

Diese Studie bietet eine faktenbasierte Bestandsaufnahme der Familienpolitik in der Schweiz mit einem Schwerpunkt auf drei zentralen Politikfeldern – Elternzeit, subventionierte Kinderbetreuung und finanzielle Absicherung durch Zulagen und Steuerabzüge. Dabei lassen sich folgende Kernaussagen festhalten:

1. Familien und Familienpolitik verändern sich

Die durchschnittliche Familie hat sich in den letzten 30 Jahren stark verändert. Eltern sind heutzutage gleich gut ausgebildet. Die Mehrheit der Mütter ist erwerbstätig, mit steigenden Arbeitspensen. Familien haben im Durchschnitt weniger Kinder. Die Rollenbilder haben sich also stark gewandelt: Eine Mehrheit der Familien lebt nicht mehr nach dem Ein-Ernährer-Modell. Durch den gesellschaftlichen Wandel haben sich auch die Ansprüche an die Familienpolitik verändert: Während die Familienpolitik vor der Jahrtausendwende zur finanziellen Absicherung von Familien diente, werden heute auch Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert.

Die Kantons- und Gemeindehaushalte widerspiegeln diese Entwicklung: Der Anteil der familienbezogenen Ausgaben an den Gesamtausgaben hat sich seit 2000 mehr als verdoppelt. Im internationalen Vergleich sind die Ausgaben der Schweiz unterdurchschnittlich. So machen hierzulande die familienbezogenen Ausgaben 2024 rund 2 % der öffentlichen Ausgaben aller Staatsebenen aus, während dieser Anteil in unseren Nachbarländern rund 4 % beträgt.

2. Schweizer Familien stehen gut da

Die fiskalische Zurückhaltung geht nicht mit einer schlechten Lage der Familien einher. Im Gegenteil: Im internationalen Vergleich weisen sie eine tiefe Armutsquote, eine hohe Lebenszufriedenheit und stabile gesellschaftliche Aufstiegschancen auf. Die Schweiz erzielt in jedem Indikator gleichwertige oder bessere Ergebnisse.

3. Familienpolitik: Eine Staatsaufgabe?

Die hohe Funktionalität des Schweizer Systems ist auf dessen institutionellen Grundsätze zurückzuführen. Im Falle der Familienpolitik gilt es, zwei wichtige Pfeiler zu betonen: Die horizontale Gerechtigkeit und das Subsidiaritätsprinzip. Um diese zu wahren, gilt es, Familien nicht gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen zu bevorzugen und die Hauptkompetenz in der Familienpolitik bei den Kantonen und den Gemeinden zu belassen. Dies spricht für eine begrenzte und dezentrale Familienpolitik und nicht für keine Familienpolitik. Staatliche Mittel sollten zielgerichtet eingesetzt werden: zur Verbesserung der Effizienz und der Gerechtigkeit. Konkret bedeutet das: Eingriffe zur Erhöhung der **Arbeitsmarktbeteiligung**, des **Humankapitals der Kinder**, der **Fertilität**, zur **Bekämpfung der Familienarmut** und zur **Chancengerechtigkeit** lassen sich theoretisch rechtfertigen. Dabei gilt es stets abzuwägen, wie stark der Staat in diesen fünf Bereichen tatsächlich aktiv werden sollte, ohne dass dabei Eltern und ihre Kinder auf eine Rolle von Produktionsfaktoren reduziert zu werden drohen.

In unserer Studie verwenden wir diese fünf Zielgrössen als Raster, um den aktuellen Forschungsstand zu den drei Schwerpunktfeldern der Studie einzuordnen.

4. Elternzeit: moderat wirksam, aber kein Ausbau nötig

Die Untersuchung zeigt, dass eine moderat ausgestaltete Elternzeit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und kurzfristig die Beteiligung der Väter erhöhen kann. Längere oder unbezahlte Auszeiten mindern dagegen die Erwerbsintegration und das Einkommen – insbesondere von Müttern. Langfristig verringert die Elternzeit die Einkommensunterschiede zwischen Müttern und Vätern nicht. Das bestehende Schweizer Modell mit 14 Wochen Mutterschafts- und 2 Wochen Vaterschaftsurlaub bei einkommensabhängigem Lohnersatz liegt im international als effizient geltenden Rahmen von maximal 4 bis 7 Monaten. Eine Ausweitung über das heutige System hinaus wäre mit deutlich höheren Kosten, aber limitierter zusätzlicher Wirkung verbunden.

5. Kinderbetreuung: gezielt fördern statt pauschal subventionieren

Subventionierte Kinderbetreuung kann die Erwerbstätigkeit von Müttern erhöhen, jedoch fallen die Effekte in den meisten Studien moderat aus. Besonders profitieren Kinder aus sozial benachteiligten Familien, wenn die Angebote qualitativ hochwertig und finanziell zugänglich sind. In der Schweiz nutzen jedoch vor allem mittlere und höhere Einkommen institutionelle Betreuung, während einkommensschwache Familien seltener teilnehmen. Eine zu breite Subventionierung führt daher zu einer Umverteilung von unten nach oben. Effizienter sind einkommensabhängige Betreuungsgutscheine auf Gemeindeebene, die gezielte Förderung ermöglichen und zugleich regionale Unterschiede berücksichtigen.

6. Finanzielle Unterstützung: gezielte Entlastung statt Ausweitung

Familienzulagen und steuerliche Entlastungen bilden den Hauptpfeiler der Schweizer Familienpolitik. Zulagen stabilisieren die finanzielle Lage, haben aber kaum arbeitsmarktfördernde Wirkung und können die Erwerbsanreize leicht dämpfen. Steuerliche Abzüge – insbesondere für Kinderbetreuungskosten sowie gezielte Entlastungen für Zweitverdienende und Alleinerziehende – wirken hingegen arbeitsmarktfördernd und verbessern sowohl finanzielle Stabilität als auch Chancengerechtigkeit. Für die Schweiz spricht daher keine Ausweitung der Zulagen, sondern eine Verlagerung hin zu mehr steuerlicher Entlastungen, um finanzielle Sicherheit, Arbeitsanreize und Chancengerechtigkeit in Einklang zu bringen.

7. Gesamtbewertung: starkes Fundament, begrenzter Handlungsbedarf

In der Schweiz stehen Familien vergleichsweise sehr gut da: geringe Armut, hohe Zufriedenheit, starke soziale Mobilität. Ein weiterer Ausbau bestehender Leistungen ist nicht erforderlich, solange die Wirksamkeit der bestehenden Instrumente erhalten bleibt. Entscheidend sind Zielgenauigkeit, Qualität und Subsidiarität, nicht die reine Ausgabenhöhe.

Was trotzdem ins Auge sticht: Die tatsächliche Aufteilung von Erwerbs- und Betreuungsarbeit zwischen Müttern und Vätern entspricht häufig nicht den Wunschvorstellungen vieler Familien. Familienpolitische Instrumente können daran nur begrenzt etwas ändern, da hier vor allem gesellschaftliche und private Normen, betriebliche und institutionelle Rahmenbedingungen prägend sind. Politik kann diese Entwicklungen unterstützen, aber nicht erzwingen.

Zukunftsfähige Familienpolitik bedeutet daher nicht mehr Mittel, sondern bessere Wirkung. Sie sollte dort ansetzen, wo Marktversagen oder ungleiche Startchancen bestehen, Erwerbsanreize stärken, Armutsrisiken reduzieren und die Chancen von Kindern verbessern. Wie sich eine Familie organisiert, sollte letztlich ihr selbst überlassen werden. Der Staat sollte die dafür notwendigen Rahmenbedingungen setzen, damit diese Freiheit besteht.

9 Literaturverzeichnis

- Adema, W., Clarke, C., & Thévenon, O. (2020). Family policies and family outcomes in OECD countries. In: *The Palgrave Handbook of Family Policy* (pp. 193-217). Cham: Springer International Publishing.
- Aizer, A., Eli, S., Ferrie, J., & Lleras-Muney, A. (2016). The long-run impact of cash transfers to poor families. *American Economic Review*, 106(4), 935-971.
- Aizer, A., Lleras-Muney, A., & Micheltore, K. (2023). The effects of the 2021 Child Tax Credit on child developmental outcomes. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 710(1), 172-189.
- Albrecht, C., Fichtl, A., & Redler, P. (2017). Fathers in charge? Parental leave policies for fathers in Europe. *ifo DICE Report*, 15(1), 49-51.
- Andersen, S. H. (2018). Paternity leave and the motherhood penalty: New causal evidence. *Journal of Marriage and Family*, 80(5), 1125-1143.
- Andresen, M. E., & Nix, E. (2025). You Can't Force Me Into Caregiving: Paternity Leave and the Child Penalty. *The Economic Journal*, ueaf057.
- Ang, X. L. (2015). The Effects of Cash Transfer Fertility Incentives and Parental Leave Benefits on Fertility and Labor Supply: Evidence from Two Natural Experiments. *Journal of Family and Economic Issues* 36(2), 263–288.
- Averdijk, M., Besemer, S., Eisner, M., Bijleveld, C., & Ribeaud, D. (2011). The relationship between quantity, type, and timing of external childcare and child problem behaviour in Switzerland. *European Journal of Developmental Psychology*, 8(6), 637-660.
- Averdijk, M., Ribeaud, D., & Eisner, M. (2019). Childhood Predictors of Violent Victimization at Age 17 Years: The Role of Early Social Behavioral Tendencies. *Journal of Pediatrics*, 208, 183-190.
- Avdic, D., & Karimi, A. (2018). Modern family? Paternity leave and marital stability. *American Economic Journal: Applied Economics*, 10(4), 283-307.
- Avdic, D., Karimi, A., Sjögren, A. & Sundberg, E. (2023). Paternity leave and child outcomes. Working Paper Series 2023:25, IFAU – Institute for Evaluation of Labor Market and Education Policy.
- Baker, M., & Milligan, K. (2015). Maternity leave and children's cognitive and behavioral development. *Journal of Population Economics*, 28(2), 373-391.
- Baker, M., Gruber, J., & Milligan, K. (2019). The long-run impacts of a universal child care program. *American Economic Journal: Economic Policy*, 11(3), 1-26.
- Baker, M., Koebel, K., & Stabile, M. (2024). The Impact of Family Tax Benefits on Children's Health and Educational Outcomes. In *AEA Papers and Proceedings* (Vol. 114, pp. 429-434).
- Barnett, W. S. (2006). Research on benefits of preschool education: Securing high returns from preschool for all children. *New York: National Institute for Early Education Research*.
- Bastian, J., & Micheltore, K. (2018). The long-term impact of the earned income tax credit on children's education and employment outcomes. *Journal of Labor Economics*, 36(4), 1127-1163.

- Bates, L., Hall, O., & Jakiela, P. (2023). *Understanding the Impacts of Paid Maternity Leave on Women's Labor Market Outcomes* (No. 16565). IZA Discussion Papers. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/282692/1/dp16565.pdf>. (Zugriff am 29.10.2025).
- Bauernschuster, S., Hener, T., & Rainer, H. (2016). Children of a (Policy) Revolution: The Introduction of Universal Child Care and Its Effect on Fertility. *Journal of the European Economic Association*, 14(4), 975–1005.
- Becker, Gary S. (1964): *Human Capital: A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education*. University of Chicago Press.
- Becker, G. S. (1993). *A treatise on the family: Enlarged edition*. Harvard University Press.
- Bergemann, A., & Riphahn, R. T. (2010). Female labour supply and parental leave benefits—the causal effect of paying higher transfers for a shorter period of time. *Applied Economics Letters*, 18(1), 17-20.
- Bergsvik, J., Fauske, A., & Hart, R. K. (2021). Can Policies Stall the Fertility Fall? A Systematic Review of the (Quasi-)Experimental Literature. *Population and Development Review* 47(4), 913-964.
- Bernal, R. (2008). The effect of maternal employment and child care on children's cognitive development. *International Economic Review*, 49(4), 1173–1209.
- Björklund, A., & Salvanes, K. G. (2011). Education and family background: Mechanisms and policies. In E. Hanushek, S. Machin, & L. Woessmann (Hrsg.). *Handbook of the economics of education*, 201 – 247.
- Bischof, S., Kaderli, T., Liechti, L., & Guggisberg, J. (2023). *Die wirtschaftliche Situation von Familien in der Schweiz: Auswirkungen von Geburten sowie Trennungen und Scheidungen* (Beiträge zur Sozialen Sicherheit, Forschungsbericht Nr. 1/23). Bundesamt für Sozialversicherungen.
- Boelmann, B., Raute, A., & Schönberg, U. (2024). *Wind of change: Cultural determinants of maternal labour supply*. VoxEU. <https://cepr.org/voxeu/columns/wind-change-cultural-determinants-maternal-labour-supply>. Zugriff am 19.12.2025.
- Boll, C., Leppin, J., & Reich, N. (2014). Paternal childcare and parental leave policies: Evidence from industrialized countries. *Review of Economics of the Household*, 12(1), 129-158.
- Bornukova, K., Hernández, A., & Picos, F. (2024). *Investing in children: The impact of EU tax and benefit systems on child poverty and inequality* (JRC Working Papers on Taxation and Structural Reforms No. 2/2024). European Commission, Joint Research Centre (JRC).
- Bousselin, A. (2022). Access to universal childcare and its effect on maternal employment. *Review of Economics of the Household*, 20(2), 497-532.
- Braga, B., Blavin, F., & Gangopadhyaya, A. (2020). The long-term effects of childhood exposure to the earned income tax credit on health outcomes. *Journal of Public Economics*, 190, 104249.
- Brewer, M., Cattan, S., Crawford, C., & Rabe, B. (2022): Does more free childcare help parents work more? *Labour Economics*, 74, 102100.
- Brewer, M. & Cattan, S. (2017). Universal Pre-School and Labor Supply of Mothers. *CESifo DICE Report*, 15(2), 25–29.

- Brewer, M., Ratcliffe, A., & Smith, S. (2012). Does welfare reform affect fertility? Evidence from the UK. *Journal of Population Economics*, 25(1), 245-266.
- Broadway, B., Kalb, G., McVicar, D., & Martin, B. (2016). *The impact of paid parental leave on labour supply and employment outcomes* (No. 9801). IZA Discussion Papers. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/141560/1/dp9801.pdf>. (Zugriff am 29.10.2025).
- Bühler, J., Häner-Müller, M., & Schaltegger, C.A. (2025). Intergenerational Mobility in Times of Rising Global Inequality: USA vs. Switzerland. *IWP Working Papers* No. 6. https://admin.iwp.swiss/wp-content/uploads/2025/06/IWP_WP6_Intergenerational-Mobility-in-Times-of-Rising-Global-Inequality_USA_vs_CH.pdf (Zugriff am 29.10.2025).
- Bühler, J., Jenni, O. G., Schaltegger, C. A., Häner-Müller, M., & Wehrle, F. M. (2026). *Mind the gap: Multigenerational family effects on cognitive abilities*. *Intelligence*, 114, 101982.
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2024a). Erwerbstätige nach Geschlecht. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erwerbstaetigkeit-arbeitszeit/erwerbsbevoelkerung/arbeitsmarktstatus.assetdetail.32353726.html>. (Zugriff am 02.09.2025).
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2024b). Haushaltseinkommen und – ausgaben. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/einkommen-verbrauch-vermoegen/haushaltsbudget.html> (Zugriff am 22.10.2025).
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2024c). Haushalte mit familienergänzender Kinderbetreuung. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/familien/familienergaelzende-kinderbetreuung.assetdetail.32726288.html> (Zugriff am 22.10.2025).
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2025a). Bildungsstand der Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann/bildung/bildungsstand.assetdetail.33907285.html>. (Zugriff am 18.07.2025).
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2025b). Erwerbsbeteiligung. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann/erwerbstaetigkeit/erwerbsbeteiligung.html>. (Zugriff am 18.07.2025).
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2025c). Erwerbsquote der Männer nach Alter und Geschlecht. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann/erwerbstaetigkeit/erwerbsbeteiligung.assetdetail.35007538.html> (Zugriff am 18.07.2025).
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2025d). Erwerbsquote der Frauen nach Alter und Geschlecht. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann/erwerbstaetigkeit/erwerbsbeteiligung.assetdetail.35007539.html> (Zugriff am 18.07.2025).
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2025e). Vollzeit und Teilzeit. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erwerbstaetigkeit-arbeitszeit/merkmale-arbeitskraefte/vollzeit-teilzeit.html> (Zugriff am 25.09.2025).
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2025f). Demografische Indikatoren im Jahr 2024. <https://www.bfs.admin.ch/news/de/2025-0346> (Zugriff am 25.09.2025).

Bundesamt für Statistik (BFS) (2025g). Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/familien/erwerbs-haus-familienarbeit.html>. (Zugriff am 09.10.2025).

Bundesamt für Statistik (BFS) (2025h). Familienergänzende Kinderbetreuung. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/familien/familienerganzende-kinderbetreuung.html>. (Zugriff am 08.10.2025).

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (2017). Kreisschreiben über die Betreuungsgutachten. <https://sozialversicherungen.admin.ch/de/d/6397/download?version=5&utm>. (Zugriff am 17.10.2025).

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (2024). Die Familienzulagen – Ein bewährtes System einfach erklärt. https://www.bsv.admin.ch/dam/bsv/de/dokumente/familie/broschueren/basisbroschuere-familienzulagen.pdf.download.pdf/BSV-Broschuere_Die_Familienzulagen.pdf (Zugriff am 11.07.2025).

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (2025a). Familienpolitik. <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialpolitische-themen/familienpolitik.html>. (Zugriff am 01.07.2025).

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (2025b). Finanzhilfen für die Schaffung von Betreuungsplätzen. <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/finanzhilfen/kinderbetreuung/finanzhilfen-schaffung-betreuungsplaetze.html>. (Zugriff am 11.07.2025).

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (2025c). Urlaube für Mütter und Väter. <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialpolitische-themen/familienpolitik/vereinbarkeit/elternurlaub.html> (Zugriff am 05.09.2025).

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (2025d). Armut in der Schweiz im Überblick. Armutsmonitoring 2025. <https://www.armutsmonitoring.ch/de>. (Zugriff am 04.12.2025).

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (2025e). Gesamtrechnung der Sozialversicherungen. Schweizerische Sozialversicherungsstatistik (SVS). <https://www.bsv.admin.ch/de/svs>. (Zugriff am 06.02.2026).

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (2025f). Fünfte Verlängerung des Impulsprogramms. <https://www.bsv.admin.ch/de/5eme-prolongation-programme>. (Zugriff am 06.02.2026).

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (2025g) Statistik der Familienzulagen. <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/famz/statistik.html>. (Zugriff am 15.09.2025).

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) (2026). Bundesgesetz über die Unterstützung der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung. <https://www.bsv.admin.ch/de/ukibeg>. (Zugriff am 05.02.2026).

Bundesgesetz über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern. (2010). AS 2010 455. <https://www.fedlex.admin.ch/eli/oc/2010/60/de> (Zugriff am 11.07.2025).

Bundeskanzlei (BK) (2025). Eidgenössische Volksinitiative 'Für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle (Kita-Initiative)'. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis521.html> (Zugriff am 11.09.2025).

Der Bundesrat (2016). Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung.

https://www.bsv.admin.ch/dam/bsv/de/dokumente/familie/gesetze/Botschaft_Gesetz_Aenderung_Finanzhilfen_20160629.pdf.download.pdf/Botschaft_Gesetz_Aenderung_Finanzhilfen_20160629.pdf. (Zugriff am 16.07.2025).

Der Bundesrat (2017). Familienbericht 2017. <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozial-politische-themen/familienpolitik/grundlagen/familienbericht-2017.html>. (Zugriff am 08.08.2025).

Der Bundesrat (2022). Bundesrat setzt höheren Abzug für Kinderdrittbetreuung in Kraft. <https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=86864>. (Zugriff am 11.07.2025).

Der Bundesrat (2025). Empirische Evidenzen und Machbarkeit einer gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Betrachtung verschiedener Elternzeitmodelle. <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/91964.pdf>. (Zugriff am 14.08.2025).

Canaan, S. (2019). *Parental leave, household specialization and children's well-being* (No. 12420). IZA Discussion Papers. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/202766/1/dp12420.pdf>. (Zugriff am 29.10.2025).

Carneiro, P., & Heckman, J.J. (2003). *Human Capital Policy*. (No. 821). IZA Discussion Papers. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=434544 (Zugriff am 14.09.2025).

Carneiro, P., Løken, K. V., & Salvanes, K. G. (2015). A flying start? Maternity leave benefits and long-run outcomes of children. *Journal of Political Economy*, 123(2), 365-412.

Christl, M., De Poli, S., & Varga, J. (2022). Reducing the income tax burden for households with children: an assessment of the child tax credit reform in Austria. *Fiscal Studies*, 43(2), 151-177.

Chuard, C., & Chuard-Keller, P. (2021). Baby bonus in Switzerland: Effects on fertility, newborn health, and birth-scheduling. *Health Economics*, 30(9), 2092-2123.

Chuard, P., & Schmiedgen-Grassi, V. (2020). Switzerland of opportunity: Intergenerational income mobility in the land of vocational education. Available at SSRN 3662560. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3662560. (Zugriff am 29.10.2025).

Cools, S., Fiva, J.H. und Kirkebøen, L.J. (2015). Causal Effects of Paternity Leave on Children and Parents. *Scandinavian Journal of Economics* 117(3), 801–828.

Corekcioglu, G., Francesconi, M., & Kunze, A. (2024). Expansions in paid parental leave and mothers' economic progress. *European Economic Review*, 169, 104845.

Cornelissen, T., Dustmann, C., Raute, A., & Schönberg, U. (2018). Who Benefits from Universal Child Care? Estimating Marginal Returns to Early Child Care Attendance. *Journal of Political Economy*, 126(6), 2356–2409.

Credit Suisse (2021). So viel kostet ein Kitaplatz in der Schweiz. <https://edudoc.ch/record/219735?ln=de> (Zugriff am 04.09.2025).

Cunha, F. & Heckman, J.J. (2007): The Technology of Skill Formation. *American Economic Review*, 97(2), S. 31–47.

Cygan-Rehm, K. (2016). Parental leave benefit and differential fertility responses: Evidence from a German reform. *Journal of Population Economics*, 29(1), 73-103.

Dahl, G. B., Løken, K.V. Mogstad, M. und Salvanes, K.V. (2016). What is the Case for Paid Maternity Leave? *Review of Economics and Statistics* 98(4), 655–670.

- Danzer, N., Halla, M., Schneeweis, N., & Zweimüller, M. (2022). Parental leave, (in)formal childcare, and long-term child outcomes. *Journal of Human Resources*, 57(6), 1826-1884.
- Danzer, N., & Lavy, V. (2018). Paid parental leave and children's schooling outcomes. *The Economic Journal*, 128(608), 81-117.
- Dattani, S. & Rodes-Guirao, L. (2025). Why the total fertility rate doesn't necessarily tell us the number of births women eventually have. Our World in Data. <https://ourworldindata.org/total-fertility-rate-births-per-woman#article-citation>. (Zugriff am 21.06.2025).
- Doepke, M., Hannusch, A., Kindermann, F., & Tertilt, M. (2023). Chapter 4 – The economics of fertility: a new era. *Handbook of the Economics of the Family*, 1(1), 151-254. North Holland.
- Drange, N., & Havnes, T. (2019). Early childcare and cognitive development: Evidence from an assignment lottery. *Journal of Labor Economics*, 37(2), 581–620.
- Druehl, J., Ejrnæs, M., & Jørgensen, T. H. (2019). Earmarked paternity leave and the relative income within couples. *Economics Letters*, 180, 85-88.
- Drugli, M. B., Solheim, E., Lydersen, S., Moe, V., Smith, L., & Berg-Nielsen, T. S. (2018). Elevated cortisol levels in Norwegian toddlers in childcare. *Early Child Development and Care*, 188(12), 1684–1695.
- Duvander, A.-Z., Lappegård, T. und Johansson, M. (2020). Impact of a Reform Towards Shared Parental Leave on Continued Fertility in Norway and Sweden. *Population Research and Policy Review*, 39, 1205–1229.
- Dustmann, C., & Schönberg, U. (2012). Expansions in maternity leave coverage and children's long-term outcomes. *American Economic Journal: Applied Economics*, 4(3), 190-224.
- Ejrnæs, M., & Kunze, A. (2013). Work and wage dynamics around childbirth. *The Scandinavian Journal of Economics*, 115(3), 856-877.
- Ecoplan (2023). Studie zum Wiedereinstieg und Verbleib von Frauen mit Kindern in der Erwerbstätigkeit. *Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO*. <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/80315.pdf> (Zugriff am 14.09.2025).
- EFV, Eidgenössische Finanzverwaltung (2025). Einnahmen. <https://www.efv.admin.ch/de/einnahmen>. (Zugriff am 30.10. 2025).
- Ekberg, J., Eriksson, R., & Friebe, G. (2013). Parental leave—A policy evaluation of the Swedish “Daddy-Month” reform. *Journal of Public Economics*, 97, 131-143.
- Elmallakh, N. (2023). Fertility and labor supply responses to child allowances: The introduction of means-tested benefits in France. *Demography*, 60(5), 1493-1522.
- Esping-Andersen, G. (2008). Childhood investments and skill formation. *International Tax and Public Finance*, 15, 19–44.
- ESTV, Eidgenössische Steuerverwaltung. (2025). Steuermäppchen. <https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/die-estv/steuersystem-schweiz/steuermaepchen.html>. (Zugriff am 12.09.2025).
- Eurostat (2025a). General government expenditure by function. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/product/page/GOV_10A_EXP. (Zugriff am 22.06.2025).

- Eurostat (2025b). Material and social deprivation rate by income quintile and household type. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_md5d02_custom_17883055/default/bar?lang=en. (Zugriff am 06.10.2025).
- Farre, L. & Gonzalez, L. (2019). Does Paternity Leave Reduce Fertility? *Journal of Public Economics*, 172, 52–66.
- Farre, L., Gonzalez, L. Hupkau, C. & Ruiz-Valenzuela, J. (2025). *Paternity leave and child development*. BSE Working Paper No.1487, Barcelona School of Economics. <https://bw.bse.eu/wp-content/uploads/2025/04/1487-1.pdf>. (Zugriff am 29.10.2025).
- Felfe, C., & Lalive, R. (2014). *Does early child care help or hurt children's development?* (No. 8484). IZA Discussion Papers. <https://docs.iza.org/dp8484.pdf> (Zugriff am 04.09.2025).
- Felfe, C., Lechner, M. & Thiemann, P. (2016). After-school care and parents' labor supply. *Labour Economics*, 42, 64-75.
- Felfe, C., Nollenberger, N., & Rodríguez-Planas, N. (2015). Can't buy mommy's love? *Journal of Population Economics*, 28(2), 393–422.
- Felfe, C., & Zierow, L. (2018). From dawn till dusk: Implications of full-day care for children's development. *Labour Economics*, 55, 259–281.
- Fitzpatrick, M. (2008). Starting school at four: The effect of universal pre-kindergarten on children's academic achievement. *B.E. Journal of Economic Analysis & Policy*, 8(1).
- Fontenay, S., & Gonzalez, L. (2025). *When fathers step in: Long-term consequences of early paternal involvement* (Working Paper No. 1934). Department of Economics and Business, Universitat Pompeu Fabra. <https://econ-papers.upf.edu/papers/1934.pdf>. (Zugriff am 05.02.2026).
- Francesconi, M., Rainer, H., & van der Klaauw, W. (2009). *The effects of in-work benefit reform in Britain on couples: Theory and evidence*. *The Economic Journal*, 119(535), F66–F100.
- Francesconi, M., & Van der Klaauw, W. (2007). The socioeconomic consequences of “in-work” benefit reform for British lone mothers. *Journal of Human Resources*, 42(1), 1-31.
- Frodermann, C., Wrohlich, K., & Zucco, A. (2023). Parental leave policy and long-run earnings of mothers. *Labour Economics*, 80, 102296.
- FDK, Konferenz der Finanzdirektoren und Finanzdirektorinnen (2023). Kontenrahmen. https://www.srs-csppc.ch/sites/default/files/pages/srs-csppc-kontenrahmen-und-funktionale-gliederung-hrm2-v16_2023_12_12-clean_2.pdf. (Zugriff am 22.06.2025).
- García, J.L., & Heckman, J.J. (2023). Parenting Promotes Social Mobility Within and Across Generations. *Annual Review of Economics*, 15, 349-88.
- Geisler, E., & Kreyenfeld, M. (2018). Policy reform and fathers' use of parental leave in Germany: The role of education and workplace characteristics. *Journal of European Social Policy*, 29(2), 273-291.
- Gelbach, J. (2002). Public schooling for young children and maternal labor supply. *American Economic Review*, 92(1), 307–322.
- Ginja, R., Jans, J., & Karimi, A. (2020). Parental leave benefits, household labor supply, and children's long-run outcomes. *Journal of Labor Economics*, 38(1), 261-320.

- Girsberger, E. M., Hassani-Nezhad, L., Karunanethy, K., & Lalive, R. (2023). Mothers at work: How mandating a short maternity leave affects work and fertility. *Labour Economics*, 84, 102364.
- Givord, P., & Marbot, C. (2015). Does the cost of child care affect female labor market participation? An evaluation of a French reform of childcare subsidies. *Labour Economics*, 36, 99-111.
- Glomm, G., & Meier, V. (2020). Efficient child care subsidies: any need for cash for care?. *Review of Economics of the Household*, 18(3), 773-793.
- Goldin, J. (2025). *Babies and the macroeconomy: Economic growth, traditions, and the emergence of lowest-low fertility*. *Economica*, 92(367), 675–700.
- Goldin, C. (2021). *Career and Family: Women's Century-Long Journey toward Equity*. Princeton NJ: Princeton University Press.
- Goldin, C. (2006). The quiet revolution that transformed women's employment, education, and family. *American Economic Review*, 96(2), 1-21.
- Goldin, C., & Katz, L. F. (2002). The power of the pill: Oral contraceptives and women's career and marriage decisions. *Journal of Political Economy*, 110(4), 730-770.
- González, L. (2013). The Effect of a Universal Child Benefit on Conceptions, Abortions, and Early Maternal Labor Supply. *American Economic Journal: Economic Policy* 5(3): 160–188.
- Gromadzki, J. (2024). Labor supply effects of a universal cash transfer. *Journal of Public Economics*, 239, 105248.
- Haan, P., & Wrohlich, K. (2011). Can child care policy encourage employment and fertility?: Evidence from a structural model. *Labour Economics*, 18(4), 498-512.
- Häner, M., & Schaltegger, C. A. (2024). The name says it all: multigenerational social mobility in Basel (Switzerland), 1550–2019. *Journal of Human Resources*, 59(3), 711-742.
- Hart, R. K., Andersen, S. N., & Drange, N. (2022). Effects of extended paternity leave on family dynamics. *Journal of Marriage and Family*, 84(3), 814-839.
- Häusermann, S., & Bürgisser, R. (2022). Familienpolitik. Im: Handbuch der Schweizer Politik. NZZ Verlag.
- Havnes, T. und Mogstad, M. (2011a). Money for nothing? Universal child care and maternal employment. *Journal of Public Economics*, 95(11-12), 1455–1465.
- Havnes, T., & Mogstad, M. (2011b). No child left behind: Subsidized child care and children's long-run outcomes. *American Economic Journal: Economic Policy*, 3(2), 97-129.
- Havnes, T., & Mogstad, M. (2015). Is universal child care leveling the playing field? *Journal of Public Economics*, 127, 100-114.
- Head-König, A. (2015). Frauenerwerbsarbeit. In: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*. <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013908/2015-03-05/>. (Zugriff am 01.07.2025)
- Hener, T. (2016). Unconditional child benefits, mothers' labor supply, and family well-being: Evidence from a policy reform. *CESifo Economic Studies*, 62(4), 624-649.
- Herbst, C. (2012). The impact of non-parental child care on child development. *Journal of Public Economics*, 105, 86–104.

- Hermes, H., Krauss, M., Lergetporer, P., Peter, F., & Wiederhold, S. (2024). Early child care and labor supply of lower-SES mothers: A randomized controlled trial (IZA Discussion Paper No. 15814). IZA Institute of Labor Economics. <https://ssrn.com/abstract=4307468>. (Zugriff am 09.10. 2025).
- Hermes, H., Lergetporer, P., Peter, F., & Wiederhold, S. (2025). Application Barriers and the socioeconomic gap in child care enrollment. *Journal of the European Economic Association*, 23(3), 1133-1172.
- Heymann, J., Raub, A., & Earle, A. (2011). Creating and using new data sources to analyze the relationship between social policy and global health: the case of maternal leave. *Public Health Reports*, 126(3_suppl), 127-134.
- Ho, C., & Pavoni, N. (2020). Efficient child care subsidies. *American Economic Review*, 110(1), 162-199.
- Huebener, M., Kuehnle, D. & Spiess, K. (2019). Parental leave policies and socio-economic gaps in child development: Evidence from a substantial benefit reform using administrative data. *Labour Economics*, 61, 101754.
- Hümbelin, O., Fluder, R., Richard, T., & Hobi, L. (2022a). *Armutsmonitoring im Kanton Basel-Landschaft: Bericht zuhanden des kantonalen Sozialamtes Basel-Landschaft*. Berner Fachhochschule, Soziale Arbeit.
- Hufkens, T., Figari, F., Vandelannoote, D., & Verbist, G. (2019). *Investing in Subsidized Childcare to Reduce Child Poverty: an Adequate Strategy?* (No. 06/2019). JRC Working Papers on Taxation and Structural Reforms. https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/JRC116278/jrc_wp-investing_in_subsidized_childcare_to_reduce_child_poverty.pdf (Zugriff am 04.09.2025).
- ILO, International Labour Organization. (2014). *Maternity and paternity at work: Law and practice across the world*. https://www.ilo.org/global/publications/books/WCMS_242615/lang-en/index.html.
- Informationsstelle AHV/IV (2025). Merkblatt Familienzulagen. <https://www.ahv-iv.ch/de/Merkbl%C3%A4tter/Familienzulagen>. (Zugriff am 15.09.2025).
- ISSP, ISSP Research Group (2016). International Social Survey Programme: Family and Changing Gender Roles IV – ISSP 2012. <https://www.gesis.org/en/issp/data-and-documentation/family-and-changing-gender-roles/2012>. (Zugriff am 27.11.2025).
- ISSP, ISSP Research Group (2025). International Social Survey Programme: Family and Changing Gender Roles V – ISSP 2022. https://search.gesis.org/research_data/ZA10000. (Zugriff am 27.11.2025).
- IWP, Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik an der Universität Luzern (2025). Schweiz: Intakte Aufstiegschancen seit vier Dekaden. <https://www.iwp.swiss/schweiz-intakte-aufstiegschancen-seit-vier-dekaden/>. (Zugriff am 06.10.2025).
- Jeanrenaud, C., Kis, A., Gnaegi, P., & Soulet, M.-H. (2019). Etudier un nouveau mode de financement des structures d'accueil basé sur les incitations et favoriser ainsi la socialisation des jeunes enfants. *Etude menée par Pro Familia Suisse*. https://www.profamilia.ch/images/Downloads/StudienundBefragungen/Studie_101_Seiten_nur_auf_Franzoesisch.pdf (Zugriff am 14.09.2025).

- Jensen, M. F., & Blundell, J. (2024). Income effects and labour supply: Evidence from a child benefits reform. *Journal of Public Economics*, 230, 105049.
- Johansson, E. A. (2010). *The effect of own and spousal parental leave on earnings* (No. 2010: 4). IFAU-Institute for Evaluation of Labour Market and Education Policy.
- Junge Mitte & Sotomo (2025). Bevölkerungsbefragung Elternzeit – Die wichtigsten Erkenntnisse in Kurzform. [https://95339-hostingstorage-w1.s3-ch-west-1.mtfcloud.ch/customers/die-junge-mitte/die-junge-mitte-ch/Dateien/Sotomo Studie Elternzeit-1.pdf](https://95339-hostingstorage-w1.s3-ch-west-1.mtfcloud.ch/customers/die-junge-mitte/die-junge-mitte-ch/Dateien/Sotomo%20Studie%20Elternzeit-1.pdf). (Zugriff am 05.09.2025).
- Kanton Bern (2025). Zahlen und Fakten. <https://www.sv.fin.be.ch/de/start/publikationen/steuerwissen/zahlen-fakten.html>. (Zugriff am 20.10.2025).
- Killingsworth, M. R., & Heckman, J. J. (1986). Female labor supply: A survey. *Handbook of labor economics*, 1, 103-204.
- Kim, J., & Henly, J.R. (2021). Dynamics of child care subsidy use and material hardship. *Children and Youth Services Review*, 124, 105979.
- Kleven, H., Landais, C., Posch, J., Steinhauer, A., & Zweimüller, J. (2019). Child Penalties across Countries. *AEA Papers and Proceedings*, 109, 122-126.
- Kleven, H, C Landais, and J E Søgaaard (2021), Does biology drive child penalties? Evidence from biological and adoptive families. *American Economic Review: Insights* 3(2): 183–98.
- Kleven, H., Landais, C., & Leite-Mariante, G. (2025). The child penalty atlas. *The Review of Economic Studies*, 92(5), 3174–3207.
- Kluve, J., & Tamm, M. (2013). Parental leave regulations, mothers' labor force attachment and fathers' childcare involvement: evidence from a natural experiment. *Journal of Population Economics*, 26(3), 983-1005.
- Koebel, K., & Schirle, T. (2016). The differential impact of universal child benefits on the labour supply of married and single mothers. *Canadian Public Policy*, 42(1), 49-64.
- Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) (2024). Überblick zur Situation der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung in den Kantonen. Schlussbericht, 31. Oktober 2024. [https://ch-sodk.s3.amazonaws.com/media/files/21586748/30ea/4279/b941/3f17614fa83b/Bericht-zur-familien-und-schulergaenzen-den Kinderbetr.pdf](https://ch-sodk.s3.amazonaws.com/media/files/21586748/30ea/4279/b941/3f17614fa83b/Bericht-zur-familien-und-schulergaenzen-den%20Kinderbetr.pdf) (Zugriff am 03.09.2025).
- Kopp, D. (2024). Do Recruiters Penalize Men Who Prefer Low Hours? Evidence from Online Labor Market Data. *Journal of Labor Economics*. Advance online publication. <https://doi.org/10.1086/736153>. (Zugriff am 23.10.2025).
- Krapf, M., Roth, A., & Slotwinski, M. (2020). The Effect of Childcare on Parental Earnings Trajectories. CESifo WP 8764 / ZEW DP 20-050. https://www.ifo.de/DocDL/cesifo1_wp8764.pdf (Zugriff am 04.09.2025).
- Lalive, R., & Zweimüller, J. (2009). How does parental leave affect fertility and return to work? Evidence from two natural experiments. *The Quarterly Journal of Economics*, 124(3), 1363-1402.

Landersø, R., & Heckman, J.J. (2022). Lessons for Americans from Denmark about inequality and social mobility. *Labour Economics* 77, 101999.

Landersø, R., & Heckman, J.J. (2017). The Scandinavian Fantasy: The Sources of Intergenerational Mobility in Denmark and the US. *Scandinavian Journal of Economics* 119(1), 178-230.

Li, N., & Yeung, W.-J. J. (2025). *Paternity leave-taking and early childhood development: A longitudinal analysis in Singapore*. *Journal of Marriage and Family*, 87, 1841–1864.

Liu, Q., & Skans, O.N. (2010). The Duration of Paid Parental Leave and Children's Scholastic Performance. *The BE Journals in Economic Analysis & Policy*, 10(1), 3.

Lütolf, M., & Lüssi, P. (2023). *Egalitäre Vereinbarkeitspolitik — Das Modell der Zukunft; Zukunftsfähige institutionelle Kinderbetreuung und Elternzeit für die Schweiz* [Diskussionsbeitrag]. In *Familien und Familienpolitik in der Schweiz – Herausforderungen im Jahr 2040* (S. 7–29). Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF).

McInnis, N., Micheltore, K., & Pilkauskas, N. (2024). The intergenerational transmission of poverty and public assistance. *Journal of Human Resources*. Advance online publication. <https://doi.org/10.3368/jhr.0422-12241R2>.

Milligan, K. (2005). “Subsidizing the Stork: New Evidence on Tax Incentives and Fertility.” *Review of Economics and Statistics* 87(3): 539–555.

Milligan, K., & Stabile, M. (2011). Do child tax benefits affect the well-being of children? Evidence from Canadian child benefit expansions. *American Economic Journal: Economic Policy*, 3(3), 175-205.

Mörk, E., Sjögren, A., & Svaleryd, H. (2013). Childcare costs and the demand for children. *Journal of Population Economics*, 26(4), 1523–1550.

Moschini, E.G. (2023). Childcare Subsidies and Child Skill Accumulation in One- and Two-Parent-Families. *American Economic Journal: Macroeconomics*, 15(1), 475-516.

Müller, F. & Ramsden, A. (2017): *Evidenzbasierte Erkenntnisse zu Wirkungen von Elternzeit sowie Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub*. Literaturanalyse zuhanden der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF), Interface Politikstudien Forschung Beratung, Luzern.

Müller, K-U., Wrohlich, K. (2020). Does subsidized care for toddlers increase maternal labor supply? Evidence from a large-scale expansion of early childcare. *Labour Economics* 62, 101776.

Müller, V. & Salvi, M. (2020). *Frauenfeindliche Familienbesteuerung. Welche Steuermodelle die Beschäftigung der Frauen fördern*. Avenir Suisse. https://cdn.avenir-suisse.ch/production/uploads/2020/06/avenir_debatte_frauenfeindliche_familienbesteuerung.pdf (Zugriff am 28.10.2025).

Musgrave, R. A. (1959). *The Theory of Public Finance*. McGraw-Hill, New York.

Morrissey, T.W. (2017). Child care and parent labor force participation: a review of the research literature. *Review of Economics of the Household*, 15, 1-24.

- National Academies of Sciences, Engineering, and Medicine (2019). *A Roadmap to Reducing Child Poverty*. Washington, DC: The National Academies Press.
- Naumann, I. K. (2023). Familienleben zwischen Wahlfreiheit, Kompromiss und Aufopferung: Neue Perspektiven für die Schweizerische Familienpolitik. In: *Familien und Familienpolitik in der Schweiz – Herausforderungen im Jahr 2040* (S. 57–79). Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF).
- Nepomnyaschy, L., & Waldfogel, J. (2007). Paternity Leave and Fathers' Involvement with their young children: Evidence from the American ECLS–B. *Community, Work and Family*, 10(4), 427–453.
- Nussbaum, M. C. (2011). *Creating capabilities: The human development approach*. Harvard University Press.
- Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) (2025a). OECD Family Database. <https://www.oecd.org/en/data/datasets/oecd-family-database.html>. (Zugriff am 07.08.2025).
- Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) (2025b). Reducing Inequalities by Investing in Early Childhood Education and Care. *Starting Strong*. OECD Publishing, Paris.
- Olivetti, C., & Petrongolo, B. (2017). The economic consequences of family policies: lessons from a century of legislation in high-income countries. *Journal of Economic Perspectives*, 31(1), 205–230.
- Olson, M. (1982). *The rise and decline of nations: Economic growth, stagflation, and social rigidities*. Yale University Press.
- Parlament.ch (2025a). Für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle (Kita-Initiative). Volksinitiative. Bericht der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. [https://www.parlament.ch/centers/kb/Documents/2024/Kommissionsbericht - S 24.058 2025-08-19.pdf](https://www.parlament.ch/centers/kb/Documents/2024/Kommissionsbericht_-_S_24.058_2025-08-19.pdf) (Zugriff am 13.09.2025).
- Parlament.ch (2025b). Erster Schritt hin zur Einführung einer Elternzeit. <https://www.parlament.ch/press-releases/Pages/mm-sgk-s-2025-01-29.aspx> (Zugriff am 13.09.2025).
- Parolin, Z., Collyer, S., Curran, M., & Wimer, C. (2021). *Monthly poverty rates among children after the expansion of the Child Tax Credit* (No. 20412). Center on Poverty and Social Policy, Columbia University.
- Patnaik, A. (2019). Reserving time for daddy: The consequences of fathers' quotas. *Journal of Labor Economics*, 37(4), 1009–1059.
- Pilkaukas, N., Micheltore, K., Kovski, N., & Shaefer, H. L. (2022). *The effects of income on the economic well-being of families with low incomes: Evidence from the 2021 expanded Child Tax Credit* (No. w30533). National Bureau of Economic Research. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4243164. (Zugriff am 29.10.2025).
- Premik, F. (2022). Evaluating Poland's Family 500+ child support programme. *Gospodarka Narodowa. The Polish Journal of Economics*, 310(2), 1–19.

- Rasmussen, A. W. (2010). Increasing the length of parents' birth-related leave: The effect on children's long-term educational outcomes. *Labour Economics*, 17(1), 91-100.
- Raute, A. (2019). Can financial incentives reduce the baby gap? Evidence from a reform in maternity leave benefits. *Journal of Public Economics*, 169, 203-222.
- Ravazzini, L. (2017). Childcare and maternal part-time employment: a natural experiment using regional variation in provision. *Swiss Journal of Economics and Statistics*, 153(1), 1-27.
- Rege, M., & Solli, I. F. (2013). The impact of paternity leave on fathers' future earnings. *Demography*, 50(6), 2255-2277.
- Regierungsrat des Kanton Zürich (2025). Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 309/2021 betreffend Auslegeordnung bezüglich Steuerabzügen bei natürlichen Personen im Kanton Zürich. <https://www.kantonsrat.zh.ch/geschaefte/geschaefte/?id=323f6c41338642229f323bce14ada68a>. (Zugriff am 27.10.2025).
- Rindfuss, R. R., Guilkey, D. K., Morgan, S. P., Kravdal, Ø., und Guzzo, K.B. (2007). "Child Care Availability and First-Birth Timing in Norway." *Demography* 44(2): 345-372.
- Rindfuss, R. R., Guilkey, D. K., Morgan, S. P. und Kravdal, Ø. (2010). Child-Care Availability and Fertility in Norway." *Population and Development Review* 36(4): 725-748.
- Riphahn, R. T., und Wijnck, F. (2017). Fertility Effects of Child Benefits. *Journal of Population Economics* 30(4): 1135-1184.
- Robbins, N. (2024). *Time and money: Parental leave generosity and first-time parents' uptake of leave across 23 European countries* (MPIDR Working Paper No. WP-2024-031). Max Planck Institute for Demographic Research. <https://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2024-031.pdf>. (Zugriff am 29.10.2025).
- Roth, A. & Unterhofer, U. (2025). Mutterschaft und Vaterschaft: Mütter nutzen Urlaub häufiger als Väter. In: Soziale Sicherheit «CHSS». <https://sozialesicherheit.ch/de/mutterschaft-und-vaterschaft-muetter-nutzen-urlaub-haeufiger-als-vaeter/>. (Zugriff am 05.09.2025).
- Ruhm, C. J. (2000). Parental leave and child health. *Journal of Health Economics*, 19(6), 931-960.
- Schaltegger, C., Portmann, M. & Winistörfer, M. (2023). Die Schweiz wird zentralistischer – nicht nur wegen Covid-19. <https://www.iwp.swiss/die-schweiz-wird-zentralistischer-nicht-nur-wegen-covid-19/>. (Zugriff am 08.08.2025).
- Schanzenbach, D. W., & Strain, M. R. (2023). Employment and Labor Supply Responses to the Child Tax Credit Expansion: Theory and Evidence. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 710(1), 141-156.
- Scherer, S., Pavolini, E., & Brini, E. (2023). Formal childcare services and fertility: the case of Italy. *Genus*, 79(1), 29.
- Schirle, T. (2015). The effect of universal child benefits on labour supply. *Canadian Journal of Economics/Revue canadienne d'économique*, 48(2), 437-46.

Schmutz, R. (2024). Is universal early childhood education and care an equalizer? A systematic review and meta-analysis of evidence. *Research in Social Stratification and Mobility*, 89, Artikel 100859.

Schönberg, U., & Ludsteck, J. (2007). *Maternity leave legislation, female labor supply, and the family wage gap* (No. 2699). IZA Discussion Papers.

Sen, A. (1999). *Development as freedom*. Oxford University Press.

SGK-N, Sekretariat der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit. (2025). Erhöhung der Mindestansätze für die Familienzulagen: Kommission eröffnet Vernehmlassung zu ihrer Vorlage. <https://www.parlament.ch/press-releases/Pages/mm-sgk-n-2025-09-25.aspx?lang=1031>. (Zugriff am 09.10.2025).

Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF). (2023). *Bildungsbericht Schweiz 2023* (4. Aufl.). SKBF | CSRE. https://www.skbf-csre.ch/fileadmin/files/pdf/bildungsberichte/2023/BiBer_2023_D.pdf. (Zugriff am 17.10.2025).

SKOS, Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (2025). Ergänzungsleistungen für Familien. Grundlagenpapier. https://skos.ch/fileadmin/user_upload/skos_main/public/pdf/Publikationen/Grundlagenpapiere/2025_05_SKOS-Grundlagenpapier_Ergaenzungsleistungen_fuer_Familien.pdf?. (Zugriff am 17.10. 2025).

Stampfli, M. (2024). Das Familienzulagensystem neu gestalten. In: Soziale Sicherheit «CHSS». <https://sozialesicherheit.ch/de/das-familienzulagensystem-neu-gestalten/> (Zugriff am 15.10.2025).

Stern, S., Gschwend, E., Iten, R., Bütler, M., Ramsden, A., u a. (2016). *Whitepaper zu den Kosten und Nutzen einer Politik der frühen Kindheit*. Infras und Universität St. Gallen. https://jacobsfoundation.org/wp-content/uploads/2017/07/JF_Whitepaper_Infras_SEW_05.pdf. (Zugriff am 29.10.2025).

Stern, S., von Dach, A., Fries, S., Iten, R., Ostrowski, G., & Scherly, L. (2021). Finanzierung der institutionellen Kinderbetreuung und Elterntarife. Bericht im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen EKFF. Infras und evaluanda. https://www.infras.ch/media/filer_public/95/62/9562da4e-f8a8-4b56-9a4b-3c2b41683a36/studie_infras_finanzierung_institutionelle_kinderbetr_u_elterntarife_de_210831.pdf (Zugriff am 10.09.2025).

Tamm, M. (2010). Child Benefit Reform and Labor Market Participation. *Journal of Economics and Statistics (Jahrbuecher fuer Nationaloekonomie und Statistik)*, 230(3), 313-327.

Tamm, M. (2019). Fathers' parental leave-taking, childcare involvement and labor market participation. *Labour Economics*, 59, 184-197.

Tanaka, S. (2005). Parental leave and child health across OECD countries. *The Economic Journal*, 115(501), F7-F28.

Valentova, M. (2025). How do parents care together? Dyadic parental leave take-up strategies, wages and workplace characteristics. *Work, Employment and Society*, 39(1), 91-114.

Van Huizen, T., & Plantenga, J. (2018). Do children benefit from universal early childhood education and care? A meta-analysis of evidence from natural experiments. *Economics of Education Review* 66, 206-222.

Vattø, T. E., & Østbakken, K. M. (2024). Do means-tested childcare subsidies discourage work? *Journal of Population Economics*, 37(Article 17).

Verein Paritätische Elternzeit (2026). Familienzeit-Initiative. <https://www.familien-zeit.ch/>. (Zugriff am 16.01.2026).

Waldfogel, J., Han, W., & Brooks-Gunn, J. (2002). The effects of early maternal employment on child cognitive development. *Demography*, 39(2), 369–392.

Whiteford, P., & Adema, W. (2007). *What works best in reducing child poverty: A benefit or work strategy?* (No. 51). OECD Social, Employment and Migration Working Papers. OECD Publishing.

Wood, J. und Neels, K. (2019). Local Childcare Availability and Dual-Earner Fertility: Variation in Childcare Coverage and Birth Hazards Over Place and Time. *European Journal of Population* 35: 913–937.

Zangger, C., Widmer, J., & Gilgen, S. (2021). Work, Childcare, or Both? Experimental Evidence on the Efficacy of Childcare Subsidies in Raising Parental Labor Supply. *Journal of Family and Economic Issues*, 42, 449-472.